

Zeitschrift: Verhandlungen des Grossen Rathes der Republik Bern
Herausgeber: Grosser Rat des Kantons Bern
Band: - (1845)

Rubrik: Ordentliche Sommersitzung 1845 : zweite Hälfte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Commersession 1845. Zweite Hälfte.

(Nicht offiziell.)

Kreis Schreiben

an

sämmtliche Mitglieder des Großen Rathes.

Es ist.

Der Hochgeachtete Herr Landammann hat die Eröffnung der zweiten Hälfte der ordentlichen Commersession des Großen Rathes festgesetzt auf Montag den 23. Brachmonat nächstbin.

Sämmtliche Mitglieder des Großen Rathes werden demnach eingeladen, sich an diesem Tage, des Morgens um 10 Uhr, im Sitzungssaale einzufinden.

Verzeichniß der zu behandelnden Gegenstände:

A. Gesetzesentwürfe und Vorträge.

I. Regierungsrath und Sechszehner.

- 1) Entwurf eines revidirten Reglements über die Organisation und die Geschäftsführung des Großen Rathes.
- 2) Dekretsentswurf, betreffend die Lostrennung der Helferei bezirktes Randergrund von dem Urversammlungsbezirke von Frutigen.
- 3) Vortrag über die Vorstellungen mehrerer Lehrervereine, betreffend das Stimmrecht der Primarschullehrer an den Urversammlungen.

II. Regierungsrath.

- 4) Vortrag, betreffend die Aufstellung eines Straßennetzes.

III. Departemente.

Diplomatisches Departement.

- 5) Vortrag über den Bericht der Gesandtschaft auf der außerordentlichen und ordentlichen Tagssatzung des Jahres 1844.
- 6) Entwurf der Instruktion auf die ordentliche Tagssatzung des Jahres 1845.
- 7) Vortrag nebst Dekretsentswurf über Ausschließung der Jesuitenjünglinge vom bernischen Staatsdienste.

Departement des Innern.

- 8) Vortrag nebst Dekretsentswurf über die Betellung des Staatsvermögens.
- 9) Vortrag über den Anzug des Herrn Dr. Johann Schnell, betreffend das Verfahren der Behörden in den Gemeindeangelegenheiten von Burgdorf.

Justiz- und Polizeidepartement.

- 10) Entwurf eines Gesetzes über Vollziehung der Tagssatzungsbeschlüsse, betreffend die Freischaaren.

a. Justizsektion.

- 11) Vortrag nebst Dekretsentswurf, betreffend die Anerkennung der schweizerischen Nationalvorsichtskassa als einer moralischen Person.

- 12) Vorträge über Bestätigung von Legaten.

- 13) Vorträge über Ehehindernißdispensationsgesuche.

b. Polizeisektion.

- 14) Vortrag, betreffend das Rehabilitations- und Strafnachlaßgesuch des Christian Krähenbühl.
- 15) Vortrag über das Strafumwandlungsgesuch des gewesenen Kankleiläufers Friedrich Schumacher.

Finanzdepartement.

- 16) Vortrag über das Pensionsgesuch des Jakob Huzli, gewes. Zollners bei der Neubrücke.
- 17) Vortrag, betreffend den Bau eines neuen Zollhauses zu Niederönz.

Erziehungsdepartement.

- 18) Vortrag über die Vorstellung der deutschen Einwohner von Delsberg und der Umgegend, betreffend die Anstellung eines zweiten deutschen Geistlichen u. s. f.

Militärdepartement.

- 19) Vorträge über Entlassung und Beförderung von Stabsoffizieren.

Baudepartement.

- 20) Vortrag, betreffend das Gesuch der Gemeinden Ittigen, Ostermundigen, Bern und Muri, daß der Unterhalt der sogenannten Zollstraße noch fernerhin dem Staate überlassen bleiben möchte.

IV. Kommissionen des Großen Rathes.

a. Bittschristenkommission.

- 21) Vortrag über die Beschwerde der Bürgergemeinde der Stadt Bern, betreffend das Organisationsreglement für die Insel- und Außerkrankenhauskorporation.
- 22) Vortrag, betreffend die Beschwerde des Herrn Obersten Hoffmeyer über ein vom Regierungsrathe erlassenes Administrativurtheil.
- 23) Vortrag, betreffend die Beschwerde des Francois Latchat, von Levoncourt, über ein obergerichtliches Urtheil.
- 24) Vortrag über die Beschwerde der Bürger der Kirchgemeinde Rohrbach über eine Verfügung des Regierungsrathes, wodurch den Viertelsgemeinden dieses Kirchspiels die Ermächtigung zum Bezuge des Hinterfüßgeldes ertheilt wurde.

b. Staatswirtschaftskommission.

- 25) Vortrag, betreffend die Bestimmung des Staatsvermögens.

c. Gesetzgebungskommission.

- 26) Endliche Redaktion des Entwurfs eines Strafgesetzbuches.

B. Wahlen.

- 1) Die Gesandtschaft auf die ordentliche Tagsatzung.
- 2) Ein Mitglied des Erziehungsdepartements an die durch vollendete Amtsdauer des Herrn Apothekers Guthnik erledigte Stelle.

Nach der Eröffnung der ersten Sitzung werden Vorträge der Justizsektion, Polizeisektion, des Finanzdepartements und des Baudepartements zur Verathung vorgelegt werden.

Mit Hochachtung!

Bern, den 9. Brachmonat 1845.

Aus Auftrag des Hg. Hrn. Landammanns:
Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

Erste Sitzung.

Montag den 23. Brachmonat 1845.

(Morgens um 10 Uhr.)

Präsident: Herr Landammann Jaggi.

Nach dem Namensaufrufe erklärt der Herr Landammann die zweite Hälfte der ordentlichen Sommersitzung des Großen Rathes als eröffnet.

Herr Altrathsherr von Graffenried erklärt wegen geschwächerter Gesundheit seinen Austritt aus dem Großen Rathe.

Der in der frühern Sitzung zum außerordentlichen Ersatze am Obergerichte ernannte Herr Notar Burkhaller zu Zegenstorf lehnt diese Wahl durch Zuschrift ab.

Folgende seit der letzten Sitzung eingelangte Bittschriften und Vorstellungen werden angezeigt:

- 1) Der Einwohnergemeinde Schangnau, — um Verbindungswege über Eggwyl nach Langnau, und über den Schallenberg gegen Thun;
- 2) der Gemeinden Ursenbach und Walterdwyl, — um eine Staatsbesteuer zu einer Verbindungsstraße unter sich;
- 3) mehrerer Uhrenmacher, Bürstenbinder, Drechsler und Arbeiter in hölzernem Geschirre, aus Pruntrut u. u., — über Beeinträchtigung ihrer Gewerbe durch Landesfremde;
- 4) mehrerer im Kanton Waadt angeführter Bernerbürger, — betreffend die Erzielung mäßigerer Habitationstaxen daselbst;
- 5) des Helfereibezirks Kandergrund, — um Trennung von der Urversammlung von Frutigen;
- 6) des Herrn Otto Herzog, Stud. Med., Namens seines Vaters, — daß der Regierungsrath den Auftrag erhalte, die Rechte des Dr. Herzog als bernischer Staatsbürger gegenüber Luzern zur Anerkennung zu bringen und seine Freilassung zu bewirken;
- 7) der Einwohner- und Bürgergemeinden von Schangnau, — um Aufhebung der emmenthalischen Landsatzung für die exponirte Ortschaft;
- 8) des schweizerischen Gewerbsvereins, — daß der Stand Bern zur Erzielung einer schweizerischen Zollvereinigung die Initiative ergreifen möge;
- 9) des Gewerbsvereins des Amtsbezirks Bern, } gleichen Inhalts, wie die obige;
- 10) mehrerer Bürger von Neuenstadt, }
- 11) des Lehrervereins des Amtsbezirks Wangen; — in Betreff des §. 31, Art. 6 der Verfassung;

- 12) eine Reihe von Begehren um Bestätigung von Legaten und Schenkungen;
- 13) mehrere Ebehindernißdispensations- und Strafnachlaß- oder Umwandlungsgefuche;
- 14) folgende wesentlich gleichlautende Vorstellungen, — dahin gehend, daß der Stand Bern in Verbindung mit Andern das von den Jesuiten gefährdete freisinnige Prinzip aufrecht erhalte, — nämlich von 187 Bürgern und Beamten von Logwyl, — der Gemeinden oder Geminderäthen von Arch und Leuzigen, — Isfwyl, — Erlach, Finsterbennen, Lüscherz, Bineli, Müntschemier, Mullen, Treiten, Gampelen, Ins, Eschugg, Brüttelen, Gals und Eifelen, — Hasleberg, Innerkirch und Schattenhalb, — Meiringen und Gadmen, — von 25 Bürgern und Beamten von Meiringen und Guttannen, — von 56 Bürgern u. s. w. von Zweifimmen, — von 60 Bürgern u. s. w. von St. Stephan, — der Gemeinde Kirchlinde, — von 51 Bürgern von Zimmerwald und der Gemeinde Obermühlern, — von 35 Bürgern von Wattenwyl, — endlich von 70 Bürgern von Bremgarten.

Verlesen und auf den Kanzleisch gelegt wird

- 1) eine Mahnung des Herrn Obergerichtspräsidenten Funk, dahin gehend, daß der Große Rath das Kreisschreiben vom 12. Januar 1844, betreffend die Abänderung des Emolumenttarifs vom 25. Mai 1813, so wie alle früher über den nämlichen Gegenstand erlassenen nichtig erklären möchte;
- 2) ein Anzug des Herrn Obergerichtspräsidenten Funk, daß künftighin keine Rechtsagenten mehr patentirt, und unpapentirte Geschäftsmänner länger nicht geduldet werden möchten.

Tagesordnung.

Vortrag der Justizsektion nebst Dekretsentwurf, betreffend die Anerkennung der schweizerischen Nationalvorsichtskassa als einer moralischen Person

Dieser Vortrag empfiehlt das von der schweizerischen Nationalvorsichtskassa gestellte Ansuchen, es möchte der Große Rath in Betracht des gemeinnützigen und wohlthätigen Zweckes, welchen jene Anstalt sich vorgesetzt habe, ihr die Rechte einer moralischen (juristischen) Person ertheilen. Es wird demnach ein auf Gewährung dieses Gesuches hinzielender Dekretsentwurf zur Genehmigung vorgelegt.

Leib und gut, Regierungsrath, als Berichterstatter. Diese Gesellschaft, Zit., besteht seit ungefähr 5 Jahren; ihr Zweck scheint zu sein, einerseits den Staatsbürgern Gelegenheit zu geben, durch kleine Einlagen sich nach und nach Ersparnisse für spätere Zeiten zu sammeln, und andererseits die fremden Lebensversicherungsgesellschaften, deren Agenten die Schweiz, und namentlich auch den Kanton Bern, in allen Richtungen bereisen, zu paralysiren, damit das Geld im Lande bleibe. Diese Gesellschaft, deren Präsident Herr Regierungsrath Dr. Schneider ist, hat ihre Statuten dem Regierungsrathe zur Sanction vorgelegt und bei diesem Anlasse verlangt, es möchte ihr die Eigenschaft einer moralischen Person beigelegt werden, damit sie ihre Geschäfte desto besser verwalten könne. Was den materiellen Theil der Frage und namentlich der Statuten der Gesellschaft betrifft, so hat das Departement des Innern darüber Bericht erstattet, und es sind auf denselben Wunsch hin mehrere Bestimmungen abgeändert worden. Auf dieses hin hat sodann die Justizsektion, welche den rechtlichen Theil der Frage zu untersuchen hatte, kein Bedenken getragen, den Wunsch der Gesellschaft um Anerkennung als moralischer Person zu empfehlen. Ohne nun weiter in das Materielle der Sache einzutreten, schließe ich einfach auf Genehmigung des vorgeschlagenen Dekrets.

Stettler. Es ist immer gut, wenn eine Sache von verschiedenen Seiten beleuchtet wird; daher nehme ich die Freiheit, auch die Gegenseite ein wenig hervorzuheben und einen entgegengesetzten Antrag zu stellen. Diese Anstalt wurde vor einigen

Jahren gestiftet durch Privaten, und bis jetzt bestand dieselbe lediglich auf der Grundlage des persönlichen Vertrauens und des Kredites dieser Privatpersonen. Durch Anerkennung der Anstalt als einer moralischen Person wird nun dieser persönliche Kredit gewissermaßen künstlich erhöht, indem die Anstalt gleichsam in die Kategorie einer Gemeinde versetzt und mehr oder weniger unter die Garantie des Staates gestellt wird. Es ist ein wesentlicher Unterschied zwischen unsern Ersparniskassen und zwischen einer Anstalt dieser Art. Die Ersparniskassen sind eine der größten Wohlthaten für unser Land, weil sie den Geist der Sparsamkeit, besonders bei den untern Klassen, wecken und stärken; Jedermann kann da seinen noch so geringen Verdienst anlegen und weiß mit Bestimmtheit, was er dabei gewinnt. Ist dieß bei der Nationalvorsichtskasse auch so? Keineswegs; Ihr wißt zwar wohl, was Ihr einlegt, aber Ihr wißt nicht, was Ihr dereinst dafür bekommt; es ist mithin eine Art Lotterie, wo man gewinnen, wo man aber auch verlieren kann. Eine solche Anstalt erweckt also nicht sowohl den Geist der Ersparniß, als vielmehr den Geist der Spekulation. Wenn man die Statuten dieser Anstalt liest, so ist nichts Gewiss's darin, als die Befolgung des Direktors; was aber jeder Einleger mit der Zeit erhalten wird, das hängt von den mehr oder weniger zahlreichen Todesfällen ab. Also ist das eine Spekulation, und somit möchte ich die Sache auch fernerhin dem persönlichen Zutrauen überlassen, aber nicht von Regierung aus eine solche Anstalt als moralische Person anerkennen. Wir haben eine Mobiliarversicherungsanstalt, welche sehr wohlthätig wirkt, ohne daß sie als moralische Person anerkannt ist; wir haben auch andere ähnliche Anstalten, die ganz gut existiren, ohne die Eigenschaft von moralischen Personen zu besitzen, und die Nationalvorsichtskasse selbst hat bereits seit 5 Jahren bestanden, ohne diese Anerkennung. Auch in andern Staaten bestehen Anstalten dieser Art durchaus als Privatanstalten. Aus allen diesen Gründen stimme ich gegen das Eintreten in den vorliegenden Antrag.

H. Schmid. Der §. 5 des vorgeschlagenen Dekrets sagt, daß alle 6 Monate dem Regierungsrathlicher Bericht erstattet werden solle über den jeweiligen Bestand der Anstalt. Warum das, während keine einzige Anstalt ähnlicher Art bis jetzt so gehalten wird? Ferner sagt §. 6, daß von Seite der Staatsbehörden auf Rechnung der Anstalt jederzeit Kommissarien abgeordnet werden können, um die Bücher und die Kassa zu untersuchen. Das ist ebenfalls eine außerordentlich starke Einmischung, welche mit Ausnahme der öffentlichen Kassen des Staates nirgends existirt. Weder bei der schweizerischen Mobiliarassuranz, noch bei den verschiedenen Ersparniskassen, Wittwenstiftungen u. s. w. werden die Rechnungen von Seite der Staatsbehörden auch nur mit einem Visa versehen; allen diesen Anstalten wird ein unbedingtes Zutrauen geschenkt; warum soll denn nur hier bei dieser Anstalt solches Mißtrauen stattfinden? Gewiß tritt man dadurch derselben zu nahe, und daher trage ich darauf an, in dem vorliegenden Dekrete die §§. 5 und 6 gänzlich zu streichen.

Dr. Schneider, Regierungsrath. Was vorerst die Bemerkung des Herrn Professors Henschmid betrifft, so sind die hier vorgeschlagenen Bestimmungen, wenn ich nicht irre, ähnlich denjenigen anderer Staaten. So bestimmt namentlich der §. 3 der Statuten für die französische Anstalt „Providence“ das Nämliche in Betreff der sechsmonatlichen Rechnungslegung. Ich gebe zu, daß Dieses mehr oder weniger eine Beschränkung der Anstalt ist; indessen ist das Rechnungswesen derselben statutenmäßig bereits so, daß man jeden Tag über den Bestand der Anstalt Auskunft geben kann, und überdies müssen der Direktor und der Kassaführer den Statuten zufolge alle Monate ihre Rechnungen abschließen. Herr Stettler sodann findet die Erhebung der Anstalt zu einer moralischen Person überflüssig; allein diese Maßregel ist nöthig zufolge unserer gegenwärtigen Gesetzgebung, und gewiß würde die Direktion dieselbe nicht verlangt haben, wenn sie nicht nöthig wäre. Herr Altlandammann Blösch hat über diese Frage in Betreff aller in unserm Kanton bestehenden Anstalten dieser Art aus Auftrag der Behörde ein Gutachten abgegeben, in welchem er zwar vom Grundsatz ausgeht, daß man nur solche Anstalten, welche einen gemeinnützigen

Zweck haben, zu moralischen Personen erheben solle, dabei aber ferner nachweist, daß nach unserer Gesetzgebung viele unserer Anstalten dieser Art strenge genommen keinen gesetzlich gesicherten Bestand haben, so lange sie nicht als moralische Personen erklärt sind, weil dieselben ohne diese Anerkennung nicht Titel und Rechte erwerben können u. s. w. Deshalb hat das Departement des Innern bereits zwei dahierige Projekte vor den Regierungsrath gebracht. Man sagt freilich, die Nationalvorsichtskasse sei eigentlich nicht eine gemeinnützige Anstalt, sondern sie sei eine Spekulation. Hätte ich die Sache so angesehen, so würde ich mich nicht so damit abgegeben haben, oder mit einem solchen Begehren nicht vor den Großen Rath gekommen sein; allein diese Anstalt ist nach meiner Ansicht lediglich eine weitere Ausbildung der Ersparniskassen in einer gewissen Richtung; ihre Wirkungen sind ganz gleich, wie diejenigen der Ersparniskassen; sie nimmt kleinere Geldsummen in Empfang, sammelt sie und bildet daraus größere Kapitalien; also wirkt sie in dieser Hinsicht gleich, wie die Ersparniskassen. Diese Wirkung ist aber noch bedeutender bei jener Anstalt. Ich kann mich nämlich bei derselben zum Voraus verpflichten, z. B. zehn Jahre lang alljährlich so und so viel einzulegen, um dann nach Verfluß dieser Zeit eine gewisse Summe zurückzuerhalten. Halte ich nun diese Verpflichtung nicht, so verliere ich meine frühern Einlagen, und Dieses spornt mich also an, alle Jahre die nöthigen Ersparnisse zu machen. Hingegen weicht unsere Anstalt in einem andern Punkte wesentlich von den Ersparniskassen ab. Die Ersparniskassen müssen nämlich jeden Augenblick bereit sein, das bei ihnen eingelegte Geld wiederum zurückzubezahlen, sobald es verlangt wird; hingegen bei unserer Anstalt muß das Geld auf eine bestimmte Anzahl von Jahren eingelegt werden, nach deren Verfluß erst daselbe zurückverlangt werden kann. Dieses hat den Vortheil, daß ich nicht in Versuchung gerathe, mein eingelegtes Geld für die Bestreitung der ersten besten Luxusausgabe wiederum zurückzufordern, sondern daß ich den von vorn herein bestimmten Termin abwarten muß und dann am Ende ein schönes Kapital beisammen habe. Man kann auch einwenden, bei dem unserm Volke im Allgemeinen inwohnenden Geiste der Sparsamkeit und bei der großen Ausdehnung unserer bereits vorhandenen Ersparniskassen sei eine solche Anstalt bis jetzt kein dringendes Bedürfnis gewesen. Hingegen muß ich auf einen Umstand aufmerksam machen. Ungeachtet die Ersparniskassen in Frankreich noch lange nicht die Ausdehnung beizogen, wie bei uns, so haben dieselben seit ungefähr sechzehn Jahren dort dennoch eine solche Ausdehnung erhalten, daß selbst die Regierung darob erschrocken, indem, wenn in Frankreich die Ersparniskassen eine Ausdehnung erhalten sollten, wie sie sie in der Schweiz erhalten haben, der Staat mehr als zwei Milliarden nur durch die Ersparniskassen dem ärmern Theile der Bevölkerung schuldig werden würde, weil alle Einlagen in dieselben sofort in fünfprozentige Staatsschuldsscheine umgewandelt werden. Daher mußte dort die Besorgniß entstehen, es möchten in Kriegzeiten u. s. w. diese Leute ihre Milliarden auf einmal zurückfordern, wodurch der Staat natürlich in die größte Verlegenheit gerathen müßte. Infolge dessen hat die Regierung von Frankreich Anstalten ähnlicher Art, wie unsere Nationalvorsichtskasse, begünstigt, eben weil man bei diesen letzten das eingelegte Geld nicht jeden Augenblick zurückfordern kann; allein die Regierung hat dann diese neuen Anstalten bis vor nicht langer Zeit auf eine sehr unzweckmäßige Weise begünstigt, so daß Anstalten sich bildeten, die sehr schlecht verwaltet wurden, woraus dann bedeutende Verluste entstanden. Zugleich trat eine ungeheure Konkurrenz solcher Anstalten ein, bis in die Schweiz hinein, so daß nach einer ziemlich sichern Berechnung während der letzten drei Jahre nur aus einem kleinen Theile des Kantons Bern mehr als Fr. 200,000 dort eingelegt worden sind; ja, ein einziger Agent einer solchen Gesellschaft soll hier in Bern während drei Monaten über 100,000 Franken erhalten haben. Ist das nun zweckmäßig, Sit? Sollen wir also nicht dafür sorgen, daß diese Kapitalien im Inlande produktiv erhalten werden? Zu diesem Zwecke ist denn eben diese Nationalvorsichtskasse errichtet worden. So gut nun aber der Zweck einer solchen Anstalt offenbar ist, so gefährlich und schädlich kann allerdings eine solche sein, wenn keine Aufsicht darüber wäre. Diese Aufsicht ist daher nöthig, und sie ist gegeben durch das vorgeschlagene

Dekret. Aber auch abgesehen von diesem Dekrete, giebt die Anstalt in sich selbst alle mögliche Garantie. Vorerst besteht ein Reservefond von Fr. 50,000, welcher Fond statutengemäß später auf Fr. 100,000 erhöht werden soll. Ferner müssen sämtliche Angestellte verhältnismäßige Bürgschaft leisten; sodann besteht ein Verwaltungsrath aus der Zahl der Aktionäre, der alle Monate zusammenkommt, und ohne dessen Zustimmung keine Titel acquirit oder veräußert werden können u. s. w. Ebenso wählen die Subscribenten alljährlich einen Subscribentenrath, welcher sich alle Monate wenigstens einmal versammeln soll; endlich sind eigene Revisoren aufgestellt, um von Zeit zu Zeit die Kassen und Bücher zu vergleichen, und diese Männer verdienen gewiß allgemeines Zutrauen. Ich mache da noch auf einiges Andere aufmerksam. Auch in Deutschland bestehen ähnliche Anstalten unter dem Namen von Rentenanstalten, welche ebenfalls in der Schweiz, jedoch mehr in der östlichen, Geschäfte machen. Die meisten dieser Anstalten beruhen auf Spekulation, und es ergibt sich aus einem erst neulich erschienenen Werke, daß die Theilnehmer durchschnittlich 25 % verlieren. Bei unserer Anstalt geht nichts verloren außer den 4 % für Administrationskosten, unter welchen die Besoldung des Direktors inbegriffen ist. Vier Prozent ist aber gewiß nicht zu viel für die Verwaltung von Kapitalien während vielleicht zwanzig Jahren nebst der von der Gesellschaft zu leistenden Garantie u. c. Die Anstalten von Gotha, Leipzig und Hannover haben, ungeachtet sie alle drei oder fünf Jahre den Gewinn theilen, dennoch seit ihrem Bestehen drei Millionen preussische Thaler auf Unkosten der Theilnehmer profitirt, und nicht viel besser ist es in den französischen Anstalten. Schon aus ihren Statuten geht hervor, daß sie wenigstens 5 % Verwaltungskosten vorwegnehmen; dann kommen aber erst noch die Einschreibungsgebühren, Spotteln u. c. Ferner werden bei sämtlichen französischen Anstalten dieser Art die eingelegten Fonds in fünfprozentige Staatsschuldcheine verwandelt, welche aber von heute auf morgen auf 4 1/2 % oder 4 % u. s. w. heruntersinken können, so daß die Betroffenen da wiederum Gefahr laufen, zu verlieren. Allen diesen Anstalten gegenüber verdient unsere Anstalt das Zutrauen gewiß in hohem Grade, wiewohl dieselbe einstweilen im hiesigen Kanton noch weniger Subscribenten gefunden hat, als in andern Kantonen. Würde dieser Anstalt die Anerkennung als einer moralischen Person nicht zu Theil werden, so würde dieselbe genöthigt, sich in einen andern Kanton anzusiedeln; denn sonst könnte uns nach unsern hiesigen Gesetzen jeder Schuldner sagen, er sei uns nichts schuldig, und könnte uns dadurch zu fatalen Prozessen führen. Nun aber ist es schon manchem unser Landleute zu gute gekommen, daß diese Anstalt sich hier in der Nähe befand, denn schon manchem Landmanne hat sie durch ihre Kapitalien Nutzen gebracht. Die von der Justizsektion beantragten Bedingungen sind allerdings etwas strenge, aber je strenger, desto lieber; ich wenigstens stimme dazu, denn der Kredit der Anstalt wird dadurch nur um so mehr erhöht.

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter. Nach der vom Herrn Präopinanten gegebenen interessanten Auskunft will ich mich lediglich auf die zwei Bemerkungen der Herren Stettler und Sfen Schmid beschränken. Der Erstere glaubt, der Kredit dieser Gesellschaft beruhe auf der Persönlichkeit der dabei beteiligten Personen, und dieses sei einer Anerkennung der Anstalt als moralische Person vorzuziehen u. c. Allein, Zit., bis jetzt waren die Theilnehmer aller solcher Gesellschaften nicht persönlich verpflichtet, sondern die eigentliche Sicherheit lag immer in den vorhandenen Sicherheits- oder Reservefonds, welcher im vorliegenden Falle Fr. 50,000 beträgt, und nicht nur auch fernerhin bleiben wird, sondern noch verdoppelt werden soll. Uebrigens scheint es für diese Anstalt wirklich nöthig zu sein, daß sie das Korporationsrecht erhalte. Weit entfernt, daß etwas Gefährliches darin läge, werden im Gegentheil möglicherweise fatale Prozesse dadurch vermieden. Zudem steht es Ihnen, Zit., jederzeit frei, diese Anstalt wiederum aufzuheben. Auch das Gutachten des Herrn Altlandammanns Blösch geht dahin, daß gegen dergleichen Gesuche keine gegründete Bedenken walten, sofern solche Gesellschaften sich wirklich als nützlich ausweisen können. Herr Professor Sfen Schmid findet die Vorschriften der §§. 5 und 6 zu streng; allerdings sind sie etwas strenge,

indessen sind dieselben von der Gesellschaft selbst, wenn nicht vorgeschlagen, doch wenigstens nachher gutgeheißen worden. Ich trage also um so weniger Bedenken, dieselben zu genehmigen, als darin für die Beitretenden noch eine größere Garantie liegt.

A b s t i m m u n g.

1) Einzutreten	100 Stimmen.
Dagegen	7 „
2) Für unveränderte Annahme des Dekrets	94 „
Für Streichung der §§. 5 und 6	3 „

Auf verschiedene Vorträge der Justizsektion erteilt der Große Rath nachstehenden Vermächtnissen die nach Art. 3 des Gesetzes vom 6. Mai 1837 erforderliche Genehmigung durch's Handmehr:

- 1) Den von Herrn R. L. von Graffenried, gewesenem Gutsbesitzer zu Brünnen, dem Insefspitale und dem äußern Krankenhause gemachten Legaten von je Fr. 1000.
- 2) Dem von Herrn Münzmeister Ehr. Gueter, von Bern, dem Insefspitale zum Zwecke der Vermehrung des sogenannten Reisegeldfundus geschenkten Legate von Fr. 500.
- 3) Dem von Herrn J. R. Wyß, gewes. Pfarrer von Wichtach, der Armen Erziehungsanstalt auf der Grube, Kirchgemeinde Köniz, geschenkten Vermächtnisse von ungefähr Fr. 320.
- 4) Dem der gleichen Anstalt von Frau Wittwe Elisabeth Simonet, geb. Bichsel, von Clavaleyres und Frutigen, geschenkten Legate von Fr. 100.
- 5) Den von Herrn R. L. von Graffenried von Brünnen dem Bürgerpitale von Bern vermachten Fr. 1000.
- 6) Den von Ebendenselben dem bürgerlichen Knabenwaisenhaus und dem bürgerlichen Mädchenwaisenhaus in Bern geschenkten Legaten von je Fr. 1000.
- 7) Dem von Herrn J. R. Wyß, gewes. Pfarrer von Wichtach, den bürgerlichen Waisenhäusern von Bern gemachten Legate von acht Hundertheilen der zwei Fünftheile seines reinen Vermögens (das er auf ungefähr Fr. 40,000 angiebt).
- 8) Den von Herrn Altrathsherrn F. Lombach dem Dienstenpitale in Bern geschenkten Fr. 200.
- 9) Den von Frau Wittwe Elisabeth Simonet, geb. Bichsel, von Clavaleyres und Frutigen, der Armenanstalt in Bern geschenkten Fr. 100.
- 10) Den von Frau Wittwe Emilie Thormann, geb. von Sinner, der nämlichen Armenanstalt geschenkten Fr. 400.

In Genehmigung eines Vortrags der Justizsektion beschließt der Große Rath ohne Einwendung durch's Handmehr, in Uebergebung eines unangemessenen Vorbehalts wegen mehrerer Begünstigung der Verwandten der Erblasserin, Marie Françoise Claudine Béchaur, von Pruntrut, in Gemäßheit des Gesetzes vom 6. Mai 1837 eine auf Veranlassung des Testamentsrekruturs, Herrn Antoine Béchaur, geschehene Uebertragung des fraglichen Nachlasses von Fr. 4581 Rp. 21 an die Armenanstalt im Schlosse zu Pruntrut, einfach zu sanktioniren und einzig noch im Sinne jenes Gesetzes überhaupt der Erbin zum Beding zu machen, daß das ihr aus dieser Verlassenschaft anfallende Grundeigenthum innert Jahresfrist veräußert und der Ertrag sonst auf geeignete Weise im Interesse der Anstalt verwendet werde.

Vortrag des Finanzdepartements, über das Pensionsgesuch des Jakob Huzli, gewes. Zollners bei der Neubrück.

Mit Hinweisung auf einen im Jahre 1809 zwischen der damaligen Regierung und der Stadtgemeinde von Bern abgeschlossenen Vertrag hatte Jakob Huzli das Gesuch gestellt, es möchte ihm eine angemessene, mit dem genossenen Zollnergehalte im Verhältniß stehende, jährliche Pension bewilligt werden. Darauf gestützt, daß die durch den Vertrag von 1809 den

damaligen Zollbeamten erteilte Zusicherung, sie werden bei ihren Stellen belassen werden, jedenfalls durch das Fortbestehen der Stellen bedingt gewesen ist, und daß die Regierung sich keineswegs verpflichtet hat, diese Stellen nie aufzugeben, — daß ferner, wenn dieses nun in Folge eines allgemeinen Landesgesetzes geschehen ist, dem Petenten um so weniger ein Forderungsrecht zustehen kann, als gegen seine Geschäftsführung namentlich in der letzten Zeit gegründete Klagen, welche zu einer amtlichen Untersuchung gegen ihn Anlaß gegeben hatten, eingereicht worden waren, tragen das Finanzdepartement und der Regierungsrath darauf an, es möchte in das vorliegende Begehren nicht eingetreten werden.

Dieser Antrag wird sofort ohne Einsprache durch's Handmehr genehmigt.

Vortrag der Polizeisektion über das Strafumwandlungsgesuch des gewesenen Kanzleiläufers Friedrich Schumacher.

Friedr. Schumacher, von Bern, gewes. Kanzleiläufer, welcher durch obergerichtliches Urtheil vom 4. Januar 1845 wegen betrügerischen Geldstags zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe verurtheilt wurde, stellt, — unter Berufung auf seine ungünstigen Lebensverhältnisse und auf den stets genossenen guten Ruf, — die Bitte an den Großen Rath, daß jene Strafe in Landesverweisung umgewandelt werden möchte. Die Polizeisektion und der Regierungsrath finden jedoch in den vom Bittsteller angebrachten Umständen keine besondern Gründe zu einer Strafumwandlung und tragen daher auf Abweisung des vorliegenden Gesuches an.

Aubry, Regierungsrath, als Berichterstatter, fügt dem schriftlichen Vortrage lediglich bei, daß der Petent, dessen Gesuch in der frühern Session nicht mehr behandelt werden konnte, seither bereits seine Strafe angetreten habe.

Hünerwadel, Staatschreiber. Ich bedaure diesen Antrag auf Abweisung des vorliegenden Gesuches gar sehr. Schumacher war ungefähr elf Jahre lang Kanzleiläufer, und zwar fünf Jahre lang unter meiner Amtsführung. Während dieser ganzen Zeit hat derselbe mit größter Gewissenhaftigkeit und Pünktlichkeit seine Pflichten erfüllt und sich nie auch nur die geringste Veruntreuung zu Schulden kommen lassen. Das ist freilich an und für sich nicht ein Grund zur Begnadigung im vorliegenden Falle, indessen mag es doch einigermaßen zur Empfehlung gereichen. Handelte es sich um einen begangenen Diebstahl, um eine Unterschlagung u. dergl., so würde ich dem schriftlichen Antrage nichts beifügen; allein es handelt sich um einen betrügerischen Geldstag. Nun ist allgemein bekannt, daß unser Geldtagsgesetz von 1823 außerordentlich strenge ist, nicht zwar gerade in Betreff der Strafbestimmungen, wohl aber in Bezug auf die darin aufgestellte Definition des betrügerischen Geldstags, wonach jeder als betrügerischer Geldstager angesehen wird, der, wissend, daß er unter seinen Sachen steht, sich irgend einen Geldausbruch erlaubt. Das neue Strafgesetzbuch, welches aber gegenwärtig noch nicht in Kraft erwachsen ist, enthält viel mildere Bestimmungen in dieser Hinsicht; wenn also Schumacher vielleicht nur einige Monate später in Geldstag verfallen wäre, so würde ihn gewiß nicht Zuchthausstrafe getroffen haben. Ich bedaure, daß diese Sache in der frühern Sitzung nicht mehr behandelt werden konnte, denn jetzt ist die Strafe bereits an ihm vollzogen, und er ist bereits in's Zuchthaus abgeliefert worden. Da nun das Bitterste der Strafe bereits von ihm überstanden worden ist, so trage ich ehrerbietig auf einfache Umwandlung der Zuchthausstrafe in zweijährige Landesverweisung an; hätte er die Zuchthausstrafe nicht bereits angetreten, so würde ich vielleicht auf drei- oder vierjährige Verweisung angetragen haben.

Rikli erklärt, diesen Antrag auch seinerseits bestens zu unterstützen.

Knechtenhofer, Oberstlieutenant. Ich habe diesen Mann von Jugend auf gekannt als ehrlich und redlich, aber leicht-

sinnig. Wenn die Geldstager außerhalb Bern so gewissenhaft wären, wie sie hier gemeiniglich sind, so würde noch manchen derselben das gleiche Loos betreffen, wie den Schumacher, welcher nur durch Leichtsinns so weit herunter gekommen ist. Ich müßte also mit voller Ueberzeugung den Antrag des Herrn Staatschreibers unterstützen.

Aubry, Regierungsrath, als Berichterstatter. Jederzeit ist es für den Berichterstatter eine peinliche Stellung, gegen das Gefühl der Theilnahme, das eine verurtheilte Person, die man gekannt hat, einflößt, zu kämpfen. Wenn es sich darum handeln würde, die Grundlagen des Geldtagsgesetzes zu besprechen, so könnte man daselbe ein mehr oder weniger barbarisches nennen. Allein dieses Gesetz besteht nun einmal; die Gerichte haben nach demselben urtheilen müssen, und man muß das ausgefallene Urtheil anerkennen. Es ist mir bekannt, daß man zu Gunsten des Bittstellers mehrere besondere Umstände anführen kann; allein nach Untersuchung derselben, so wie alles dessen, was in der Prozedur enthalten ist, hat die Polizeisektion dennoch nicht hinlänglichen Grund gefunden, um das Gesuch zu Umwandlung der Strafe zu unterstützen, und der Regierungsrath theilte die nämliche Ansicht. Wenn ich nur meine persönlichen Gefühle zu Rathe ziehen will, so möchte ich das Gesuch nicht bestreiten, allein als Berichterstatter muß ich auf Annahme der Anträge der Polizeisektion schließen. Schumacher befindet sich bereits im Zuchthaus; wenn er sich dort gut aufführt, so wird man später darauf Rücksicht nehmen.

Abstim m u n g.

1) Durch Ballotirung:

Für Abschlag	42 Stimmen.
Für Willfähr	65 „

2) Offene Abstimmung:

Für Umwandlung der Zuchthausstrafe in zweijährige Landesverweisung	Handmehr.
---	-----------	-----------

Vortrag der Polizeisektion, betreffend das Rehabilitations- und Strafnachlaßgesuch des Ehr. Krähenbühl.

In einer an den Großen Rath gerichteten Bittschrift stellt Christian Krähenbühl, Gerbermeister in Zweisimmen, welcher durch obergerichtliche Sentenz vom 20. September 1844 wegen Körperverletzung peinlich zu einjähriger Verweisung aus dem Kanton Bern verurtheilt wurde, das Ansuchen, daß die ihm auferlegte Verweisungsstrafe in eine verhältnismäßige Eingrenzungsstrafe umgewandelt, und ihm nach ausgestandener Strafzeit die Rehabilitation in seine bürgerliche Ehrenfähigkeit wieder geschenkt werden möchte. In Berücksichtigung der günstigen Berichte über die Persönlichkeit des Bittstellers und der traurigen Folgen, welche durch die Exekution des Urtheils in ökonomischer Beziehung für ihn und seine Familie eintreten würden, tragen die Polizeisektion und der Regierungsrath auf Umwandlung der einjährigen Verweisungsstrafe des Ehr. Krähenbühl in eine einjährige Eingrenzung in die Gemeinde Zweisimmen an. — Was dagegen die vom Bittsteller nachgesuchte Ehrenfähigkeitserklärung anbetrifft, so wurde die Polizeisektion bereits vom Regierungsrathe angewiesen, in dieser Hinsicht von ihr aus das Angemessene zu verfügen.

Hußli, Gerichtspräsident, empfiehlt den Antrag dringend.

Durch's Handmehr genehmigt.

Auf den Antrag der Justizsektion wird dem Ehehindernißdispensationsgesuche des Herrn A. Knubel, Handelsmann in Zweisimmen, mit 77 gegen 12 Stimmen entsprochen.

Dagegen wird das Ehehindernißdispensationsgesuch des Ehr. Schenk von Langnau, zu Oppligen, auf den Antrag der Justizsektion durch's Handmehr abgewiesen.

Der Herr Landammann zeigt an, daß der Vertheidiger der vom Obergerichte unterm 7. Juni leztthin wegen Kindesmordes zum Tode verurtheilten Anna Wenger, von Blumenstein, ein Gesuch um Begnadigung derselben eingereicht habe, welche Bittschrift bereits dem Regierungsrathe zur Untersuchung und Berichterstattung überwiesen worden sei.

Schließlich zeigt der Herr Landammann an, daß die Sitzungen von nun an um 8 Uhr des Morgens beginnen

werden, und ersucht die Mitglieder dringend, bis zum Ende der Woche auszuharren, indem viele Geschäfte, zum Theil noch von der frühern Session her, auf Erledigung warten.

(Schluß der Sitzung um 1 $\frac{1}{4}$ Uhr.)

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Commersitzung 1845 Zweite Hälfte.

(Nicht offiziell.)

Zweite Sitzung.

Dienstag den 24. Brachmonat 1845.

(Morgens um 8 Uhr.)

Präsident: Herr Landammann Jaggi.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protokolls der gestrigen Sitzung werden noch folgende, mit den gestern unter Nummer 14 angezeigten, wesentlich gleichlautende Vorstellungen angezeigt: vom Gemeinderathe und 91 Bürgern von Belp; von 107 Bürgern von Graffenried; von 13 Bürgern von Luzern; von den Gemeinden Zegenstorf, Ballmoos, Urtenen und Münchenringen; von 39 Bürgern des Rubigenviertels; von 15 Bürgern von Gysenstein; von 103 Bürgern von Münsingen und Lägertsch; von 67 Bürgern von Münsingen und Wichtach; von 51 Bürgern von Oberdießbach; von 115 Bürgern von Steffisburg; von 122 Bürgern von Hindelbank, und von 264 Bürgern von Narwangen (Eine von Muri eingelangte ähnliche Vorstellung wird als nicht legalisirt einstweilen nicht zu den Akten gelegt.)

Auf Verlangen wird eine dieser Vorstellungen abgelesen, deren Schluß wörtlich dahin geht: „es möchte sich der Stand Bern mit den übrigen freisinnigen Regierungen der Schweiz, sei es durch ein Konkordat oder auf sonstige Weise, verständigen, um vereint mit denselben gegenüber den ultramontanen Kantonen das vorzüglich durch die Jesuiten gefährdete liberale Prinzip zu wahren.“

Tagesordnung.

Vortrag des Justiz- und Polizeidepartements nebst Projektdekret über Vollziehung der Tagsatzungsbeschlüsse, betreffend die Freischaaren.

Das Projektdekret ist gedruckt.

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter. Vor Allem aus, Zit., wird es sich fragen, ob Sie in diesen Entwurf eintreten, d. h., ob Sie überhaupt ein solches Gesetz wollen oder nicht. Wenn man einen Rückblick thut auf den Ausgang der leztthin stattgehabten Freischaarenzüge, so kann man allerdings glauben, die Lust dazu möchte den Meisten so ziemlich vergangen, und ein Gesetz dagegen möchte somit überflüssig sein. Indessen kommt es nicht darauf an, was für Ansichten darüber walten, sondern es fragt sich, in welcher Stellung wir in dieser Hinsicht uns gegenüber der Eidgenossenschaft befinden. Besitzen wir noch kein Gesetz gegen solche Freischaaren, so müssen wir ein solches machen. Die Grundlage dieses Ge-

schafts bildet der bekannte Tagsatzungsbeschuß vom 20. März 1845, wo Sie, Zit., selbst Ihre Gesandtschaft angewiesen haben, an diesem Beschlusse Theil zu nehmen. (Der Herr Berichterstatter liest den erwähnten Tagsatzungsbeschuß ab.) Sie sehen somit, Zit., daß durch diesen für alle Stände verbindlichen Beschuß alle diejenigen Kantone, welche noch keine derartigen Gesetze haben, eingeladen werden, solche zu erlassen, damit das eigenmächtige Auftreten von Freischaaren von nun an überall verboten werde. Nun hat es sich gezeigt, daß gegenwärtig noch ein in Kraft bestehendes derartiges Gesetz bei uns nicht existirt. Wäre das neue Strafgesetzbuch bereits in Kraft, so wäre, in Folge des darin enthaltenen §. 103, kein besonderes Gesetz nöthig; allein dieses Gesetzbuch ist leider noch nicht in Kraft, und es ist noch ungewiß, wann dasselbe in Kraft treten wird. Also ist es nöthig, ein besonderes Gesetz darüber aufzustellen. In wie fern nun die hier vorgeschlagenen Bestimmungen zweckmäßig sein mögen oder nicht, das werden Sie, Zit., in der einflüssigen Verathung entscheiden. Ich trage somit darauf an, daß es Ihnen belieben möge, in den Entwurf einzutreten und denselben artikelsweise zu verathen.

Dieses wird durch's Handmehr sofort beschloffen.

„§. 1. Jedes bewaffnete Korps (Freischaar) ohne Erlaubniß der Regierung ist verboten.“

Wer ein solches Korps zu bilden versucht oder wirklich gebildet hat oder einem solchen beigetreten ist, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.“

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter. Die vorberatenden Behörden sind bei diesem Entwurfe von der Ansicht ausgegangen, daß man nicht zu viele Detailsbestimmungen darin aufnehmen solle, namentlich nicht solche, die bereits im allgemeinen Theile des Kriminalgesetzbuches enthalten sind, und welche überhaupt in der Kriminalrechtswissenschaft allgemeine Geltung haben, denn sonst hätten wir da ein Gesetz von 20 bis 30 Paragraphen bekommen. Es ist anzunehmen, daß der Richter auch ohne dieses in vorkommenden Fällen die einschlagenden Grundsätze anwenden werde. Was nun den §. 1 im Besondern betrifft, so enthält derselbe, gemäß dem §. 1 des erwähnten Tagsatzungsbeschlusses, den Grundsatz, daß die Bildung von Freischaaren ohne Erlaubniß der Regierung verboten sei und mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft werde.

Blösch, Altlandammann, wünscht eine bessere Redaktion des ersten Satzes des §. 1, indem jedenfalls die Worte „ohne Erlaubniß der Regierung“ am unrichtigen Orte stehen.

Hünerwadel. Indem ich dieser Bemerkung beipflichte, ist mir noch mehr aufgefallen das Subjekt des ganzen Satzes; bisher glaubte ich, der Gesetzgeber verbiete eigentliche Handlungen, hier nun ist nicht eine Handlung verboten, sondern

verboten ist „jedes bewaffnete Korps.“ So kann man wohl im gemeinen Leben reden, aber Sprache des Gesetzgebers ist das nicht. Man wird also etwa sagen müssen: „die Bildung und das Auftreten eines bewaffneten Korps zc.“ Aber auch der Ausdruck „bewaffnetes Korps (Freischaar)“ scheint mir nicht bestimmt genug; nicht jedes bewaffnete Korps ist eine Freischaar, und also wird man sagen müssen: „die Bildung und das Auftreten eines Korps bewaffneter Freiwilliger (Freischaar).“ Auch der Ausdruck „Regierung“ ist hier unbestimmt. Im engeren Sinne des Wortes wird darunter freilich der Regierungsrath verstanden, aber im weiteren Sinne versteht man darunter die ganze vollziehende Gewalt überhaupt. Also muß hier genauer bezeichnet werden, welche Regierungsbehörde die Bewilligung zur Bildung und zum Auftreten solcher Korps bewaffneter Freiwilliger zu erteilen habe. Ich bin daher so frei, Ihnen, Zit., folgende Redaktion zum Behufe nochmaliger Untersuchung unmaßgeblich vorzulegen: „Die Bildung und das Auftreten eines Korps bewaffneter Freiwilliger (Freischaar) ist verboten, insofern nicht der Regierungsrath die Bewilligung dazu erteilt hat.“

Funk, Obergerichtspräsident. Auch mir ist diese Redaktion anstößig, und jedenfalls ist diejenige des Herrn Staatschreibers besser; man kann sich aber noch kürzer ausdrücken, ungefähr so: „Die Bewaffnung Freiwilliger als Korps ohne bestimmte Erlaubnis des Regierungsrathes (Freischaar) ist verboten.“ Das eingeschlossene Wort „Freischaar“ darf erst nach „Regierungsrathes“ beigelegt werden, denn gerade das Merkmal der mangelnden Erlaubnis ist das Charakteristische der Freischaar.

Steinhauer, Regierungsrath. Diese lektvorgeschlagene Redaktion müßte ich bekämpfen, denn ich will nicht bewaffnete Freiwillige verbieten; ich bin auch bewaffnet, und etwa Jeder von uns ist es, und Waffen zu besitzen, ist einem freien Manne erlaubt. Hingegen das eigenmächtige Zusammentreten in ein bewaffnetes Korps soll verboten sein, und daher müßte ich die Redaktion des Herrn Staatschreibers Hünerwadel unterstützen.

Funk, Obergerichtspräsident. Ich bin nicht verstanden worden.

Imobersteg, Obergerichter. Besser, als alles Vorgeschlagene, scheint mir die Redaktion des §. 1 des Zürcherischen Projektes, auf deren Annahme ich hiermit antrage, nämlich: „Jede Bildung und Organisation von bewaffneten Vereinen (Freischaar) ohne Genehmigung des Regierungsrathes ist untersagt.“

von Tillier, Regierungsrath. Diese Ansicht muß ich unterstützen. Der ursprüngliche Entwurf hat ungefähr so gelautet, auch stand das Wort „Bildung“ darin; aber im Regierungsrathe fand man dann, dieses Wort habe einen Doppelsinn, Bildung im Gegensatz von ungebildet. Aber das heißt gewiß *chercher midi à quatorze heures*. Man will auch nicht nur verbieten, Freiwillige zu bewaffnen, sondern man will die Bildung und das Zusammentreten bewaffneter Freiwilliger verbieten.

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter. Gegen den Paragraphen selbst ist in materieller Hinsicht keine Bemerkung gemacht worden; in Betreff der Redaktion mögen Sie denselben zu näherer Untersuchung zurückschicken, namentlich diejenige des Herrn Staatschreibers scheint mir sehr angemessen.

A b s t i m m u n g.

- | | |
|---|-----------------|
| 1) Für den §. 1 mit Vorbehalt der Redaktion | Handmehr. |
| 2) Für Erheblichkeit der Redaktion des Herrn Hünerwadel | 33 Stimmen. |
| Für etwas Anderes | 73 " |
| 3) Für Erheblichkeit der Redaktion des Herrn Funk | 15 " |
| Für etwas Anderes | Mehrheit. |
| 4) Für Erheblichkeit des Antrages des Herrn Imobersteg | große Mehrheit. |

§. 2. Das Auftreten eines solchen Korps gegen einen andern Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft, wird an den Theilnehmern bestraft:

- Wenn der Einfall in das betreffende Kantonsgebiet nicht ausgeführt worden ist, mit Gefängniß von vier bis achtzehn Monaten.
- Wenn der Einfall wirklich erfolgt ist, mit Gefängniß von acht Monaten bis zu drei Jahren, vorausgesetzt jedoch, daß der Straffall nicht bereits durch die kompetente Behörde des angegriffenen Kantons erledigt worden ist.

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter. Dieser Paragraph handelt jetzt von dem wirklichen Auftreten eines Freischaarenkorps gegen einen andern Kanton. Unter Litt. b. scheint sich aber ein Versehen eingeschlichen zu haben, denn wenn ich mich nicht sehr irre, so ist vom Regierungsrathe das Minimum der Gefängnißstrafe daselbst nicht auf acht, sondern auf vier Monate festgesetzt worden. Ich mache auch aufmerksam auf das Wort „erledigt“; im frühern Entwurfe hieß es „beurtheilt“, man hat aber gefunden, dieser letzte Ausdruck sei zu enge, weshalb er im Regierungsrathe durch „erledigt“ ersetzt worden ist, unter welchen Begriff z. B. dann auch die Erledigung durch Loskauf, durch Amnestie zc. fällt, in welchen Fällen sämmtlich keine weitere Bestrafung eintreten soll.

Imobersteg, Obergerichter. So wie bereits vorhin angedeutet wurde, so wird es sich schwerlich wieder um einen neuen Freischaarenzug handeln, und ist mithin ein Freischaarengesetz nicht nöthig, und wenn es dennoch je wiederum zu einem Freischaarenzuge kommen sollte, so dürften dann ein Paar Monate mehr oder weniger Gefängnißstrafe nicht viel dagegen helfen. Allein in diesem Dekrete wird der Grundsatz aufgestellt, daß ein Vergehen, welches auf einem andern Gebiete begangen wurde, von den hiesigen Gerichten bestraft werden könne. Es ist richtig, daß hierüber die Gesetzgebungen und Theorien nicht ganz einig sind; die Einen vertheidigen den hier vorgeschlagenen Grundsatz, die Andern hingegen sagen: Ein Verbrechen, das nicht auf unserm Gebiete begangen worden ist, kann unser Staat auch nicht strafen, und diese Theorie wird hergeleitet aus dem Grundsatz des Staatsschutzes, wonach behauptet wird, der Staat könne nur da strafen und Gehorsam verlangen, wo er auch Schutz gewähre; sobald aber der Bürger in einen andern Staat übertrete, so genieße er nur dort den Staatsschutz, mithin könne er auch nur dort straffällig werden, denn ein Bürger könne nicht gleichzeitig zweien Staaten zum Gehorsame verpflichtet sein. Man muß nicht außer Acht lassen, daß, wenn der Inländer in das Ausland geht und dort ein Verbrechen übt, das Ausland das Recht hat, ihn zu strafen, wenn es ihn bekommt; daß aber dann der Betreffende nachher auch noch im Inlande bestraft werden solle, wäre gewiß unrichtig. Hier ist freilich der Fall ausgenommen, wo die Sache bereits durch die kompetente Behörde des angegriffenen Kantons erledigt worden sei; aber Dem kann ein verschiedener Sinn beigelegt werden. Gewiß würde es jeder kriminalrechtlichen Theorie widersprechen, wenn, wie es leztthin der Fall gewesen, Leute, die lange Zeit in einem andern Gebiete gefangen gehalten und zuletzt gegen Lösegeld freigelassen worden sind, hier noch einmal bestraft werden könnten. Eine andere Bemerkung ist die, daß ich hinsichtlich der Strafen, welche hier vorgeschlagen sind, keine Minima festsetzen, sondern den richterlichen Behörden mehr Spielraum geben möchte, indem bei solchen Anlässen die Schuld jedes Einzelnen sehr verschiedenartig sein kann. Ich trage also darauf an, sowohl in Litt. a., als in Litt. b. die Strafminima zu streichen. Auf die Maxima nehme ich jetzt nicht Rücksicht; auf ein Paar Monate mehr oder weniger kommt es da nicht an.

Taggi, Regierungsrath, älter. Diesen Antrag muß ich unterstützen; schon im Regierungsrathe habe ich darauf angetragen, in den Strafen tiefer herunter zu gehen, sofern man nämlich ernstlich beabsichtige, daß das Gesetz in gegebenen Fällen wirklich vollzogen werde, wiewohl auch ich die Ueberzeugung habe, daß wir schwerlich je in den Fall kommen werden, daselbe anzuwenden. Ich berufe mich hier auf zwei Autoren, auf Johannes von Müller und auf von Rodt's Kriegsgeschichte, welche Beide es für eine Thorheit erklären, wenn die Taggung in frühern

Zeiten die sogenannten Freiharste (oder Freischaaren) verbot. Daher trage ich auf Herabsetzung der Strafminima an.

von Tillier, Regierungsrath. Die Frage, ob die Strafgerichtsbarkeit in gewissen Fällen ausgedehnt werden solle über das hiesige Gebiet hinaus, ist nicht heute zum ersten Male aufgeworfen worden, und sie ist gewiß sehr wichtig. Bei'm Strafgesetzentwurf habe ich mich am meisten gegen die Ausdehnung der Strafgerichtsbarkeit über das Gebiet hinaus gewehrt; die Gründe pro et contra haben Sie indessen bereits angehört, und Sie haben damals mit großer Mehrheit dem entgegengesetzten Grundsatz beigestimmt, namentlich in Bezug auf Hochverrath, der von fremdem Gebiete aus gegen den Kanton Bern angesponnen würde. Also haben wir den Grundsatz der Ausdehnung der Strafgerichtsbarkeit über das Gebiet hinaus bereits in unserm neuen Strafgesetze aufgenommen, und also ist es jetzt nicht mehr der Fall, gegen diesen Grundsatz an und für sich hier aufzutreten, sondern es fragt sich bloß: Ist derselbe im vorliegenden Falle wohl oder übel angewendet? Wenn nun dieser Grundsatz je angewendet werden soll, so ist dieß gewiß hier der Fall, und zwar liegt dieß im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Ist der Einfall in einen andern Kanton nicht ausgeführt worden, mithin das Freikorps im Lande geblieben, so sind die Theilnehmer bereits strafbar; hat aber der Einfall wirklich stattgefunden, so sind sie es noch viel mehr, und gerade solche Einfälle in andere Gebiete wollen wir durch dieses Gesetz verhindern. Fallen dann ein Theil der Betreffenden in die Hände einer fremden Regierung, und wird von Letzterer die Sache durch Bestrafung oder durch Loskauf, Amnestie u. s. w. erledigt, so tritt dann hierselbst keine weitere Bestrafung ein; im entgegengesetzten Falle aber muß Bestrafung eintreten, eben weil man die Sache nun einmal verhindern will, denn sonst fällt ja das ganze Gesetz weg. Im Allgemeinen müßte ich also nach den Vorgängen der allgemeinen Strafgesetzgebung diesem §. 2 beipflichten.

Funk, Obergerichtspräsident. Man hat bemerkt, es sei hier die Frage zwischen Inland und Ausland in Absicht auf die Strafgerichtsbarkeit. Ich begreife nicht recht, was man darunter versteht. Wenn ein schweizerischer Missethater, gestützt auf einen Tagsatzungsbeschluß, welcher von der obersten Bundesbehörde ausgegangen ist, ein Gesetz erlassen soll, so kann man hier nicht von Maßnahmen reden gegen ein Ausland, sondern die 22 Kantone machen zusammen die schweizerische Eidgenossenschaft aus, und zwar lesen wir im §. 1 des Bundesvertrags ausdrücklich, daß diese 22 Kantone sich vereinigt haben zur Behauptung ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit gegen alle Angriffe fremder Mächte und zu Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern. Wenn nun der Große Rath von Bern heute ein Strafgesetz berathet gegen bewaffnete Einfälle von Freischaaren in andere Kantone, so kann da nicht das Verhältniß der Schweiz im Allgemeinen gegenüber dem Ausland in Anwendung kommen. Man hat ferner bemerkt, wie es gehalten sein möchte in den Fällen, wo Theilnehmer an einer Freischaar, die bewaffnet einen Nachbarkanton angegriffen hatte, daselbst gefangen gehalten und später gegen Lösegeld ausgeliefert wurden. Meines Erachtens handelt der §. 2 hievon durchaus nicht; ich halte dafür, daß Theilnehmer an einem bewaffneten Einfall, die aber gegen Lösegeld in Freiheit gesetzt wurden, hier nicht mehr gerichtlich verfolgt werden sollen; durch das bezahlte und angenommene Lösegeld ist dort die Strafe bereits getilgt worden. Was das Strafmaß betrifft, so ist mir daselbst ziemlich gleichgültig. Wir werden schwerlich in den Fall kommen, dieses Gesetz je in Anwendung zu bringen; denn die meisten Theilnehmer am frühern Freischaarenzuge werden zur Ueberzeugung gekommen sein, daß auf diesem Wege auch der edelste Zweck nicht erreicht wird; sollte es aber je noch einmal dazu kommen, so würden wir dann zugleich so stürmische Zeiten haben, daß dergleichen Gesetze nicht viel Beachtung finden würden. Ich stimme also ganz zum §. 2; nur möchte ich in Litt. b. die Worte „zu“ und „jedoch“ streichen.

May, gew. Staatschreiber. Dieses Freischaarendekret bezieht sich durchaus nur auf Kantone der Eidgenossenschaft, allein es scheint mir, ein solches Gesetz sollte umfassender sein,

und auch Tentativen dieser Art gegen andere Staaten berücksichtigen. Daß dieß nicht ganz überflüssig wäre, beweist der Savoyenzug, wo auch eine Art von Freischaaren ausgezogen und in sardinisches Gebiet eingefallen ist. Ähnliches könnte früher oder später auch gegen Frankreich oder Deutschland versucht werden. Ich frage also bloß: Hat man absichtlich dieses Dekret nur auf die Eidgenossenschaft beschränkt, oder sollte es nicht allgemeiner gefaßt werden? Eine andere Bemerkung betrifft den Grundsatz, ob man hier auch solche Vergehen bestrafen solle, welche von hier aus in andern Kantonen begangen worden sind. Es ist da ein Umstand noch nicht angebracht worden, nämlich daß ein solcher Einfall geschehen kann, ohne daß dann alle Betreffenden gefangen genommen werden, sondern daß sie sich ganz oder theilweise zurückziehen können. Nichtsdestominder hat im betreffenden Kantone von Seite unsrer Angehörigen das Vergehen stattgefunden, und jetzt fragt es sich: Soll dasselbe straflos bleiben? Daß man die Sache als straflos ansehen wolle, bezweifle ich sehr; entweder also muß man den hiesigen Gerichten die Kompetenz geben, solche Frevel, ungeachtet sie in einem andern Gebiete verübt wurden, zu beurtheilen, oder aber man muß anerkennen, daß das Delikt da untersucht werde, wo es begangen wurde, und dieses würde zur Folge haben, daß die Betreffenden sich dort stellen oder dahin ausgeliefert werden müßten. Unter diesen Umständen wird es nun wohl das Gerathenere sein, den hiesigen Gerichten die Kompetenz zu geben, dergleichen Fälle zu beurtheilen.

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter. Die erste Einwendung des Herrn Obergerichters Imobersteg ist gegen den Grundsatz gerichtet, daß durch die hiesigen Gesetze Strafbestimmungen aufgestellt werden für Handlungen, welche in einem andern Kantone begangen wurden. Allerdings sind in Betreff dieses Grundsatzes die Ansichten und selbst die Gesetzgebungen sehr verschieden; indessen befinden wir uns hier auf einem Standpunkte, wo wir nicht nöthig haben, uns in diese Theorie zu verlieren, sondern wir müssen lediglich diejenige Grundlage annehmen, welche durch die Tagsatzung gegeben ist. Die Freischaaren sind übrigens eine neue Erscheinung, so daß man in den Kompendien über das Strafrecht wohl nur wenig darüber finden wird. Es handelt sich darum, Einfälle solcher Freischaaren in andere Kantone zu verhindern und vorkommenden Falles zu bestrafen; also müssen wir Gesetze haben, welche dieses möglich machen. Dieses ist der Wille der Tagsatzung, welche für uns verbindlich ist. Der Tagsatzungsbeschluß sagt im §. 2 ausdrücklich, die Stände sollen dafür sorgen, daß keinerlei Gebietsverletzungen durch Freischaaren u. s. stattfinden, und daß, wenn solche vorkommen, sie bestraft werden. Um aber eine solche Gebietsverletzung zu begehen, muß ein Einfall in fremdes Gebiet stattfinden, und wenn ein solcher Einfall bestraft werden soll, so muß unsre Strafgerichtsbarkeit solche Vergehen erreichen können, welche in jenem Gebiete stattgefunden haben. Mithin fällt dieses Argument des genannten Redners als ungegründet und dem Sinne und Willen der Tagsatzung zuwiderlaufend dahin. Herr Imobersteg will ferner keine Strafminima aufstellen. Dagegen ist zu bemerken, daß auch in den bisherigen Gesetzentwürfen von Zürich und St. Gallen Strafminima enthalten sind, und gewiß sind die hier vorgeschlagenen nicht zu hoch, so daß für den Richter genug Spielraum bis auf die Maxima übrig bleibt. Bloß gebe ich, wie ich bereits im Eingangsberichte bemerkt habe, zu, daß in Litt. b. statt acht Monaten nur vier Monate gesetzt werden. Herr Obergerichtspräsident Funk möchte in Litt. b. die Worte „zu“ und „jedoch“ auslassen. Das ist Sache der Redaktion, und ich kann diese Bemerkung, so weit sie das Wort „jedoch“ betrifft, zugeben. Herr Staatschreiber May fragt, ob das Dekret nicht auch auf Einfälle, welche gegen das Ausland gerichtet sein möchten, ausgedehnt werden sollte. Diese Frage ist schon im Regierungsrathe aufgeworfen worden, allein man hat gefunden, dieß sei überflüssig, weil durch den §. 103 des neuen Strafgesetzbuches, veranlaßt eben durch den Savoyenzug, bereits dafür gesorgt sei, weil ferner der erwähnte Tagsatzungsbeschluß sich nur auf Kantone der Eidgenossenschaft beschränke, und weil schwerlich dergleichen Einfälle werden gegen Frankreich oder Oesterreich versucht werden u. s. w.

A b s t i m m u n g.

Für den §. 2 mit den vom Herrn Bericht-
erstatte zugegebenen Modifikationen . . . 85 Stimmen.
Für etwas Anderes . . . 13 "

„§. 3. Die in §. 2 angedrohten Strafen treffen die den hiesigen Gesetzen unterworfenen Personen auch dann, wenn sie an dem bewaffneten Auftreten einer außerhalb des hiesigen Gebiets gebildeten Freischaar Theil genommen haben, insofern nämlich der Straffall nicht durch die kompetenten auswärtigen Behörden erledigt worden ist.“

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter. Dieser Paragraph ist ebenfalls veranlaßt durch einen Passus des Tagesatzungsbeschlusses und hat den Sinn, daß es untersagt sein solle, einem in einem andern Kantone sich bildenden Freischaaren-Unternehmen zuzuziehen, und zwar unter der nämlichen Strafandrohung, wie im §. 2, so wie ebenfalls unter der Voraussetzung, daß der Straffall nicht bereits durch die kompetenten auswärtigen Behörden erledigt wurde.

Funk, Obergerichtspräsident, wünscht, daß zu mehrerer Deutlichkeit nach dem Worte „Gesetzen“ eingeschaltet werde „in Ansehung ihrer Handlungen zur Zeit der strafbaren Uebertretung.“

Blösch, Altlandammann, trägt darauf an, daß das Wort „nämlich“ gestrichen, und daß das Wort „nicht“ hinter die Worte „auswärtigen Behörden“ versetzt werde.

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter, glaubt, in Betreff der Bemerkung des Herrn Obergerichtspräsidenten Funk, daß die Redaktion des §. 3 bereits deutlich genug sei; hingegen giebt er die Redaktionsvorschläge des Herrn Altlandammanns Blösch zu.

A b s t i m m u n g.

- | | |
|---|-------------|
| 1) Für den §. 3 im Allgemeinen . . . | Handmehr. |
| 2) Für den Paragraphen, wie er ist, mit
den vom Herrn Berichterstatter zuge-
gebenen Redaktionsverbesserungen . . . | Mehrheit. |
| Für den Zusatz des Herrn Funk . . . | 12 Stimmen. |

„§. 4. Neben den in den §§ 1 und 2 bestimmten Strafen soll gegen Beamte und Angestellte, welche sich der daselbst bezeichneten Handlungen schuldig gemacht, die Einstellung im Amte, Abberufung oder Entsetzung von demselben und gegen Kantonsfremde mit verhältnismäßiger Verminderung der Gefängnisstrafe zeitliche oder lebenslängliche Landesverweisung verhängt werden.“

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter. Gegen diesen Paragraphen werden vielleicht Bemerkungen fallen; der Regierungsrath fand ihn zweckmäßig. Die Beamten sind da, um bei ihren Stellen zu bleiben und nicht, um sich mit Hintansetzung derselben in dergleichen Unternehmungen einzulassen. Daher glaubte man, dieselben sollen, wenn sie es dennoch thun, über die in den vorbegehenden Paragraphen angedrohten Strafen hinaus je nach Umständen eingestellt, abberufen oder entsetzt werden können. Man ist dabei auch von der Ansicht ausgegangen, daß, wenn je der Fall eines neuen Freischaarenunternehmens eintreten sollte, und die Beamten nicht nur nicht Theil daran nehmen, sondern sich dagegen erheben, die Sache nicht mehr eine so große Ausdehnung, wie leztthin geschah, gewinnen werde, so daß mithin dieser Paragraph einer der wirksamsten zu Verhinderung solcher Unternehmungen sein werde.

Funk, Obergerichtspräsident. Dieses ganze Gesetz setzt voraus, daß jedesmal ein strafrechtliches Verfahren eintrete, und daß die Gerichte zu urtheilen haben. Also kann da nie von Abberufung, welche eine administrative Maßnahme ist, die Rede sein, und daher trage ich darauf an, das Wort „Abberufung“ zu streichen.

Kurz, Oberrichter. Diesem stimme ich bei, weil es im Paragraphen ausdrücklich heißt, es solle neben den in den §§. 1

und 2 bestimmten Strafen u. s. w. u. s. w. Abberufung verhängt werden. In der Regel verhängt man Strafen, aber die Gerichte können nicht Abberufung verhängen. Ich glaube indessen nicht, daß durch Streichung des Wortes „Abberufung“ dann der Regierung das Recht genommen werde, von sich aus als Administrativbehörde die Abberufung in einem gegebenen Falle auszusprechen; vielmehr bleibt der Regierung dieses Recht immerhin vorbehalten, wenn schon hier in Bezug auf die Gerichte das Wort „Abberufung“ ausgelassen wird.

Fr. Seiler. Wenn man die Diskussion über dieses Gesetz hört, so sollte man meinen, die Jesuiten seien schon über alle Berge. Zweckmäßiger und nöthiger schiene es mir, endlich einmal ein Gesetz zu machen über Verantwortlichkeit der Beamten und Behörden. Die Freischaaren müssen nun einmal verboten werden, denn diese dienen nicht zur Sesselherrschaft; wer aber ein ächter Freischääler ist und Gut und Blut daran setzt, der wird sich, wenn es darauf ankommt, nicht an ein solches Gesetz kehren. Nur Das, Zit., wollte ich bemerken.

Im obersteig, Oberrichter. Wenn ich wiederum das Wort ergreife, so mögen Sie, Zit., mir es nicht übel nehmen, denn ich glaube, in dieser Materie gewissermaßen kompetent zu sein. Im Zürcherischen Entwurfe kommt von einer solchen Bestimmung nichts vor, und wenn die Beamten außer den allen übrigen Bürgern angedrohten Strafen noch einer besondern Strafe ausgesetzt sind, so geht Das wirklich zu weit. Der Fall kann eintreten, daß die Gerichte den betreffenden Beamten weder durch Einstellung, noch durch Entsetzung bestrafen; dann kommt der Regierungsrath und ruft ihn von sich aus ab, zumal es heutzutage gäng und gäbe ist, jeden Beamten, der nicht gefällt, abzurufen, und zuletzt das Volk selbst Gefahr läuft, abberufen zu werden hinsichtlich seiner Souveränität. Wenn die im lezten Freischaarenzuge beteiligten Beamten nicht im Sinne und Geiste des Volkes gehandelt hätten, es würde ein anderes Verhängniß über sie hereingebrochen sein, denn daß man dieselben aus Humanität u. s. w. habe schonen wollen, wird Niemand behaupten, sondern wenn man nicht für sich selbst die Nemesis gefürchtet hätte, so würde man sie abberufen haben. So wird man auch in Zukunft immer fragen, ob die Betreffenden im Sinne des Volkswillens gehandelt haben oder nicht. Ich trage also in erster Linie auf Streichung des ganzen §. 4 an; in zweiter Linie stimme ich für Streichung des Wortes „Abberufung.“ Was die Kantonsfremden betrifft, so glaube ich, dieselben sollen ebenfalls nicht mehr bestraft werden, als alle Andern.

Leibundgut, Gerichtspräsident, schließt in erster Linie auf Streichung des §. 4, und in zweiter Linie auf Ersetzung des Wortes „soll“ durch „kann.“

Blösch, Altlandammann. Statt der Worte „mit verhältnismäßiger Verminderung der Gefängnisstrafe“ sollte es doch wohl heißen „mit verhältnismäßig verminderter Gefängnisstrafe.“ Was die übrigen über diesen Paragraphen gefallenen Anträge betrifft, so will ich weiter nicht darauf eintreten; bloß das bemerke ich: Wenn einmal Diejenigen, welche leztthin die Freischaaren bilden und gebrauchen halfen, das Regiment im Lande führen, dann will ich glauben, die Beamten, welche an dergleichen Freischaarenzügen Theil nehmen, werden nicht strafbar erscheinen; aber so lange unsre Obrigkeit nach Gesetz und Pflicht regiert, und nicht Freischaaren, so lange halte ich dafür, daß solche Beamte bestraft werden sollen.

von Zillier, Regierungsrath. Herr Seiler ist mit sich selbst ein wenig im Widerspruche; er will vorerst ein Gesetz über Verantwortlichkeit von Beamten; hier beraten wir eben jetzt einen Theil dieser Verantwortlichkeit, und nun ist er dagegen. Der Beamte hat gewiß für Aufrechthaltung von Ruhe und Geseßlichkeit eine viel größere Verpflichtung auf sich, als der gewöhnliche Bürger. Daher stimme ich im Allgemeinen dem §. 4 bei, aber auch der von den Herren Funk und Kurz beantragten Modifikation stimme ich bei, denn die Abberufung wird nie vom Richter verhängt, sondern sie ist eine reine Administrativmaßregel. Der Fall läßt sich aber denken, daß ein Vergehen nicht hinlänglich erwiesen ist, so daß nach unserm bestehenden Verfahren eine förmliche Amtsentsetzung oder Einstellung vom Richter verhängt werden könnte, daß aber der

betreffende Beamte sich doch so weit vergangen hat, daß eine fernere Fortdauer seines Amtes für das allgemeine Wohl nicht zuträglich wäre. Alsdann muß die Abberufung als eine Administrativmaßregel nothwendig eintreten. Allein dieses gehört nicht in das vorliegende Gesetz. Hingegen könnte ich nicht dazu stimmen, nach der Ansicht des Herrn Gerichtspräsidenten Leibundgut den Paragraphen fakultativ zu stellen; das ist immer sehr unangenehm für den Richter, und namentlich im vorliegenden Falle ist es zweckmäßig, demselben eine bindende Vorschrift zu ertheilen.

Dr. J. Schnell. Mir ist auch heute wiederum etwas aufgefallen, was mir namentlich in letzterer Zeit bei Berathung von Gesetzen u. schon oft aufgefallen ist, und was mir sehr wichtig erscheint, weil ich darin die Quellen unsres gegenwärtigen übeln Zustandes großentheils finde, nämlich das Mißverständniß über die Grundlagen unsrer Verfassung, die Verwirrung der Begriffe vom Volke, von Volkssouveränität, von Beamtenverantwortlichkeit u. s. w. Sollte man, wenn man hier vom Volke reden hört, nicht glauben, das Volk seien diejenigen, welche eben selbst reden? Wer hat die Gewalt, und wer ist da das Volk? Sie, Zit., haben die Repräsentation; was ist Euch gegenüber das Volk? Nichts, als diejenige Gewalt, die, wenn sie zu urtheilen hat über Eure Verfügungen, Gesetze u. s. sagen kann: Diese unsre Repräsentanten arbeiten und handeln nach unserm Sinne, oder aber nicht, und im letztern Falle entfernen wir sie und ersetzen sie durch Andere. Eine weitere Einmischung des Volkes in die Exekution der Verfassung ist durchaus nicht gedenkbar, ohne daß wir uns in einem ewigen Revolutionszustande befinden; sonst haben wir keine gesetzliche Autorität mehr, keinen Respekt vor Behörden und Gesetzen, kurzum — nur Der regiert dann, welcher zum Prügel greift, am lautesten schreit, Alles emeutirt und mit dem emeutirten Hause die Regierung ausübt, wie es zu Lausanne geschehen ist. Dann sind wir kein konstituirtes Volk mehr, keine gesetzlich organisirte Nation, sondern wir sind ein Haufe von Leuten, die man heute zusammengetrieben hat, und die morgen wiederum auseinanderstieben. Ich will dann lieber offen herausfagen, wir seien mitten in der Revolution, als hingegen, recht jesuitisch, dergleichen thun, als bewege man sich innerhalb der Verfassung, dabei aber beständig Hintergedanken äußern, das, was wir da machen, werde nicht lange währen u. s. w. Das ist eine so beunruhigende, betrübende Erscheinung und Aeußerung, daß ich geradezu behaupte, aus dergleichen Ansichten, Begriffen und Grundsätzen fließe alles Uebel, was seit einiger Zeit über uns ergangen ist. Gewiß ist kein volksthümlicherer Mensch in dieser Versammlung, als ich, darauf schwöre ich; aber ich sehe nicht bloß die Freischaaeren als das Volk an, sondern alle Diejenigen, welche in der Verfassung als Volk bezeichnet sind, und noch mehr dazu; aber nur Diesen und keinen Andern, gebe ich das Attribut und das Recht, als Volk dasjenige zu machen, was dem Volke in der Verfassung zu machen übertragen ist, nämlich seine Vertreter hieher zu schicken, ihre Handlungen zu beurtheilen und diese Repräsentanten jeweilen zu bestätigen oder durch Andere zu ersetzen. Alles übrige Recht spreche ich dem Volke ab, geradezu, und wenn es ein anderes Recht geltend macht, so heiße ich Das Turbulenz, Unordnung, Revolution. Ich will da nicht zanken, ich will nicht reizen, aber ich möchte bitten, zu bedenken, wozu das führt, wenn jeder Einzelne seine Ansichten mit dem Volkswillen, mit dem Volkswunsche u. s. w. unterstützen und dieselben dafür ausgeben möchte. Wir würden uns bald in Sektionen, Faktionen u. scheiden, wo dann jede Partei mit ihren Anführern aufzöge und man sähe: Wer ist der Stärkere? Gott verhüte, daß es je dahin komme, aber es ist wenigstens möglich. Glaubet und seid versichert, daß die Kührigsten unter dem Volke nicht die Mehrheit sind des Volkes, und daß, wenn Ihr es endlich mit zu vielem Rühren und Bewegen dahin gebracht habt, daß die Bewegung in die untersten Massen geht, und Schrecken und Angst unter die ganze Bevölkerung kommt, dieß zulezt ein Ende nehmen wird, von welchem Ihr das Opfer seid. Verlaßt Euch darauf. So viel ich nun von der Sache verstehe, so geht es mir, wie Herr Regierungsrath von Toller gesagt hat; ich sehe in diesem Paragraphen einen Theil der Verantwortlichkeit unsrerer Behörden und Be-

amten. Auch scheint es mir, daß die Abberufung nicht hieher gehört, weil das nicht eine Gerichtsstrafe ist.

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter. Im ursprünglichen Entwurfe stand das Wort „Abberufung“ nicht, sondern es ist im Regierungsrathe beigefügt worden. Als Berichterstatter kann ich es also nicht fallen lassen, als Mitglied hingegen kann ich für die Streichung stimmen, indem durch die Streichung das Abberufungsrecht der Administrativbehörde gegenüber den betreffenden Beamten nicht geschmälert ist. Herr Oberrichter Imobersteg möchte den Paragraphen ganz streichen, und er hat sich dabei Aeußerungen erlaubt, welche offenbar zu weit gegangen sind im Ausdrucke und auch in der Sache selbst unrichtig sind. Ich bin indessen nicht dafür da, um ihn deshalb zu censuriren. Auf gewisse andere Bemerkungen, namentlich von Seite des Herrn Seiler, ist bereits von anderer Seite her gediect worden; daher kein Wort darüber. Es ist auch vorgeschlagen worden, den Paragraphen fakultativ zu stellen. Die Mehrzahl der Beamten wird gewiß nicht gegen diesen Paragraphen sein, denn sie sehen dann zum Voraus, wie es gemeint ist. Die von Herrn Blösch vorgeschlagene Redaktion hingegen kann ich zugeben.

A b s t i m m u n g.

- | | |
|--|---------------|
| 1) Den Paragraphen überhaupt beizubehalten | Mehrheit. |
| Den selben zu streichen | 15 Stimmen. |
| 2) Für den Paragraphen mit der zugegebenen Redaktionsverbesserung und mit Vorbehalt der Abstimmung über die beantragten Modifikationen | Mehrheit. |
| 3) Statt „soll“ zu setzen „kann“ | 30 Stimmen. |
| Dagegen | Mehrheit. |
| 4) Das Wort „Abberufung“ zu streichen | gr. Mehrheit. |
| Dagegen | 1 Stimme. |

„§. 5. Dieses Dekret tritt vom Tage seiner Bekanntmachung an in Kraft. Es soll in beiden Sprachen gedruckt, auf gewohnte Weise öffentlich bekannt gemacht und in die Gesetzesammlung eingerückt werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes in Bern, den“

Funk, Obergerichtspräsident. Ich möchte bloß den Herrn Berichterstatter fragen, ob durch den Ausdruck „erledigt“ in den §§. 2 und 3 auch die Bezahlung eines Lösegeldes mit inbegriffen sein soll, so daß in diesem Falle dann keine weitere Strafverfolgung stattfinden darf. Sollte dieß nicht dem also sein, so würde ich dann einen Zusatzartikel vorschlagen.

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter, erklärt, der Regierungsrath habe die Bezahlung eines Lösegeldes allerdings darunter verstanden, und eben deshalb sei der im ursprünglichen Entwurfe gestandene Ausdruck „beurtheilt“ durch das Wort „erledigt“ ersetzt worden.

Saggi, Regierungsrath, jünger, bestätigt dieses.

Funk, Obergerichtspräsident, erklärt sich nunmehr für befriedigt.

Der Paragraph wird durch's Handmehr genehmigt.

Eingang des Dekretsentwurfs.

„Der Große Rath der Republik Bern,
in Betrachtung:

Daß die Bildung und das Auftreten bewaffneter Freischaaeren in jedem geregelten Staate unzulässig ist, in der Absicht, jeden weitem derartigen Störungen des Landfriedens zuvorzukommen, und in Exekution der von der eidgenössischen Tagsatzung unter'm 20. März 1845 hierüber gefaßten Schlußnahme,

auf den Rapport der Justizsektion und nach geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,

beschließt: "

Obrecht möchte statt „Bildung“ setzen „Organisation;“ denn man denke dabei an gebildet im Gegensatze von ungebildet.

Aubry, Regierungsrath, unterstützt diesen Antrag.

von Tillier, Regierungsrath, erwiedert, der Ausdruck „Bildung“ finde sich in allen deutschen Gesetzbüchern in dem hier gemeinten Sinne, „Organisation“ dagegen sei französisch.

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter. Der Ausdruck „Bildung“ ist ein allgemeiner und entspricht im vorliegenden Falle dem Worte Organisation gänzlich. Uebrigens steht er auch im Beschlusse der Tagsatzung; wenn die eidgenössische Kanzlei nicht deutsch kann, so kann ich nichts dafür.

Obrecht zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Der vorgeschlagene Eingang wird hierauf durch's Handmehr gutgeheißen.

(Fortsetzung folgt.)

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Commersitzung 1845. Zweite Hälfte.

(Nicht offiziell.)

(Fortsetzung der zweiten Sitzung, Dienstag den 24. Brachmonat 1845.)

Entwurf der Instruktion auf die ordentliche Tagsatzung des Jahres 1845.

Das Kreditiv und die §§. 1 bis 22 werden ohne Einsprache sofort durch's Handmehr genehmigt.

§. 23. Revision des Bundesvertrags.

„Der Stand Bern pflichtet dem Antrage des Vororts, der Bundesrevisionsfrage in diesem Jahre wegen der gegenwärtigen hiefür ungünstigen Verhältnisse in der Eidgenossenschaft, keine einläßliche Folge zu geben, nicht bei, sondern erneuert, in Festhaltung seiner bisherigen Politik, der Gesandtschaft die nachfolgende Instruktion:

Obwohl die auf den Großrathsbeschluß vom 21. Christmonat 1833 sich gründende Instruktion Bern's, die Revision des Bundesvertrags einem eidgenössischen Verfassungsrathe, erwählt nach dem Verhältnisse der Bevölkerung, zu übertragen, bis jetzt wenig Anklang gefunden, muß dieser Stand, weil die Gründe, welche sie hervorgerufen, noch in ihrem vollen Gewichte fortbestehen, darauf beharren und jeden andern Modus einer Revision des Bundes, als von der einzig natürlichen und rechtlichen Grundlage abweichend und die Erreichung des hohen Zweckes eher hindernd als fördernd, verwerfen.“

Stettler. Seit einer Reihe von Jahren haben wir bekanntlich immer den nämlichen Instruktionsartikel über diesen Gegenstand, und seit einer Reihe von Jahren habe ich immer dazu gestimmt. Die letzten Ereignisse nöthigen mich nun aber, so viel an mir, von dem bisherigen Verfahren abzustehen und auf eine neue Instruktion anzutragen. Sehen wir ein wenig weiter über die Grenzen unseres schweizerischen Vaterlandes hinaus, so erblicken wir überall — was? das Bestreben der größern souveränen Mächte auf harmonische Handhabung des Friedenszustandes, auf Ausschließung der Macht der Gewalt, auf Herstellung und Erstreben eines Zustandes des Rechtes anstatt der Herrschaft der Gewalt gerichtet. Nicht anders als mit freudiger Empfindung können wir sehen, wie die größern Mächte, welche früher während Jahrhunderten immer im Zustande des Krieges sich befanden, jetzt in harmonischer Bestrebung sich bemühen, den Friedenszustand, die Herrschaft des Rechtes zu handhaben und die herrlichsten Bestrebungen der Humanität in schönster Harmonie zu verwirklichen. Sehen wir nicht namentlich England und Frankreich, die sich früher Jahrhunderte lang stets feindselig gegenüberstanden, seit einer Reihe von Jahren Hand in Hand auf Erfüllung der schönsten Zwecke der Civilisation hinarbeiten, wie z. B. auf Unterdrückung jenes Schandflecks der Menschheit, der Sklaverei? Sehen wir nicht an unsern Grenzen einen großen Bundesstaat, bestehend aus

einer Zahl souveräner Staaten, wie wir, — seine Bundeskräfte einigen nicht durch physische Gewalt, sondern durch gegenseitiges Vertrauen, und durch harmonische Pflege der höhern geistigen Kräfte? Sehen wir nicht, daß auf diesem Wege das sonst so zerrissen erscheinende Deutschland sich immer mehr gestaltet zu einer einigen deutschen Macht, ungeachtet des unveränderten Bestandes eines dem unsrigen ganz ähnlichen Bundesvertrags? Und das Alles, Tit., kommt dort zu Stande, ohne Bundesrevision, es kommt zu Stande durch gegenseitiges Vertrauen, durch Einigung der gemeinsamen Interessen. Ohne Bundesrevision haben sie dort ihren Zollverein gegründet, ihre innern Bölle aufgehoben und an die gemeinsamen Grenzen verlegt und dadurch ihre deutsche Kraft und Einheit gestärkt. Es ist wahrhaftig erfreulich, zu sehen, wie die Kraft des Geistes und der Civilisation in allen Ländern zunimmt und sich an den Platz setzt der physischen rohen Gewalt. Sehen wir nun auf unser eigenes Vaterland. Die Völkerschaften dieses Vaterlandes scheinen durch Jahrhunderte hindurch bestimmt, mit einander in enger Brüderschaft zu leben, sie scheinen von der Vorsehung zu gegenseitigem Vertrauen ganz eigentlich gestiftet zu sein, und was sehen wir da in den letzten Zeiten? Die gänzlichste Zerstörung des gegenseitigen Vertrauens, das Ueberhandnehmen der Herrschaft der rohen Gewalt; binnen wenigen Monaten sehen wir durch die physische Gewalt zweimal einen Bundesbruch verübt, wie in der ganzen Schweizergeschichte kein ähnlicher zu finden ist. Nach solcher Zerstörung der einzig wahren Grundlagen schweizerischer Nationalität frage ich: Ist es jetzt der Zeitpunkt, solche Anträge zu stellen, wie der hier vorgeschlagene? Könnte man nicht auch bei uns auf ähnlichem Wege, wie in Deutschland, alle Bundesrevision überflüssig machen und dennoch zum Ziele gelangen? Deutschland und Frankreich besitzen bald vollständige Netze von Eisenbahnen; wäre so etwas bei uns nicht auch möglich gewesen? Man sagt immer, es fehle an Geld hiezu. In Deutschland weiß man, daß solche Unternehmen nur gedeihen können, wenn die Regierungen die Zinsen garantiren. Aber, Tit., wie viele hunderttausend Franken bedurfte es nicht in wenigen Monaten für jenen doppelten Bundesbruch! Ein wie schöner Beitrag wäre das nicht gewesen an eine Zinsgarantie für schweizerische Eisenbahnen! Ich sage das nicht, um alte Wunden aufzureißen, aber um zu zeigen, daß Diejenigen, welche an solchen Bundesbrüchen Theil genommen oder sie begünstigt haben, wenigstens bedeutend mitverschuldet sind, daß während langer Zeit an eine Einigung des Schweizervolkes nicht gedacht werden kann. Man sagt immer, nur auf dem Wege eines schweizerischen Verfassungsrathes sei eine Bundesrevision möglich. Ich war früher auch dieser Meinung, und im Grunde bin ich es noch jetzt; aber hiefür müssen alle Völkerschaften der Schweiz sich gegenseitig erkennen als ein einziges Schweizervolk. Hiezu aber ist nöthig, daß das Schweizervolk ein einiges Schweizervolk sei. Dieses ist aber leider seit langem nie weniger der Fall gewesen, als seit einigen Monaten, und dieses — Dank jenen Ereignissen! Wenn eine Repräsentation

nach der Kopfabzahl eingeführt werden soll, so ist vor Allem aus nöthig, daß die kleinern Stände zu den größern Ständen mehr Zutrauen haben, als dieß jetzt möglich ist. Meine innigste Ueberzeugung ist daher, daß wir auf dem hier vorgeschlagenen Wege zu keiner Revision gelangen werden, sondern das einzige Mittel hiefür ist Herstellung des Zutrauens, und hiezu gelangen wir nur durch Herstellung schweizerischer Treue und Ehrlichkeit; aber jenes Zutrauen hat man verloren, und zwar namentlich auch zum Stande Bern. Daher trage ich darauf an, von der vorgeschlagenen Instruktion zu abstrahiren und dagegen dem Antrage des Vorortes Zürich beizupflichten, daß von der Verathung der Bundesrevisionsfrage in diesem Jahre abstrahirt werden möchte.

Blösch, Altlandammann. Den Antrag des Vorortes möchte ich ebenfalls empfehlen, wenn auch nicht ganz aus den vom Herrn Präopinanten angebrachten Gründen. In die Fragen, auf welchem Wege die Bundesrevision dereinst betrieben werden solle, will ich nicht eintreten. Bis jetzt hat die Regierung von Bern immerwährend die Idee eines Verfassungs Rathes festgehalten, und ich halte diese Idee vor der Hand ebenfalls fest. Allein auf heutigen Tag will ich in diese Frage nicht eintreten, ich reproduzire bloß einen von einem Mitgliede des Regierungsrathes im vorigen Jahre geäußerten Gedanken. Diese Frage ist bereits seit so vielen Jahren herumgeschleppt worden, sie hat schon zu so vielen unangenehmen Streitigkeiten Anlaß gegeben, daß schon deshalb nichts Zweckmäßigeres sein dürfte, als eine Zeit lang gar nicht mehr davon zu reden. Im Familienkreise, wenn man sich über eine Frage recht lange gestritten, ist gar häufig nichts Klügeres zu machen, als eine Zeit lang von etwas Anderem zu reden. Daher wünsche ich, daß diese Frage diesmal gar nicht besprochen werde.

Neuhaus, Schultheiß, als Berichterstatter. Es ist allerdings wahr, daß das Zutrauen unter den Eidgenossen zerstört ist, und ich wünschte sehr, daß man es wiederherstellen könnte; aber so lange die Jesuiten in der Schweiz bleiben, ist an eine solche Herstellung nicht zu denken. Diejenigen also, welche Herstellung des Zutrauens wünschen, sollen vor Allem aus für Entfernung der Jesuiten aus der Schweiz stimmen und nicht dagegen. Ueber die Eisenbahnen will ich jetzt hier kein Wort verlieren; auch ich wünsche eine, aber nicht eine antivaterländische, wie der Stand Zürich eine solche gegenwärtig betreibt. Den vorliegenden Gegenstand möchte ich nicht aus den Traktanden entfernen; wer weiß, wann und wie er dann wiederum hineinkäme. Ich stimme also zum vorgeschlagenen Instruktionsartikel.

Abstim m u n g.

Für den §. 23	Mehrheit.
Für etwas Anderes	12 Stimmen.

§. 24. Eidgenössische Gewährleistung der Kantonsverfassungen.

„A., B. und C. berühren Bern nicht, indessen wird die Gesandtschaft diejenigen Stände, welche die Verfassungen der Kantone Glarus, Solothurn und Nargau noch nicht garantirt haben, einladen helfen, diesen Verfassungen die bundesgemäße Gewährleistung zu ertheilen.

D. Der Verfassung des Kantons Wallis muß Bern die Garantie auf so lange verweigern, als den Reformirten die Ausübung ihres Gottesdienstes durch den §. 2 dieser Verfassung untersagt sein wird.“

Neuhaus, Schultheiß, als Berichterstatter. Der Regierungsrath findet, man könne unmöglich eine Verfassung garantiren, welche unsern reformirten Mitbrüdern nicht einmal erlaube, Privatgottesdienst zu halten.

May, gew. Staatschreiber, verlangt die Ablesung des §. 2 der Verfassung des Kantons Wallis.

Derselbe lautet: „La religion catholique, apostolique et romaine est la religion de l'Etat; elle seule y a un culte: la loi lui assure son appui.“

Stettler. Der Bundesvertrag sagt, diejenigen Verfassungen sollen garantirt werden, welche nicht mit dem Bunde im Widerspruche stehen. Nun haben gerade die ältesten Kantone der Schweiz, deren Verfassungen längst garantirt sind, genau die nämliche Vorschrift; also sehe ich keinen bundesgemäßen Grund, um die Verfassung des Kantons Wallis nicht zu garantiren.

Dr. J. Schnell. Wollen wir ungefähr die gehässigste, verabscheuungswürdigste Eigenschaft der Katholiken nachahmen, Zt., nämlich die Intoleranz? Das, Zt., ist der Weg, der uns zum Verderben führt. Bedenket Das.

May. Es will mir scheinen, daß die Weigerung, die Verfassung des Kantons Wallis zu garantiren, nicht ausgesprochen werden sollte, ohne vorher die Gründe zu kennen, welche die kompetente Behörde dazu vermocht haben festzusetzen, daß nur allein der katholische Kultus in jenem Kantone ausgeübt werden dürfe. Ohne Zweifel haben sich irgend welche sehr gewichtige örtliche oder sonstige besondere Gründe herausgestellt, um eine ähnliche Bestimmung hervorzurufen, welche, wenn sie solcher entscheidender Grundlagen ermangeln sollte, ohne anders als Intoleranz bezeichnet werden müßte. Es ist daher vor Allem aus nothwendig, die Regierung von Wallis über die Gründe dieser Ausschließung anzufragen; denn die Klugheit gebietet, daß vorher die Gegenpartei angehört werden müsse, ehe man über einen Gegenstand das Urtheil fällt. Ehemals war hier in diesem Raume über unsern Häuptern geschrieben: audiat et altera pars; das will sagen: man müsse immer beide Parteien anhören und danach trachten, in sich selbst die eigene Meinung zu bekämpfen, um mit Kenntniß des obwaltenden Sachverhältnisses einen Ausspruch zu thun. Der fragliche Gegenstand fällt übrigens in die Kompetenz der Kantonskonvention und betrifft eine religiöse Angelegenheit, die mit aller möglichen Schonung behandelt werden muß. Ich schließe daher darauf, daß man unserer Gesandtschaft die Instruktion ertheile, sich für den gegenwärtigen Augenblick darauf zu beschränken, an die Regierung von Wallis die Einladung zu richten, die Gründe zur Kenntniß zu bringen, welche dieselbe veranlassen konnten, in ihre Kantonsverfassung die in Frage liegende Bestimmung aufzunehmen, ohne sich in weitere Würdigung der darauf folgenden Antwort einzulassen.

Imobersteg, Oberrichter. Wenn von katholischer Seite her der Antrag des Regierungsrathes angefochten wird, so wundere ich mich Das nicht, ungeachtet ich von dieser Seite so viel Toleranz erwarte, als von unserer Seite. Ich schätze die katholische Religion so hoch als die unsrige in vielfacher Beziehung, aber wenn ich nach dem Wallis gehe, so will ich meine Konfession ausüben, wie hier jeder Katholik seine ungestörte Ausübung des Gottesdienstes hat. Wenn wir von Tag zu Tag unsern Gegnern immer mehr nachgeben, so wird zuletzt begreifen, was durch die Jesuiten gerade bezweckt wird, nämlich daß der Proselytismus der Jesuiten immer mehr um sich greift, und daß die protestantische Konfession immer mehr gefährdet wird. Unsere Regierung ist tolerant, sie zeigt das vielfach; aber daß wir, denen man hier immer predigt, wie wir Brüder seien und Vertrauen zu einander haben sollen, wenn wir über die Grenze gehen, nicht einmal privatim Gottesdienst halten dürfen, Das, Zt., zeugt nicht von eidgenössischem Sinne, und noch weniger von Seite solcher Protestanten, welche ein solches Prinzip verfechten.

Neuhaus, Schultheiß, als Berichterstatter. Es ist eingewendet worden, daß die Urstände ähnliche Bestimmungen in ihren Verfassungen haben, wie diejenigen des Kantons Wallis. Ich bezweifle Das; die Urstände haben gar keine geschriebenen Kantonsverfassungen. Gesezt aber auch, es wären früher solche Verfassungen garantirt worden, so ist dieß kein Grund, um zu verlangen, daß wir einen einmal gemachten Fehler immer wiederholen sollen. Man kann auch gegen den Antrag des Regierungsrathes vielleicht einwenden, es sei im Bundesvertrage nicht von Konfessionen die Rede. Allerdings ist dieß der Fall, aber eine solche Vorschrift, wie diejenige der Verfassung von Wallis ist, widerspricht dem Geiste des Bundesvertrages im Ganzen, es ist gegen den eidgenössischen Sinn, daß, während wir hier die

Katholiken als Brüder behandeln, unsre reformirten Bürger im Wallis so mißhandelt werden, daß sie nicht einmal Privatgottesdienst halten dürfen. Die Toleranz besteht eben auch darin, daß man die Intoleranz nicht duldet. Es ist begehrt worden, daß man vorerst die Gründe des Standes Wallis einvernehme. Wer diese Gründe wissen will, braucht nur die Verhandlungen des Verfassungsrathes und des Großen Rathes von Wallis nachzulesen; aber sie taugen eben nichts, diese Gründe. Ich unterstütze also den Antrag des Regierungsrathes.

A b s t i m m u n g.

Für den Paragraphen, wie er ist . . . große Mehrheit.
Für etwas Anderes . . . 2 Stimmen.

§. 25. Angelegenheit der Jesuiten.

„Die Gesandtschaft wird dahin wirken, daß die Tagsatzung erkläre:

- 1) Die Jesuitenfrage sei Bundes Sache;
- 2) Der Orden der Gesellschaft Jesu solle aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft entfernt und dürfe künftighin, unter welchem Namen er wieder erscheinen möge, in der Schweiz nicht mehr geduldet werden.
- 3) Die Gesandtschaft ist aber zugleich ermächtigt, je nach der Lage der Dinge entweder diejenigen Anträge selbst zu stellen, oder sich solchen anderer Stände anzuschließen, welche dem Sinne und Zwecke dieser Instruktion am nächsten stehen. Namentlich wird sie dahin wirken, daß in Betracht der vorörtlichen Stellung Luzerns die Aufnahme der Jesuiten in diesem Kantone verhindert werde.“

Neubaus, Schultheiß, als Berichterstatter. Diese Frage haben Sie bereits ausführlich erörtert, und ich kann mir nicht denken, daß Sie nun wieder von vorn anfangen wollen; daher will ich erwarten, ob und welche Bemerkungen gemacht werden mögen.

Imobersteg, Oberrichter. Da es heute Dienstag ist, wo viele Mitglieder des Marktes wegen nicht da sind, so möchte ich darauf antragen, die Berathung dieses Gegenstandes auf den folgenden Morgen zu verschieben und unterdessen mit andern Geschäften fortzufahren.

Neubaus, Schultheiß, hat als Berichterstatter hiegegen nichts einzuwenden.

Funk, Obergerichtspräsident. Ich bin hingegen anderer Meinung und verlange, daß fortgefahren werde.

Mit großer Mehrheit wird hierauf beschlossen, fortzufahren.

Stettler. Die seitherigen Erfahrungen haben mich in meiner bereits früher ausgesprochenen Ansicht nur bestärkt, und wenn ich schon zum Voraus sehe, daß meine Ansicht hier nur geringen Anklang finden wird, so fühle ich mich dennoch verpflichtet, das Wort zu ergreifen. Man kennt aus der Geschichte des Jesuitenordens dessen allgemein nachtheiligen Wirkungen zur Genüge, man weiß auch, daß dieser Orden aus fast allen Staaten verwiesen worden ist, und es wundert Einen billig, daß man in der Schweiz nicht zum gleichen Zwecke kommen kann. Es scheint dieß fast eine Schande zu sein für die Schweiz, indem man sich fragt: Ist denn die Schweiz einzig verpflichtet, diesen Orden stets bei sich zu dulden? In den letzten Zeiten hätte man fast glauben sollen, der Jesuitenorden sei etwas ganz Neues, und doch, Zit., hat derselbe zweihundert Jahre lang in der Schweiz existirt, so daß man ihn also in der Schweiz satfam kennen kann. Die Staaten, welche ihn aus ihrem Gebiete verwiesen haben, waren jeder für sich souverän und Meister. Wäre der Jesuitenorden hier in unserm Kantone, so wäre ich gewiß der Erste, zu sagen: Kraft unsrer Souveränität — fort mit ihnen! Allein dieser Orden befindet sich in verschiedenen andern Kantonen, von denen jeder auf seinem Gebiete souverän ist. So wie nun der eine Kanton berechtigt wäre, diesen Orden aus seinem Gebiete fortzuweisen, eben so sind andere Kantone

kraft ihrer Souveränität berechtigt, ihn zu behalten. Ich frage nun: Hat der Jesuitenorden während der zweihundert Jahre, daß er in der Schweiz ist, dem Protestantismus geschadet? Man soll mir doch ein einziges Faktum sagen, das Dieses bewiese, namentlich in Betreff des Protestantismus des Kantons Bern. In den katholischen Kantonen hat der Jesuitismus allerdings den ultramontanen Einfluß unterstützt und befördert, aber in den reformirten Kantonen haben die Regierungen ihn gar gut einen Damm entgegenzustellen gewußt. Der Bund besitzt kein Einmischungsrecht in religiöse Angelegenheiten der Kantone, wenn also ein Stand unglücklich genug ist, zu glauben, seine Wohlfahrt werde befördert durch den Jesuitismus, so können wir ihn nicht daran hindern. Wo im Volke ohnehin die Neigung dazu vorhanden ist, da wird der ultramontane Einfluß auch ohne Jesuiten befördert werden. Hiefür ist durch den Nuntius zc. hinreichend gesorgt. Bekanntlich sind die Jesuiten auch im Kanton Wallis, aber selbst von der dortigen liberalen Partei schiebt kein Mensch die Schuld der daselbst stattgehabten Wirren den Jesuiten zu, sondern der ganzen dortigen Geistlichkeit. Also frage ich: Hat der Bund das Recht, gegen die Jesuiten einzuschreiten? Man hat verschiedene Fälle angeführt, wo der Bund allerdings ähnliche Konklusa erließ, so früher in Betreff der Pressbeschränkungen; damals lagen aber bestimmte Fakta vor, man sagte uns: Wenn die ausländischen Angelegenheiten fernerhin so in der Schweiz besprochen werden, so steht die Unabhängigkeit der Schweiz auf dem Spiele. Bei'm Savoyerkuge lagen ebenfalls bestimmte Fakta vor; aber wo liegen hier in Betreff der Jesuiten Fakta, nicht bloßes Geschrei, sondern bestimmte Fakta vor? Im Kanton Wallis ward seiner Zeit eine liberale Regierung eingeführt, ebenso auch in Freiburg, und doch waren damals in beiden Kantonen die Jesuiten da. An der Tagsatzung haben sich freilich elf Stimmen ergeben für Austreibung der Jesuiten, und man glaubt nun, wenn man eine zwölfte Stimme dazu bekäme, so könne man dann erquirieren. Das glaube ich nicht, Zit. Eine Mehrheit von Standesstimmen kann nur dann verpflichtende Beschlüsse fassen, wenn letztere sich auf wirkliche Vorschriften des Bundes gründen. Ich erinnere an die Ohmgeildangelegenheit, wo Bern, ungeachtet fünfzehn Stimmen gegen uns waren, sich dennoch nicht fügte und zuletzt Meister blieb. Man hat geglaubt, es wäre gar ein großes Stück gewesen, wenn Genf und St. Gallen mit zur Austreibung der Jesuiten gestimmt hätten; ich hingegen glaube, daß dann erst das Unglück recht losgegangen wäre. Die katholischen Kantone würden gesagt haben: Das ist ein bundeswidriger Beschluß, welchen wir nicht anerkennen, und dann würde es Krieg gegeben haben zwischen diesen Kantonen und der Bundesbehörde, und da würden noch viel traurigere Ausfälle entstanden sein, als im letzten Freischaaenzuge, und noch viel traurigere würden jetzt entstehen. Glaubt Ihr etwa, Luzern werde sich jetzt, nachdem es lezt hin siegreich war, einem solchen Beschlusse unterziehen? Ich für meine Person bedaure gar sehr die Einführung der Jesuiten namentlich zu Luzern wegen der vorörtlichen Stellung dieses Standes; aber hat denn ein vorörtlicher Kanton weniger Rechte laut Bundesvertrag, als ein anderer Kanton hat? Keineswegs, und also kann man nicht kraft des Bundes sagen, Luzern solle, weil es Vorort sei, gezwungen werden, auf die Berufung der Jesuiten zu verzichten. Ein solcher Versuch würde uns nur zum allernüchternsten Religionskriege führen. Ich für mich sehe keine Religionsgefahr in den Jesuiten, ich sehe keine für den Protestantismus, wenn sie bleiben, ich sehe auch keine für den Katholicismus, wenn sie weggehen; aber, Zit., probiret und saget dieses den Völkern, welche eine Religionsgefahr in der Verfolgung der Jesuiten sehen. Die ganze Schweiz ist ja in Religionsparteien gespalten; wäre nun ein solcher Kampf nicht ein größeres Uebel, als die Anwesenheit von ein Paar Jesuiten, die seit zweihundert Jahren da waren? Wenigstens für den Protestantismus droht von daher keine Gefahr. Sehe man nach Deutschland, wo der Protestantismus gegenwärtig ungeachtet aller Bemühungen der römischen Kurie und der Jesuiten die glänzendsten Siege erkämpft. In Irland sind auch Jesuiten, aber die englische Regierung fürchtet sie nicht. Auch in Nordamerika sind Jesuiten, in jenem Lande der Freiheit, aber die Regierung fürchtet sie nicht. Wenn das Volk in seiner Mehrheit geneigt ist, sich dem Ultramontanismus hinzugeben,

so wird dieß geschehen auch ohne Jesuiten. Ich kann mir überhaupt gar nicht denken, daß ein derartiger Bundesbeschluß je zu einer Exekution kommen könne. Ob ich nun einzig da stehe oder nicht, ist mir gleichgültig, und die Stimmen, welche gegen mich fallen mögen, (man hat mich wegen meiner Meinung schon einen Jesuiten gescholten) verachte ich. Ich stimme gegen den Antrag des Regierungsrathes.

Mign. Niemals vielleicht ist eine wichtigere Frage vor dieser Versammlung besprochen worden, als die jetzt obschwebende; denn sie ist von wesentlichem Einfluß auf die Zukunft, auf Revolution oder Ruhe, auf Friede oder Bürgerkrieg. Ich hielt es bis dahin der Klugheit angemessen, zu schweigen, allein heute, wo die Leidenschaften berubigt zu sein scheinen, heute, wo das in Gefahr stehende Vaterland seine Stimme hören läßt, würde ich meine heilige Pflicht zu verrathen glauben, wenn ich, ungeachtet der Unzulänglichkeit meiner Fähigkeiten, unterlassen würde, Ihnen einige Betrachtungen über das Gewicht und die Folgen des Beschlusses vorzulegen, den wir zu fassen im Begriffe stehen. Ich hoffe, daß Ihre parteilose und wohlwollende Aufmerksamkeit mir beweisen werde, daß meine Freimüthigkeit Ihnen nicht missfalle. Der Zustand, in welchem sich in diesem Augenblick unsere Schweiz befindet, ist ein höchst kritischer, höchst folgenschwerer; und die allererste Sorge, der man obliegen muß, ist, die Aufregung zu beschwichtigen, Gewaltthaten zu verhindern und die Leidenschaften zu beruhigen, welche durch Mittel aufgeregt worden sind, welche man unmöglich billigen kann. Allein die Schwierigkeit ist groß, Zit., um so größer, als das, was unter unsern Augen vorgeht, nicht schweizerisch, nicht mit unsern Gewohnheiten, nicht mit unsern schweizerischen Sitten übereinstimmend ist. Es liegt etwas aus der Fremde Herrührendes in dem, was gegenwärtig vorgeht. Trauen wir dem nicht und seien wir vorsichtig. In meiner Besorgniß für die Ruhe unserer theuren Schweiz habe ich nach einem Mittel geforscht, wenigstens für den Augenblick, die Anstrengungen des übelthätigen Geistes aufzuhalten, der uns quält und ich schlage Ihnen daselbe, als einen Vermittlungsschritt, vor, der die aufregende Zwietracht aufheben wird. Es besteht darin, für dieses Jahr die Berathung rücksichtlich der Austreibung der Jesuiten beiseits zu lassen, und bei der Tagsatzung zu verlangen, daß dieser Gegenstand für jetzt verschoben werde. Es ist eine Art von Waffenstillstand, den ich zwischen den kriegführenden Parteien zu schließen beantrage, welche alsdann Zeit gewinnen würden, sich zu nähern, und die dann in der Stille der Vernunft allein Gehör geben und die Stimme hören würden, welche im Innern aller unserer Herzen ertönt: Habet Mitleid mit dem in Gefahr stehenden Vaterland. Zit., bedenken Sie, daß der Bürgerkrieg uns droht; der Bürgerkrieg ist da, er ist auf dem Punkte auszubrechen. Unter allen Uebeln, welche die Menschheit heimsuchen können, giebt es kein größeres, als der Bürgerkrieg und die Anarchie, welche die Familien zerspalten, alle Sittlichkeit vernichten, alle Gerechtigkeit und jede öffentliche Wohlfahrt zerstören. Die Furcht vor einem solchen Uebel allein schon sollte Sie zum Entschlusse bringen, auf den vorgeschlagenen Instruktionsentwurf gänzlich Verzicht zu leisten. Wir befinden uns im Kreise des Popilius, gezogen durch den Geist der Revolution; laßt uns die Toga nicht abwerfen, sondern den Frieden vorziehen; vermeiden wir selbst jeden Anschein, der den Krieg herbeiführen könnte. Gestatten Sie mir, Zit., Ihnen von meinen persönlichen Erfahrungen zu sprechen, die ich in weniger als einem halben Jahrhundert gemacht habe. Ich habe manche Veränderungen in den Regierungen gesehen, bei welchen die Revolutionnäre sich Einen über den Andern stießen, sich nach und nach selbst zu Grunde richteten, dermaßen, daß die Ersten, welche ihre politischen Gegner gestürzt hatten, in ihrem Kebr wieder fortgejagt, und von Denen, die ihnen folgten, ausgerottet wurden. Grausamer noch als Saturn verhängt der Revolutionsgeist nicht nur seine eigenen Kinder, sondern auch seine Begünstigten, seine Verwandten und Korporaden. Dieser Zerstörungsgeist läßt auf seiner Spur nichts als Ruinen, und niemals etwas Anderes, als Ruinen zurück. Warum wollten wir uns in die Gräuel der Zwietracht stürzen? Um die Jesuiten mit Gewalt aus der Schweiz auszutreiben. Ist dieses Ziel das einzige, das man erreichen möchte? Es ist erlaubt,

daran zu zweifeln, denn, ich wiederhole es, es ist kein schweizerisches, indem es der Gerechtigkeit, der Verfassung und dem Bundesvertrag zuwiderläuft. Sie wissen es, Zit., und Jedermann giebt es zu, daß der vor drei Jahrhunderten gestiftete Jesuitenorden dem Grundsatz nach sehr große Dienste für den Jugendunterricht geleistet hat; sie erwarben sich das Vertrauen der Souveräne und sehr große Reichthümer, welche indessen zu ihrem Untergange gereichten; ich will die Jesuiten weder anklagen noch von allen gegen sie gerichteten Klagen reinwaschen; denn darin liegt die Frage nicht, es sind 150 Jahre, seit sie aufgehoben wurden, allein wie gieng dieses zu? Es ist notwendig, dieß zu untersuchen. Ungeachtet des brennenden Eifers ihrer Gegner, wurden sie dennoch nicht ohne Urtheil ausgewiesen, wie man dieses im gegenwärtigen Augenblick beabsichtigt. Die Jesuiten wurden vor die richterliche Behörde gestellt und wie Kriminalverbrecher verurtheilt; ob mit Recht oder Unrecht, das wäre unnöthig zu untersuchen; es genügt zu bemerken, daß die Gerichte urtheilten, und daß es in Folge von Schlußnahmen, die durch die alten Parlamente von Frankreich gefaßt wurden, geschehen ist, daß der König sie ausgetrieben hat; und mit dem nämlichen Rechte verbot er ihnen, in Gemeinschaft zu leben, und entzog ihnen die Befugniß, bürgerliche Rechte in der Eigenschaft einer Korporation auszuüben; allein die Souveräne fühlten sehr wohl, daß ihre Gewalt allein die geistigen Bande nicht aufheben konnte; sie fühlten, daß die Frage eine gemischte war, und daß es der Vermittlung der kirchlichen Oberbehörde bedurfte, um das Recht mit der Thatfache der Aufhebung zu vereinigen. Sie wendeten sich an das oberste Kirchenhaupt, Clemens XIV, der im Interesse der Religion für gut fand, dem wiederholten Ansuchen der Monarchen zu entsprechen und den Orden auf legale Weise aufzuheben, ohne deswegen ein Hinderniß in den Weg zu legen, daß die Jesuiten das ihnen in Rußland und anderswo angebotene Asyl annehmen, wo sie fortführen, in Gemeinschaft zu leben. Hier, Zit., sehen Sie den Weg, den man wenigstens einschlagen sollte. Ist es das, was man Ihnen vorschlägt? Man will, daß die Jesuiten, selbst die gebornen Schweizer, ohne alle Prozeßform, aus der ganzen Eidgenossenschaft weggewiesen werden. Ohne sie anzuhören, bestraft man sie mit der Verbannung aus dem Vaterland, eine der schwersten Strafen, und verlegt dadurch eine der allerersten Grundlagen der Gerechtigkeit, vorzüglich aber die Verfassung, welche die Trennung der richterlichen Gewalt in allen Graden festsetzt; die verbietet, einen Bürger seinem ordentlichen Richter zu entziehen und ihn zu verurtheilen, ohne daß ihm Gehör verstatet worden ist. Man trägt bei der Tagsatzung darauf an, etwas zu thun, das man legalerweise in unserm Kanton nicht thun dürfte. Ich frage Sie, Zit., wenn Jesuiten, welche die Priesterweihe noch nicht erhalten hätten, durch eine Wahlversammlung ernannt und sich hier zeigen würden, um in unserer Mitte Sitz und Stimme einzunehmen, ob wir dann nicht, laut der Verfassung, verpflichtet wären, dieselben hier zuzulassen? Und was auch die Tagsatzung in dieser Rücksicht verordnen mag, so dürften wir dieselben nicht zurückweisen, bis unsere Verfassung in Rücksicht auf diesen Punkt abgeändert sein würde; übrigens hat selbst der Große Rath eben so wenig als die Tagsatzung das Recht, unsere Verfassung abzuschaffen oder zu ändern, sei es in was es wolle, am wenigsten aber rücksichtlich der Eigenschaften, die zu Wahlen in den Großen Rath erforderlich sind. Was aber das Außerordentlichste in den Beweggründen ist, die man voranstellt, das liegt darin, daß man keine andern Beschwerden gegen die Jesuiten vorbringt, als jene, die man schon vor hundertfünfzig Jahren bei ihrer Aufhebung anbrachte. Man bezeichnet keine neuen Thatfachen, keine Beweise. Ist dieß gerecht, darf man Semanden in Folge der Mißgriffe seiner Vorfahren verurtheilen? Sind die Fehler nicht persönlich, müssen dieselben nicht eingestanden, oder wenigstens vor dem kompetenten Richter in Gegenwart des Angeschuldigten erwiesen sein? Und in unserm Kanton besteht kein Gesetz, das verbietet, Jesuit zu sein, es ist daher unmöglich, hieraus ein Verbrechen zu machen. Erwägen Sie, Zit., die Gefahren, welche uns bedrohen. Unsere Mit eidgenossen beschuldigen uns, an unsern Verpflichtungen untreu zu sein; sie sagen uns, unsere Forderung zerstöre den Bund, welcher die Unabhängigkeit der Kantone gewährleiste; sie sind entschlossen, jede

Art von Intervention zurückzuweisen, und selbst Gewalt durch Gewalt abzutreiben. Welches werden die Resultate hievon sein? Vermeiden wir Alles, was den Bürgerkrieg herbeiführen könnte. Wir wissen, welches die Folgen davon sein würden: wir wissen, daß ganz Europa auf uns sieht, daß Europa nicht gleichgültig über das Loos der Schweiz bleiben kann, die übrigens durch einen feierlichen Vertrag mit den großen Mächten gebunden ist. Dieselben haben die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft anerkannt, welcher eine immerwährende Neutralität zugesichert worden ist. Wir sind also keineswegs ein verbündeter Einheitsstaat, sondern eine Vereinigung von 22 souveränen Kantonen, welche gegenüber von Europa die Verbindlichkeit eingegangen haben, die Souveränität eines jeden einzelnen Kantons zu achten, den innern und äußern Frieden in einer beständigen Neutralität aufrechtzubalten. Dieser Vertrag bindet uns und wir können denselben nicht brechen, ohne allen Kontrahenten das Recht einzuräumen, die nothwendigen Mittel anzuwenden, um die Ordnung und den gewährleisteten Frieden der Schweiz wieder zu verschaffen. Lassen Sie uns die weisen Rathschläge nicht misskennen, welche uns von den auswärtigen Mächten gegeben worden sind, und bringen wir viel eher etwas von unsern Ansprüchen zum Opfer, als den mindesten Angriff auf die Rechte unserer Mitcidgenossen zu unternehmen. Hören Sie auf die gemeinsame Mutter, welche Sie durch meinen Mund anspricht; im Namen des Vaterlandes, im Namen Europa's, im Namen des Gottes der Gerechtigkeit, der alle Macht in seinen Händen hält, über das Loos aller Nationen entscheidet, bitte ich Sie, Zit., die Ruhe, die Eintracht, die Einigkeit herzustellen, ohne welche wir damit endigen würden, uns selbst inmitten der Gräuel der Anarchie zu zerstören: kann es Opfer geben, die allzugroß scheinen sollten, um ein solches Unglück zu verhüten? Ich schließe deswegen dahin, daß Sie der Gesandtschaft auftragen möchten, keinen Antheil an der Verathung über diesen Gegenstand zu nehmen, oder wenigstens zu erklären, daß sie jede Verhandlung über denselben während des gegenwärtigen Jahres unterlassen werde.

Imobersteg, Oberrichter. Ueber die Sache selbst will ich nicht reden, ich halte es nicht für nöthig, sondern ich möchte nur die vorgeschlagene Instruktion mehr specialisiren. Ich wünsche nämlich, daß der Große Rath gleichzeitig ausspreche, wie er es gehalten wissen möchte, wenn es in der Tagsatzung zu keiner Mehrheit kommen sollte, und die Jesuiten wirklich in Luzern eindringen. Bei der frühern Instruktionsertheilung wollten Viele darum nicht weiter gehen, weil sie hofften, man könne sich mehr oder weniger noch mit andern Ständen über irgend einen Ausweg vereinigen. Man besorgte, durch ein entschiedenes Auftreten könnte Bern die Jalouie von Waadt und Zürich gegen sich erregen. Das war gewiß nicht der Fall; alle Liberalen in allen Kantonen hätten es gerne gesehen, wenn Bern vorangegangen wäre und mit Entschiedenheit gesagt hätte: Das darf nie und nimmermehr geschehen, daß die vorörtliche Bundesstadt von den Jesuiten begogen werde. In dem bekannten Schreiben der alten Regierung von Bern vom Jahre 1818 an die Regierung von Freiburg hat die bernische Regierung die Freiburger erinnert, ob denn die Einführung der Jesuiten durchaus nöthig sei, oder ob sie denn nicht bedenken, daß die Einführung dieses Ordens zu Freiburg für die ganze Eidgenossenschaft von den furchtbarsten Folgen sein müsse. Es war dieses eine aristokratische Regierung, aber sie hat hierin edler gehandelt, als viele Derjenigen, welche heutzutage für liberal gelten wollen. Man wirft uns immer vor, wir wollen die kleinen Kantone tyrannisiren; aber, Zit., sollen denn diese Kantone, wie sie es thun, uns Andern immerfort sagen dürfen: Macht, was Ihr wollt, wir unterziehen uns nicht? Wir sollen uns also dahin aussprechen, daß wir auch die Mittel ergreifen wollen, um das Einziehen der Jesuiten nach Luzern zu verhindern. So sagt auch die Instruktion des Kantons Tessin, der Stand Tessin fordere Luzern entschieden auf, von der Jesuitenberufung zu abstrahiren, aber nöthigenfalls wolle er auch die Mittel ergreifen helfen, welche diese Berufung wirklich verhindern können u. c. In diesem Sinne sollte sich auch der Stand Bern aussprechen. Ich trage daher darauf an, daß in Nummer 3 des §. 25 nach

den Worten „verhindert werde“ beigefügt werde „und zu den hiezu erforderlichen Mitteln stimmen.“

Dr. J. Schnell. Wenn ich gleichgültig wäre gegen unsre gegenwärtige Ordnung der Dinge, so würde ich wahrscheinlich kein Wort zu dieser Sache sagen; denn es ist wahrhaftig beschwerlich, über Etwas zu reden, wenn man von vorn herein die Ueberzeugung hat, tauben Ohren zu predigen. Indessen halte ich es für meine Pflicht, weil ich hoffe, doch noch etwa Manchen zu überzeugen, daß hinter allen diesen Glausen etwas Böses steckt. Die ganze Sache, von welcher man so viel Aufhebens und Geschrei macht, ist eine jung aufgesprossene Idee, eine Art von Schiboleth, von Fanatismus, ein Feldgeschrei, eine Art Gespenst, womit man die Leute schreckt, und weiter nichts. Ich frage, ob irgend Jemand von Euch in allen den öffentlichen Interessen, welche er bis jetzt besorgen half, etwas von diesem bösen Einflusse der Jesuiten gemerkt habe. Alle die bösen Eigenschaften, welche man denselben zur Last legt, — haben diese irgend einigen Bezug auf uns? Man wirft ihnen vor, sie arbeiten auf Verdummung des Volkes; hat das auf uns Berner Bezug? Ferner Intoleranz in der Religion; können sie da auf uns wirken u. s. w.? In allen diesen Dingen können die Jesuiten, wenigstens bei uns, nichts machen. Wenn wir an unsrer Ueberzeugung des Besseren festhalten, so kann kein Jesuitismus und kein Rom uns etwas anhaben; halten wir aber diese Ueberzeugung nicht fest, so hilft alles Austreiben der Jesuiten nichts. Ich stimme aber auch darum nicht zu der vorgeschlagenen Instruktion, weil ich befürchte, daß wir Bürgerkrieg dadurch bekommen. Die Katholiken, Zit., haben einen Glauben, und sie rechnen die Jesuiten zu diesem ihrem Glauben; Diejenigen, welche Das nicht thun, sind nur ein kleiner Theil, und eigentlich sind Das gar nicht mehr Katholiken. Diese Leute nun, welche einen solchen festen Glauben haben, die wehren sich dann, wenn es sein muß; die nehmen nicht den Finkenstrich, die lassen sich niederhauen auf dem Plage für ihren Glauben. Das möchte ich vermeiden. Gesezt, wir wären in der Oberhand, so möchte ich dieses Aeußerste doch vermeiden, denn sie sind immerhin unsre Mitbrüder, obgleich — ich gebe es zu — etwas bornirtere. Wahrscheinlicher aber ist, daß wir die Ueberwundenen sein würden, und Das möchte ich wiederum vermeiden. Ein dritter Grund, warum ich gegen den Antrag stimme, ist das Recht. Anstatt in Freisinnigkeit, Toleranz, Bescheidenheit und Gerechtigkeit vorwärts zu gehen, gehen wir rückwärts, werden wir Despoten, Terroristen, lassen wir Niemanden gelten als uns. Das sind wiederum von meinen trüben Ansichten, aber ich habe sie nun einmal. Just weil mir unsre gegenwärtige Ordnung der Dinge am Herzen liegt, so bin ich besorgt. Was haben wir seit fünfzehn Jahren etwa erobert? Wir stehen in der Eidgenossenschaft bald allein, und auf unserm eigenen Territorium sind wir nicht mehr ganz auf so festem Boden, wie früher, denn ich bemerke bereits, daß gar Viele, welche früher mit Leib und Seele zu uns hielten, sich von uns abwenden und sagen, wir halten ihnen nicht Wort. Was den nachfolgenden Gegenstand hinsichtlich der Klöster betrifft, so möchte ich da nicht den Rückzug nehmen helfen; ich betrachte Das als ein fait accompli, obgleich ich die Sache nie gebilligt habe. Allein von der Jesuitensache möchte ich wenigstens pro momento, wenn nicht für immer, abstrahiren, um nicht gegen Etwas zu kämpfen, was keine reale Gefahr ist, und was mir deßhalb immer die Idee erweckt, es stecke dahinter etwas Schlimmes, es sei nicht auf die Wohlfahrt des Volkes abgesehen, sondern es seien nur gewisse Wünsche einzelner Personen im Spiele, die sich zuletzt vielleicht verrechnen. Heutiges Tages braucht es übrigens mehr Muth, zu seiner Ueberzeugung zu stehen, als mit den Wölfen zu heulen und mit dem Strome zu schwimmen.

Neubaus, Schultheiß, als Berichterstatter. Ich hatte nicht erwartet, daß nach den frühern ausführlichen und gründlichen Debatten über diesen Gegenstand man heute den Versuch machen würde, diese hohe Behörde auf eine ganz andere Meinung zu bringen. Wenn auch die Ansicht der betreffenden Mitglieder an und für sich die richtigere wäre, so würde es der Würde des Großen Rathes dennoch zu nahe getreten sein, vor- auszugehen, er werde kaum einige Monate nachher in einer so

wichtigen Angelegenheit ganz anders stimmen. Sobald man übrigens selbst zugiebt, daß man von einer Rede gar keinen Erfolg hoffen könne, so thäte man nach meiner Ansicht besser, zu schweigen. Man spricht hier in diesem Saale nur in der Hoffnung, auf den Entscheid einzuwirken; denn sonst sind solche Reden ganz überflüssig. Die Frage, ob man das Recht habe, in der Jesuitensache von Tagsatzung aus einzuschreiten, haben Sie, Zit., nach reiflicher und ernstlicher Berathung bereits entschieden, und zehn andere Stände haben mit Ihnen die nämliche Ansicht getheilt. Darüber also kein Wort. Man verlangt ferner bestimmte Fakta gegen die Jesuiten. Derjenige Redner, welcher dieß verlangt, ist schwer zu befriedigen; wenn man ihm Fakta anbringt, so will er sie nicht annehmen. Ich will nur zwei Fakta anführen. Hätten wir keine Jesuiten gehabt, so wären die beiden letzten Freischaaenzüge unterblieben. Im Jahre 1839 ist im Kanton Wallis eine liberale Regierung nicht ohne Blutvergießen neben den Jesuiten entstanden; Das ist richtig, aber dieß spricht gegen den betreffenden Redner. Jene liberale Regierung ist nachher gefallen, weil eine solche neben den Jesuiten auf die Dauer nicht bestehen kann. Herr Fürsprech Migy irrt, wenn er meint, die souveränen Stände der Schweiz seien vollkommen unabhängig von einander. Davon steht kein Wort im Bundesvertrage, sondern die Souveränität der einzelnen Stände ist durch den Bundesvertrag gerade beschränkt; nur entsteht jetzt die Frage: Ist diese Souveränität durch den Bundesvertrag auch in Bezug der Jesuiten beschränkt? Diese Frage haben Sie, Zit., bereits mit Ja beantwortet. Hier haben mir nun einige Worte Mühe gemacht. Herr Migy mag ein Schweizerherz haben, aber er hat nicht wie ein Schweizer gesprochen. Wenn seine Ansicht richtig ist, daß die fremden Mächte das Recht haben, bei allfällig entstehenden Wirren in der Schweiz sogleich einzuschreiten, so gebe ich nicht viel für unsre Freiheit und Selbstständigkeit. Es sind aber schon sehr oft Wirren in der Schweiz entstanden, ohne daß die Mächte geglaubt haben, das Recht zu besitzen, auf der Stelle einzuschreiten. So gut, wie die Tagsatzung militärisch eingeschritten ist in Neuenburg, Basel, Schwyz, ebenso gut kann sie auch einschreiten in Luzern, wenn zwölf Stimmen dafür da sind. So verstehe ich die Selbstständigkeit der Schweiz, und nicht, wie Herr Migy. Er meint, man solle immer nur gerichtlich zu Werke gehen. Jeder Staat hat das Recht, Korporationen zu dulden oder nicht zu dulden; er duldet sie, wenn er sie für ungefährlich hält, sonst aber duldet er sie nicht. Die Entfernung einer solchen Korporation ist dann keine Strafe, sondern eine Administrativmaßregel, und dazu bedarf es keiner Gerichtshöfe. Herr Oberrichter Imobersteg wünscht einen Zusatz im Sinne der Instruktion des Kantons Tessin. Will man die Gesandtschaft noch besonders ermächtigen, auch zu den Mitteln zu stimmen, wodurch die Aufnahme der Jesuiten im

Kanton Luzern verhindert werden mag, so habe ich nichts dagegen, aber es scheint mir, es verstehe sich dieß von selbst. Nun noch eine Bemerkung. Sie wissen, Zit., welche Aufregung die Jesuitenfrage im ganzen freisinnigen Schweizervolke veranlaßt hat. Wenn wir nun heute nach der Ansicht des Herrn Professors Schnell stimmen und unsre frühere Instruktion fallen lassen, glaubt dann Herr Schnell, daß das Volk Dem ruhig zusehen werde, und daß dieß nicht ein schlechtes Mittel wäre, um die gegenwärtige Ordnung der Dinge aufrecht zu erhalten? Ich wenigstens glaube Das nicht. Das, Zit., sind meine Gründe, warum ich zum Antrage des Regierungsrathes stimme, allfällig mit dem Zusatze des Herrn Oberrichters Imobersteg.

Blösch, Altlandammann. Dieser Zusatz soll aber nur hinsichtlich der Erheblichkeit in Abstimmung kommen.

Neuhaus, Schultheiß, ist damit einverstanden.

Abstimmung.

- | | |
|--|-------------|
| 1) Für den §. 25, mit oder ohne Abänderungen | Mehrheit. |
| Für etwas Anderes | 13 Stimmen. |
| 2) Für den Paragraphen, wie er ist, mit Vorbehalt der Abstimmung über den beantragten Zusatz | 102 „ |
| Für etwas Anderes | 3 „ |
| 3) Für Erheblichkeit des Zusatzes des Herrn Imobersteg | Mehrheit. |
| Dagegen | 23 Stimmen. |

Herr Landammann. Ich möchte nun auf den Wunsch verschiedener Mitglieder den Zit. Herrn Schultheiß ersuchen, der Versammlung anzuzeigen, was von Seite der Regierung in Hinsicht auf das Gesuch um Verwendung zu Gunsten des in Luzern gefangenen Herrn Dr. Herzog bis jetzt geschehen sei.

Neuhaus, Schultheiß. Das diplomatische Departement hat diesen Gegenstand bereits zweimal berathen und jüngsthin von einem ausgezeichneten luzernischen Rechtsgelehrten ein Rechtsgutachten über die Frage verlangt, inwiefern Herr Dr. Herzog nach luzernischen Gesetzen auf sein dortiges Staatsbürgerrecht wirklich Verzicht geleistet habe, und ob derselbe somit dermal nicht mehr als luzernischer Staatsbürger anzusehen sei. Bevor nun die Regierung weitere Schritte in dieser Angelegenheit thun kann, muß die Antwort auf jene Einfrage erwartet werden.!

(Schluß der Sitzung um 1¼ Uhr.)

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Sommer Sitzung 1845. Zweite Hälfte.

(Nicht offiziell.)

Dritte Sitzung.

Mittwoch den 25. Brachmonat 1845.

(Morgens um 8 Uhr.)

Präsident: Herr Landammann Jaggi.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protokolls zeigt der Herr Landammann folgende, mit den früher angezeigten gleichlautende, Vorstellungen an: Von 25 Bürgern von Saanen; von der Gemeinde Münchenringen; von 107 Bürgern von Ukenstorf; von 52 Bürgern von Stettlen, und von der Gemeinde Iffwyl.

Herr Großrath Wiescher sucht schriftlich um Entlassung aus dem Finanzdepartement nach.

Tagesordnung.

Fortsetzung der Verathung der Gesandtschaftsinstruktion.

§. 26, die Angelegenheiten des Kantons Nargau betreffend, wird ohne Bemerkung durch's Handmehr genehmigt.

§. 27. Angelegenheiten des Kantons Luzern.

„A. Die Gesandtschaft wird dahin wirken, daß gemäß dem Artikel 5 des Vertrages vom 23. April 1845 dem Stände Luzern durch die Eidgenossenschaft die Summe von Fr. 130,000 bis Fr. 150,000 für die Kosten bezahlt werde, welche durch die Aufmahnung der Truppen der Stände Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug veranlaßt worden sind.

B. Das am 16. April der Tagsatzung eingegebene Begehren Luzern's um Haftbarmachung einiger Kantone wegen der ihm durch den Freischaarenzug verursachten Kosten muß dagegen Bern als durch den erwähnten Vertrag vom 23. April leßthin dahingefallen angesehen, und zwar um so mehr, da dieses Begehren seither vom Stände Luzern nach dem für die Tagsatzungstraktanden vorgeschriebenen Modus nicht erneuert worden ist.

C. Da der Große Rath des Kantons Bern sich bewogen gefunden, gegen die bernischen Theilnehmer am Freischaarenzuge kein weiteres Verfahren eintreten zu lassen, so wird die Gesandtschaft zu dem Antrage Luzern's, die eidgenössischen Offiziere, welche am nämlichen Unternehmen Theil genommen haben möchten, zu entlassen, nicht stimmen, sondern gegentheils beantragen, daß die Tagsatzung hierüber Vergessenheit ausspreche.“

Funk, Obergerichtspräsident. Ich vermiße in der vorliegenden Redaktion dasjenige Motiv, welches uns Luzern selbst an die Hand giebt und welches für uns von der größten Wichtigkeit ist. Luzern hat bekanntlich alle in seine Gefangenschaft gebrachten Theilnehmer aus andern Kantonen gegen ein Lösegeld in Freiheit gesetzt und amnestirt. Wie nun Luzern dem ungeachtet verlangen kann, daß eidgenössische Stabsoffiziere, welche am nämlichen Freischaarenzuge Theil genommen haben, aus der Liste des eidgenössischen Generalstabs gestrichen werden sollen, begreife ich nicht, während Luzern Aller Fehler durch Annahme des Lösegeldes und Ertheilung der Amnestie vollständig getilgt hat. Ich glaube ferner, es solle auch nicht der Antrag gestellt werden von Seite Bern's, daß Vergessenheit ausgesprochen werde gegen die betreffenden Theilnehmer, sondern ich halte es für angemessen, von hier aus darauf anzutragen, daß die Tagsatzung sich gar nicht mit der Sache befasse. Es soll hier kein Unterscheid gemacht werden zwischen Denen, welche ohne Gefangenschaft zurückgekommen sind, und Denjenigen, welche zuerst gefangen waren und nun gegen ein Lösegeld zurückkehren konnten. Die Theilnahme selbst ist dabei das Charakteristische. Ferner sind von diesen Stabsoffizieren gar keine Dienstvergehen verübt worden.

Beerleder. Ich erlaube mir, in Betreff der litt. C eine andere Instruktion vorzuschlagen. Es ist vorerst nicht richtig, daß Luzern bei Anlaß des Vertrages über ein Lösegeld gleichzeitig eine Amnestie ausgesprochen habe. Im Vertrage steht vielmehr ausdrücklich, es sei das Strafrecht der Kantone gegen die Betreffenden vorbehalten. Also fällt dieses Motiv des Herrn Obergerichtspräsidenten Funk dahin. Ich stelle hingegen den Antrag, es seien diejenigen eidgenössischen Stabsoffiziere, welche am Freischaarenzuge Theil genommen haben, von ihren Stellen zu entlassen, und ich stelle diesen Antrag darum, weil im Jahre 1833 der hiesige Stand dazu gestimmt und den Antrag gestellt hat, es seien diejenigen eidgenössischen Stabsoffiziere zu entlassen, welche am Röschnacherzuge Theil genommen hatten. Herr Schultheiß von Zavel war damals Gesandter des Standes Bern, er hat als solcher jenen Antrag gestellt und ihn sehr gut motivirt. Ich will es daher ihm überlassen, die damaligen Motive zu jenem Antrage heute hier auseinanderzusetzen. Damals standen die betreffenden Offiziere im Dienste der Regierung von Schwyz, hingegen im vorliegenden Falle sind die Betreffenden nicht im Dienste eines Kantons gestanden. Hierin liegt nun gewiß ein großer Unterscheid in Bezug auf ihre Handlungsweise. Allerdings sind die hiesigen Beamten, welche am Freischaarenzuge Theil genommen haben, nicht abgesetzt, die betreffenden Kantonaloffiziere nicht entlassen worden, und man könnte also fragen: Warum denn jetzt ein anderes Verfahren gegen die eidgenössischen Stabsoffiziere vorschlagen? Da ist ein großer Unterscheid; die eidgenössischen Offiziere leisten den Eid auf die Bundesverfassung; sie schwören, dieselbe zu beobachten und zu handhaben. Nun will ich fragen, ob der Freischaarenzug nicht

gerichtet war gegen den Bund, ein Angriff aus einem Kantone gegen einen andern? wenigstens bundesgemäß war er nicht. Ich kann daher nicht begreifen, wie ein eidgenössischer Offizier da bleiben kann, welcher am Zuge Antheil genommen hat. Acht Kantone haben überdies bereits erklärt, sie werden ihre Mannschaft nicht unter diese Offiziere stellen. Also ist dies schon ein hinlänglicher Grund, weshalb dieselben ihren Dienst nicht mehr gehörig ausüben können. Man kann sagen, es nütze hier nichts, zu reden, wenn man zum Voraus sehe, daß man in der Minorität bleibe. Mich nimmt es nur Wunder, warum dann Herr Schultheiß Neuhaus auf der Tagsatzung so lange Reden hält, wo er doch auch in der Minorität ist. Man sollte auch da die Andern ein wenig schonen. Ich trage also darauf an, daß diejenigen eidgenössischen Stabsoffiziere, welche am Freischaarenzuge Theil genommen haben, von ihren Stellen entlassen werden.

Stettler. Diesen Antrag müßte ich unterstützen. Man sagt, Luzern habe eine Amnestie ertheilt. Ja, Tit., für Dasjenige, was die Betreffenden gegen den Kanton Luzern verbrochen hatten, aber nicht für Vergehen, die sie gegen den Bund überhaupt begangen haben. Ich führe nicht bloß das Beispiel des Freischaarenzuges von Rüschnacht von 1833 an, wo allerdings ganz richtig der Antrag auf Entlassung der dabei beteiligten eidgenössischen Offiziere von Bern aus gestellt worden war, sondern der Stand Bern hat noch ein anderes Beispiel mehr gegeben, nämlich gegen diejenigen Kantonaloffiziere, welche im Jahre 1831 den Eid verweigert hatten. Auch da hat er an der Tagsatzung den Antrag gestellt, die Betreffenden aus dem eidgenössischen Stabe zu streichen, weil sie das Zutrauen nicht mehr verdienen, und die Eidgenossenschaft hat sie, wie recht und billig, durchgestrichen. Diese Offiziere gehörten freilich nicht zu der gleichen politischen Partei, wie diejenigen, welche am Freischaarenzuge Theil genommen haben; man soll aber Jedem gleiches Recht wiederfahren lassen. Die letztern Offiziere haben sich am ganze Bunde vergangen; können nun Soldaten, welche dem Bunde getreu gegen die Freischaaren gezogen sind, Zutrauen haben zu Offizieren, welche zuwider ihrem geschwornen Eide gegen den Bund gezogen sind? Auch das Zutrauen des eidgenössischen Generalstabs können solche Offiziere nicht verdienen. Man muß unterscheiden zwischen eigentlicher Strafe und zwischen Entlassung. Die Entlassung ist nicht ein gerichtlicher Akt; man entzieht Einem bloß das Zutrauen, und das ist ihm an seinen Ehren weiter kein Abbruch. Ich füge bloß noch eine Bemerkung bei. Gestern hat man hier gesagt, wenn man zum Voraus sehe, daß man hier mit Reden keinen Effekt mache, so solle man lieber schweigen. Tit., die Verfassung legt Jedem von uns die Pflicht auf, hier nach seiner Ueberzeugung zu stimmen, und wenn er auch einzig da stünde mit seiner Meinung, so soll er sie ja freilich aussprechen, wenn er schon weiß, daß es keinen Beschluß giebt.

Neuhaus, Schultheiß, als Berichterstatter. Was Herr Obergerichtspräsident Funk wünscht, kann mündlich durch die Gesandtschaft angebracht werden. Ueber die Sache selbst will ich nicht sprechen. Sie, Tit., werden wissen, wie Sie zu stimmen haben. Allein eine Bemerkung, die ich gestern machte, scheint einige Mitglieder gekränkt zu haben. Das war durchaus nicht meine Absicht. Ich meinte bloß, wenn der Große Rath eine Frage ausführlich erörtert und mit ungeheurer Mehrheit entschieden hat, so solle man ihm nicht zumuthen, nach einigen Monaten schon einen ganz entgegengesetzten Beschluß zu fassen, und in einem solchen Falle ist dann das Sprechen allerdings überflüssig und nur verlorne Zeit. Das war der Sinn meiner gestrigen Bemerkung. Ich will keinem Mitgliede das Recht streitig machen, hier nach der Eingebung seines Pflichtgefühls zu sprechen; aber ich finde auch ein Pflichtgefühl darin, daß, wenn einmal der Große Rath entschieden hat, man nicht immer die gleiche Sache in Frage stelle, wie wenn er nichts entschieden hätte. Es scheint übrigens, das Mitglied, welches von langen Reden an der Tagsatzung gesprochen hat, wisse nicht die Stellung eines Gesandten. Ein Gesandter muß pflichtgemäß die ihm gegebene Instruktion nach besten Kräften entwickeln und begründen; er darf nicht darauf sehen, ob er in der Mehrheit

oder in der Minderheit sein werde; hier sind wir in anderer Stellung.

Funk, Obergerichtspräsident, erklärt, seinen Antrag fallen zu lassen.

Abstimmung.

Für den Paragraphen, wie er ist . . . 109 Stimmen.
Für den Antrag des Herrn Zeerleder . . . 12 „

Die §§. 28 bis und mit 38 werden ohne Bemerkung durch's Handmehr genehmigt.

§. 39. Handelsverhältnisse.

„Die Gesandtschaft wird theils bei Behandlung dieses Gegenstandes im Schooße der Tagsatzung, theils in Unterredungen mit den Gesandtschaften der betreffenden Kantone die Geneigtheit des Standes Bern aussprechen, auf dem Wege des Konfordsats die Verlegung der Zölle auf ein gemeinsames Grenzgebiet zu erzielen, wobei jedoch mit Bestimmtheit die Aufstellung eines allfälligen Schutzollsystems zum Voraus von der Hand zu weisen wäre u. s. w.“

Blösch, Altlandammann. Vor der Hand statte ich der Regierung und den vorberatenden Behörden meinen Dank ab für diesen Antrag. Ich bin aber so frei, hier einen noch etwas weiter gehenden Antrag zu stellen in dem Sinne nämlich, daß der Stand Bern nicht bloß seine Geneigtheit ausspreche, sondern wirklich thätig auf Erzielung eines solchen Konfordsates hinwirke und die Initiative dazu ergreife. Ich habe schon einige Male die Freiheit genommen, die Aufmerksamkeit dieser hohen Behörde auf die Wichtigkeit des innern Verkehrs zu lenken. Die Frage in Betreff unserer Binnenzölle verdient ganz vorzüglich im gegenwärtigen Momente unsere Aufmerksamkeit, sowohl in materieller, als auch ganz vorzüglich in politischer Beziehung. Was die materielle Seite der Frage betrifft, so mag es fast lächerlich erscheinen, wenn gerade ich hier darüber rede, denn von allen Anwesenden ist wohl Keiner in materieller Hinsicht so wenig dabei interessiert, als ich. Ein Advokat, welcher die Gerichtssatzung und etwa einige Altenbände unter den Arm nimmt, reist ziemlich ungenirt durch das Land, auch wenn die Zölle fortbestehen. Wir haben gegenwärtig in der Eidgenossenschaft noch ungefähr vierhundert Zollstätten im Innern des Landes: diese Zölle zusammengenommen tragen beiläufig Fr. 1,750,000 per Jahr ab, und dazu kommt der eidgenössische Grenz Zoll mit durchschnittlich Fr. 250,000. Also belaufen sich die Zolleinnahmen im Ganzen durchschnittlich auf zwei Millionen per Jahr. Nun bitte ich vorerst, zu bedenken, was für ein bedeutender Betrag hievon nur durch die Verwaltungskosten aufgezehrt wird, nämlich ungefähr je der vierte Thaler. Rechnen Sie dazu noch die Hemmung des Verkehrs, welche mit diesen überall zerstreuten Zollstätten nothwendig verbunden ist, indem man kaum einen Schritt thun kann, ohne über eine solche Zollstätte zu stolpern. Jeden Augenblick entsteht hieraus ein Aufenthalt, und der Fuhrmann muß, wenn die Nacht eintritt, wo er in der heißen Jahreszeit gerade am besten weiter fahren könnte, halten und warten bis am Morgen, womit nicht nur eine Nacht versäumt, sondern zugleich im Wirthshause vielleicht das Zehnfache des zu bezahlenden Zolles aufgezehrt wird. Dazu kommt, daß ich nicht frei bin, diejenige Straße zu benutzen, welche ich sonst am zweckmäßigsten benutzen würde. Ich muß vielleicht Stöße hinauf und hinunter, anstatt durch die Ebene fahren zu können, muß Umwege machen u. s. w., weil ich bei den Zollstätten vorbeifahren muß. Der Ertrag im Allgemeinen ist verhältnißmäßig minim, die Administrationskosten verhältnißmäßig enorm, die Hemmnisse unendlich groß, und zwar um so größer, je zerstreuter die Zollstätten sind. Aber die Sache hat noch eine ganz andere Seite. Die innern Zölle sind eine eigentliche Prämie, welche wir der auswärtigen Industrie geben zum Nachtheile der eigenen Industrie. Es sei mir erlaubt, diese Behauptung in Zahlen zu belegen. Ich habe ein Handelshaus in Biel ersucht, mir darüber Data zu geben. Dieses Haus verkauft bedeutend viele Waaren in Genf und transportirt dieselben von Biel über

Neuenstadt, Sforten &c. Bevor nun im Kanton Bern die innern Zölle aufgehoben waren, hatten diese Waaren ungefähr sieben Zollstätten zu passieren bis Genf, und an diesen sieben Zollstätten mußten von jedem Centner im Ganzen Bz. $7\frac{1}{2}$ Zoll bezahlt werden. Hätten diese Bz. $7\frac{1}{2}$ bloß an einem Orte bezahlt werden können, so wäre Das nicht sehr lästig gewesen, allein die sieben Zollstätten erforderten vorerst einen siebenmaligen Aufenthalt. Immerhin aber kostete jeder Centner Bz. $7\frac{1}{2}$, um von Biel nach Genf transportiert zu werden. Wenn nun ein Konkurrent dieses Hauses aus gleich großer Entfernung von Lyon die gleiche Waare nach Genf bringt, was zahlt der Franzose? Durch ganz Frankreich zahlt er nichts bis an die Schweizergrenze, und vielleicht bekommt er an der französischen Grenze noch eine prime d'exportation. Dann zahlt er an der Schweizergrenze den eidgenössischen Zoll von Bz. 1 per Centner und überdies sechs Kreuzer als Kantonalzoll von Genf, also zusammen vom Centner zehn Kreuzer. Der hiesige Handelsmann hingegen zahlt bis Genf Bz. $7\frac{1}{2}$. Mit der Kreide in der Hand behaupte ich also, daß die französische Industrie eine Prämie von Bz. 5 per Centner auf Unkosten der inländischen Industrie erhält. Ich will keine Schutzzölle, aber nehmen Sie an, Zit., es geschehe weiter gar nichts, als daß die innern Zölle konzentriert werden auf der Grenze, so macht dieß, daß von nun an der Schweizer, der nach Genf handelt, gar keinen Zoll bezahlt, während hingegen der Franzose dann Bz. $7\frac{1}{2}$ an der Grenze bezahlen muß. Während also jetzt die schweizerische Industrie gegenüber der französischen Industrie um Bz. 5 per Centner im Nachtheile ist, steht alsdann die französische Industrie gegenüber der schweizerischen im Nachtheile um Bz. $7\frac{1}{2}$, was mithin eine Differenz von Bz. $12\frac{1}{2}$ per Centner gegenüber dem jetzigen Zustande ausmacht. Dieß mag zum Belege meiner Behauptung dienen, daß die innern Zölle, abgesehen von den anderweitigen Hemmnissen, im Verhältnisse zur ausländischen Industrie die Wirkung einer Prämie für diese zum Nachtheile der innern Industrie haben. Ich wünsche durchaus nicht, daß man vom Grundsätze des freien Handels abweiche, und ich bin soweit davon entfernt, an Schutzzölle zu denken, daß ich bereit wäre, nicht nur die innern Zölle aufzuheben, sondern auch keine Zölle an die Grenzen zu verlegen. Wenn wir aber Das nicht können, weil wir nicht $1\frac{1}{2}$ Million reinen Zollvertrags zu entbehren vermögen, so will ich wenigstens die mit den Zöllen notwendig verbundenen Hindernisse lieber für das Ausland lästig machen und hingegen unserer eigenen Industrie die dahierige Erleichterung zu statten kommen lassen, als umgekehrt. Das ist die materielle Seite der Frage. Man wird freilich sagen, Das sei nicht so bedeutend, man sei daran gewöhnt. Allerdings scheinen viele Leute gar nicht darunter zu leiden. Es hat mich dieß oft verwundert. Der innere Verkehr ist aber für ein Land weit wichtiger, als der äußere Verkehr. Auch Das kann ich mit Beispielen belegen. Wir sind im Allgemeinen kein Handelsstaat, die ganze Schweiz ist es nicht, am wenigsten der Kanton Bern. Aber ich weise auf England und auf die dort gemachten dahierigen Berechnungen. England hat bekanntlich einen riesenmäßigen äußeren Handel, aber jenen Berechnungen zufolge übersteigt der innere Verkehr von England dessen ganzen äußeren Handel um das Vierfache. Daraus mag Jedermann den Schluß ziehen, was für eine Bedeutung der innere Verkehr für ein Land haben muß, wie das unsrige, dessen Verkehr, so zu sagen, ganz ein innerer ist. Unser Handel und unser Verkehr, nicht bloß die eigentliche Fabrikation, sondern der Handel mit Käse, Vieh &c. wird von Außen unendlich gehemmt, und diese Hemmnisse haben mit wenigen Ausnahmen bis jetzt von Jahr zu Jahr nur zugenommen. Darüber können wir Alle klagen, aber wir können nicht mehr, als fromme Wünsche anbringen. Nicht von uns hängt es ab, diese Hemmnisse zu beseitigen. Allein der gesunde Verstand sollte uns sagen, daß wir wenigstens dasjenige Uebel entfernen müssen, was wir nicht durch fremden, sondern durch unsern eigenen Willen tragen. In der Unmöglichkeit also, gegen Außen etwas Anderes zu machen, als zu wünschen, sollte für uns eine dringende Aufforderung liegen, wenigstens da Hand anzulegen, wo die Erleichterung von uns selbst abhängt. Das knüpft sich dann an die politische Seite der Frage an. Wenn sich je eine Möglichkeit denken läßt, daß wir auf Beseitigung der auswärtigen Hemmnisse einwirken können, so wird dieß nur auf dem Wege einer vorherigen Zoll-

vereinigung unter den Kantonen geschehen. Unser Unvermögen, gegen Außen etwas zu machen, hat seinen hauptsächlichsten Grund in unsern eigenen Zersplitterung. Das sieht man gegenwärtig in den Unterhandlungen zu Paris in Betreff der Posten. Jede Deputation reist allein dahin und wünscht mit dem französischen Ministerium zu unterhandeln, auf einmal aber sagt dieses: Wir wollen nur mit Schweizern unterhandeln, nicht mit Bernern, Zürichern &c. Das ist eine fatale Erfahrung, die mich für uns sehr bemüht hat, aber sie hat ihr Gutes auch. Das Ausland lacht uns aus, wenn wir abgesondert mit ihm unterhandeln wollen, oder es giebt uns die Antwort, wie voriges Jahr Belgien gethan: Wir wissen, daß die Schweiz uns viel Vortheil bringt, aber eben darum wären wir ja thöricht, der Schweiz etwas Anderes zu geben &c. Stehen wir aber einmal in kommerzieller Beziehung als Einheit da, dann sieht die Sache anders aus, dann haben wir gegenüber dem Auslande nur Einen Willen, dann wahrscheinlich auch nur Ein Organ, und dann können wir mit dem Auslande auch ein Wort reden. Zwei und eine halbe Millionen, welche nur mit dem deutschen Zollvereine einen Handelsverkehr für 160 Millionen pflegen, können, wenn sie ein Organ und einen Willen haben, mit dem Auslande reden und im Ernste in Unterhandlungen mit ihm eintreten und so durch Zollvereinigung den Vortheil gewinnen, nicht nur im Innern mit den hemmenden Zöllen aufgeräumt zu haben, sondern auch auf Erleichterung der dahierigen Hemmnisse gegen das Ausland mit Erfolg hinzuwirken. Die weitere politische Beziehung der Frage springt in die Augen. Daß der gegenwärtige Zustand der Schweiz in die Länge nicht haltbar ist, das habe ich hier schon vor einigen Monaten ausgesprochen. Man glaubte zwar damals, ich sehe zu schwarz, aber jetzt sieht es noch schwärzer aus, was schwerlich Jemand in Abrede stellen wird. Mit bloßen Deliberationen über Bundesreform &c. kommen wir so lange zu keinem Resultate, bis ein besseres Fundament zu einer Bundesreform gelegt ist, und dieses Fundament liegt ganz vorzüglich in den materiellen Interessen. Wiewohl ich von einer helvetischen Einheit weit entfernt bin, so bin ich doch überzeugt, daß in unsern Verhältnissen weit mehr Centralisation, als bisher, nöthig ist; aber dieß müssen wir vor Allem aus die größern materiellen Interessen vereinigen und uns dem Auslande gegenüber als Einheit darstellen. In Bezug auf Münzen, Posten, Zölle, haben wir gegenüber dem Auslande nur Ein Interesse. Dieses muß vorerst ausgeglichen, centralisirt werden, vorher arbeiten wir vergeblich an einer Bundesreform. Die Sache ist schwer, aber dieß ist kein Grund, um nicht Hand anzulegen, und kein Kanton ist in einer so günstigen Stellung, die Initiative hiebei zu ergreifen, wie Bern. Wenn man nun einen solchen Zweck erreichen will, so ist nichts natürlicher und wünschenswerther, als irgend ein Interesse aufzugreifen zu können, von dem man sich sagen dürfe, der unendlich größere Theil der Bevölkerung aller Klassen stimme damit überein. Ist nun Das nicht der Fall bei einer Verlegung der Zölle an die gemeinschaftlichen Grenzen? Kein Gewerbsmann, kein Handelsmann, kein Grundbesitzer ist in der Schweiz, der nicht in dieser Beziehung, abgesehen von allen Verhältnissen der Politik, der Sprache, der Religion &c. das gleiche Interesse hätte. So appellirt denn an dieses Interesse, benützet es als Handhabe und sehet, ob nichts dabei zu erreichen sei! Die Schwierigkeit bestand bis jetzt immer darin, daß man stets prinzipiellen Streit erhob. Allerdings, wenn man die Anhänger der unbedingten Handelsfreiheit einerseits und die Anhänger der Schutzzölle andererseits principiell vereinigen will, dann geht es noch lange; aber diesen Streit brauchen wir nicht. Bis auf einen gewissen Punkt gehen beide Ansichten mit einander einig, aber von diesem Punkte hinweg gehen sie wiederum diametral aus einander. Der jetzige Zustand mit seinen vierhundert Zollstätten liegt weder im Systeme des freien Handels, noch im Systeme der Schutzzölle. Die Anhänger des ersten Systems müssen von selbst die Befreiung des innern Verkehrs wollen, sie können also nichts dagegen haben, damit anzufangen, und die Anhänger der Schutzzölle müssen als erste Bedingung zur Erreichung ihres Zweckes die innern Zölle auf die Grenze verlegt haben. Wenn wir also nicht weiter gehen, als zur Koncentrirung aller Zölle an der Grenze, so fällt jeder Grund zu Reibungen zwischen den Anhängern der beiden Systeme weg. Erst von da an, wenn nämlich

die Zölle auf die Grenzen verlegt sind, beginnt dann der Streit; alsdann werden die Erstern mögliche Herabsetzung, die Letztern mögliche Erhöhung dieser Grenzölle wollen. Unterdessen haben wir dann doch wenigstens ein großes materielles Interesse unter uns ausgeglichen. Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Man wird sagen, das Alles nütze doch nichts, man erreiche den Zweck doch nicht, wenigstens noch Jahre lang nicht. Gesezt, es wäre Dem also, so sehe ich schon Das für einen großen Vortheil an, wenn unterdessen die Sache wenigstens besprochen wird. Darin werden gewiß Alle einverstanden sein, daß es schon eine Wohlthat wäre, wenn wir eine Zeitlang uns mit diesem und andern ähnlichen Gegenständen vorzugsweise abgaben, um dadurch von denjenigen Zänkereien abgezogen zu werden, welche seit zehn bis fünfzehn Jahren uns unaufhörlich in Zwiespalt und Aufregung erhalten, und womit wir alle unsere Kräfte aufzehren und doch nicht vom Flecke kommen. Namentlich Diejenigen, welche in der obersten Landesbehörde sitzen, mögen bedenken, wie unendlich wohlthätig es auf Verbesserung unsrer innern Zustände wirken kann, wenn sie ihre Aufmerksamkeit von dem unfruchtbaren Felde der politischen Erörterungen und Reibungen abziehen und auf einen fruchtbaren Boden hinüberwenden wollten, nämlich auf die Verbesserung der innern materiellen Zustände. Das würde nur wohlthätig, höchst versöhnend auf uns Alle influiren; wir würden uns da gegenseitig achten lernen, und uns überzeugen, daß wir eigentlich Alle in den Himmel wollen, wenn auch Jeder auf anderem Wege. Daher bin ich so frei, folgende Redaktion des §. 39 vorzuschlagen:

„Sollte sich aus den Beratungen im Schooße der Tagsatzung die Unmöglichkeit ergeben, auf dem Wege eines Bundesbeschlusses die Verlegung der Zölle an die Schweizergrenze zu bewirken, so ist die Gesandtschaft angewiesen, mit den Gesandtschaften einer möglichst großen Anzahl von Ständen in Unterhandlung zu treten, um ein Konkordat zum Zwecke der Zollvereinigung zu Stande zu bringen. Hierbei ist jedoch mit Bestimmtheit die Aufstellung eines allfälligen Schutzollsystems zum Voraus von der Hand zu weisen.“

Dr. J. Schnell. Diesen Antrag müßte auch ich mit meinen geringen Kräften unterstützen, und ich erlaube mir bloß, zu diesem Ende noch einige Gesichtspunkte hervorzubeben. Seit dem Anfange unserer Revolution haben sich die politischen Interessen mit den materiellen immer mehr oder weniger in Opposition gestellt. Die Förderer der Revolution sagten gewöhnlich: Nur die politischen Verhältnisse bereinigt, das Andere ergibt sich dann von selbst; wenn wir uns einmal selbst rathen und helfen können, und nicht mehr unter der Vormundschaft des Familienregiments stehen, so werden wir guten Willen und Verstand genug haben, um uns selbst zu helfen. So pflegte schon im Verfassungsrathe, wenn Zehntfragen und dergleichen zur Sprache kamen, die größere Zahl der Verfassungsräthe zu sagen: Wir wollen das in den Hintergrund stellen, das ist dann Sache der Gesetzgebung. Die Andern hingegen sagten: Wohl, es ist doch nöthig, daß wir wenigstens diese wichtigsten Fragen in der Verfassung bezeichnen, damit die künftige Gesetzgebung daran erinnert werde, denn wenn einmal unsre politischen Verhältnisse in einer freieren Verfassung geregelt sind, so muß es den Administratoren dann von selbst beifallen, daß man jetzt diese Zänkereien um politische Rechte und Freiheiten fallen lasse und sich auf den Boden der eigentlichen Administration setze. Ich war auch von Denen, welche das so ansahen, und ich sagte: Lassen wir uns anlegen sein im Verfassungsrathe, den Boden zu ebnen und zu düngen, welchen unsre Nachfolger als Gesetzgeber und Administratoren zu exploitiren haben werden. Daß dieses Letztere geschehe, war der Wille des Verfassungs Rathes und der Wunsch des Volkes. Ich frage: Ist dieser Wille und dieser Wunsch seither erfüllt worden? Ich antworte: Nein, ich behaupte sogar: wir sind selbst in politischer Beziehung weiter zurück, als damals; es ist weniger Toleranz und Liberalismus unter uns, als damals. Das ist meine Behauptung, und daher werde ich gar oft falsch beurtheilt. Es thut mir leid, aber ich sehe mich darüber weg, weil ich weiß, wie es hier (auf die Brust deutend), und wie es hier (nach dem Kopfe deutend) steht. Im Interesse des Volkes wünsche ich, daß man in der That einmal von dem Boden, auf welchem wir

uns seit 15 Jahren fruchtlos herumgetrieben, auf einen fruchtbaren Boden hinübergehe, natürlich ohne die eigentliche Magnetenadel darob zu verlieren, sondern daß wir stets auf verfassungsmäßigem Boden bleiben und denselben decken und schützen. Aber mit den beständigen Zänkereien um Erweiterung unsrer Rechte, die wir noch gar nicht einmal exploirt haben, sich länger und fast ausschließlich zu beschäftigen, ist ein Vergehen am Volke. Wenn wir um Jesuitenfragen kämpfen mit Luzern u. s. w., so trägt Das für unsern materiellen und politischen Wohlstand auch nicht das Mindeste bei, sondern es ist im Grunde ein ganz illusorischer Nutzen oder Vortheil; es ist die aller Wirklichkeit entbehrende Beglaubigung, als verstärken wir dadurch unsre Macht, unser Recht, unsre Freiheit. Ich fürchte, wir könnten durch diese Uebertreibungen und schrankenlose Ausdehnungen alles Dessen, was wir als Freiheit und Recht glauben, zuletzt auch Diejenigen von uns abwendig machen, welche ein gewisses Maß und Ziel dieser Freiheit uns vergönnen, wie die fremden Mächte, oder einige der innern Kantone, so daß sie uns auch dieses gewisse Maß zuletzt nicht mehr gönnen oder es in Abrede stellen. Daß diese meine Besorgniß nicht unbegründet ist, beweisen die Tageserscheinungen. Ich weiß, daß die Regierung von Bern im Anfange ihres Bestehens einen ungeheuern Einfluß auf der Tagsatzung ausgeübt hat; jetzt hingegen macht man das Kreuz vor ihr. Das ist nicht der Weg, um uns zu stärken. Man sagt immer: Eintracht macht stark, seid einig; aber man giebt uns das Mittel nicht an, um einig zu werden. Glaubt man etwa, das mache einig, wenn man Diejenigen, welche nicht ganz gleicher Meinung sind, terrorisirt und unterdrückt? Das ist gerade das Mittel, um uns uneinig zu machen. Man muß sich da nur nicht immer auf das hohe Ross setzen wollen; durch Einigung unserer materiellen Interessen kommen wir weit eher zur Einheit. Was macht im gewöhnlichen alltäglichen Leben die Leute einig? Wenn sie gleiche materielle Interessen haben. Ein Vetter und ein Onkel, wenn sie schon sonst nicht gleich denken, werden, wenn sie die gleiche materielle Wohlfahrt benützen wollen, leicht einig. Wenden wir diese Erfahrung an auf uns Alle und auf das ganze Volk. Man betrachtet die Fragen über solche materielle Interessen gar oft als untergeordnet und empfindet lange Weile dabei. Ich glaube, es sei gerade umgekehrt, die materiellen Interessen seien am Ende der Haupt- und erste Zweck des Menschengeschlechts, und erst hieraus erwachsen die intellektuellen Verhältnisse und moralischen Tugenden der Menschen. Die Menschen sind im Verhältnisse zu ihrem Schöpfer wie Kinder, der Schöpfer führt sie als Kinder, also werden wir zuerst mit dem Untergeordneten, dem Materiellen, beschäftigt, damit das Intellektuelle und Moralische darob erwache und stark werde. Das ist ungefähr der Erziehungsweg des Schöpfers hinsichtlich des Menschengeschlechts. Daher führt uns unsre erste Pflicht als Fürsorger unsres Volkes dahin, zu sehen, nicht: Was macht uns in den Augen dieser oder jener Geschichtschreiber, oder Zeitungschreiber u. s. w. groß und berühmt? sondern: Was macht uns lieb und werth und nützlich Denen, für welche wir geschworen haben, uns für sie aufzuopfern und hinzugeben? Indessen ich spüre, daß ich da in eine etwas weite Doktrin hineingerathe, ich will mich also zusammenziehen. Stellen wir uns also auf diesen Boden. Probiren wir, diese materiellen Interessen zu einigen und, anstatt immer Anlaß zu geben zur Dissolution u. s. w., vielmehr zu Fleiß und Sparsamkeit anzuspornen und dadurch den allgemeinen Wohlstand zu äufnen. Mittelfst dessen öffnen wir alle Quellen, welche fruchtbar auf Diejenigen fließen können, die sich fähig fühlen, davon zu schöpfen. Solche Art der Aufmunterung zu Fleiß und Sparsamkeit wird uns viel weiter führen und uns glücklicher machen, als alle diejenigen Wohlthaten, welche man wie aus einem Füllhorn den Leuten darwirft, indem man gewisse Nothwendigkeiten zur Anstrengung und Arbeit aufhebt, gewisse Schulden und Leistungen mit einem Striche erläßt u. s. w. Diese Art ist gefährlich, jene sehr wohlthätig. So möchte ich auch mit unsern Eidgenossen reden; anstatt ihnen zu sagen: Eure Verfassung gefällt uns nicht, Eure Lehrer sind uns zu wenig aufgeklärt u. s. w., möchte ich ihnen lieber sagen: Hört, ihr Lieben, könnten wir uns nicht vielleicht über Dasjenige, was uns Allen gleich nützlich ist, vereinigen, so hinsichtlich der Münzen, der Posten, der Zölle? Können wir

nicht bei Allen zugleich durchdringen, nun so probiren wir es vorläufig mit Einzelnen durch Konfordate. Erst wenn Zürich, Bern, Waadt 30, 50 oder 100 Jahre lang unter solchen gemeinschaftlichen materiellen Einflüssen gelebt haben, werden sie sagen: Was trägt uns jetzt eine getrennte Politik ab? Was nützt uns eine solche vervielfachte Administration, ein so zusammengefügtes Regiment? Wir wollen also das Alles gemeinschaftlich simplifiziren, denn wir sind jetzt durch die Vereinigung unsrer materiellen Interessen so glücklich geworden, daß wir nicht nöthig haben, nach Pösten in diesem oder jenem Kantone oder Theile des Landes zu schnappen. So wird man reden, wenn man moralisch, intellektuell und materiell ein wenig geeinigt ist; das Politische kommt dann von selbst. Wenn wir hier über politische Fragen diskutieren, so seid überzeugt, Zit., das rührt die Wenigsten an im Volke, hauptsächlich nur diejenigen, welche meinen, man könne das Glück im Schlafe erhaschen. Die große Zahl des Volkes glaubt, wir sehen eigentlich nur die Politik als unsre Sache an, sie aber und ihre Bedürfnisse und Interessen seien dabei vergessen. Wenn wir nun schon dem Volke hier und da einen Brocken in's Maul werfen, so ist Das nicht das Mittel, seine Interessen, seine Wohlfahrt zu fördern; sondern wir müssen diejenigen Verhältnisse ausbeutbar machen, welche dem Volke einerseits zum materiellen Glücke und Wohlstande verhelfen und zugleich andererseits geeignet sind, diejenigen moralischen und intellektuellen Eigenschaften in ihm zu kultiviren, welche es erst recht in die Möglichkeit versetzen, zum Glücke zu gelangen. Also will ich jetzt schließen. Suchen wir zu einigen die materiellen Interessen unter uns und in der Schweiz, und erwarten wir dann, ob wir dadurch nicht weit eher zur Eintracht und zur politischen Einheit gelangen, als durch die beständige Zerrissenheit, die wir alle Tage noch größer machen. Also wünsche ich, daß wir die Initiative hiefür ergreifen, und wünsche, daß der Antrag des Herrn Altlandammanns Blösch aufgenommen werde. Ich bitte ab, daß ich so lange und so langweilig dozirt habe, aber die Sache ist gewiß wichtiger, als man meint.

Mühlemann, Regierungsrathhalter. Niemand wird von mir eine lange Predigt über diesen Gegenstand erwarten, ich will auch den Antrag des Herrn Blösch nicht bekämpfen; denn Handelsfreiheit wünscht Niemand mehr, als ich. Ich nehme vielmehr das Wort, um Dasjenige, was Herr Blösch gesagt hat, größtentheils zu unterschreiben und um Mittel anzudeuten, wie man den Zweck noch besser erreichen könne. Durch Verlegung der Zölle an die Grenze wird dieß nicht möglich sein, denn diese Zölle würden dann allzuhoch zu stehen kommen. Wer ein wenig mit der Polizei zu thun hat, wird wissen, daß man nicht nur da, wo hohe Zollgebühren sind, zu schmuggeln sucht, sondern schon bei den kleinen innern Zöllen. Also würde dieß von nun an noch viel mehr der Fall sein. Will man daher ein Grenzzollsystem, so muß man eine Menge Beamte aufstellen, welche Tag und Nacht wachen, und zwar nicht bloß auf Einer Linie, dann werden aber die Bezugskosten noch viel höher kommen, als gegenwärtig. Ich erinnere nur an ein Beispiel. Vor einigen Jahren hat der Große Rath eine bedeutende Zollauffage auf den Branntwein gesetzt. Schon damals warnte man davor und sagte das Resultat voraus. Der Große Rath fand indessen, man sei stark genug, um Polizei zu handhaben &c. Was war das Resultat? Nach einem Jahre sind die Finanzbehörden gekommen und haben gesagt: Wenn diese Abgabe noch irgend eine Finanzquelle bleiben soll, so müßt Ihr sie wiederum herabsetzen. So würde es auch hier gehen. Wenn wir Handelsfreiheit oder Handelsvereinfachung wollen, so müssen wir den Handel ganz oder doch nur bis auf eine Wenigkeit von den Zöllen befreien. Vermögen wir Das aber nicht, so ist dann das einzige Mittel Dasjenige, wovon man hier schon längst, wiewohl vergeblich, gesprochen hat. Wollen wir die Handelsfreiheit einführen und noch andere drückende Verhältnisse mit Erfolg abschaffen, so müssen wir die Zölle u. s. w. aufheben und dafür die Einkommenssteuer einführen, wonach dann Jeder nach dem Verhältnisse seines Einkommens zahlen muß. Dann werden wir bald in den Nachbarkantonen Nachahmung finden. Wenn wir zu diesem Mittel nicht gelangen, so werden wir auch das andere nicht erreichen. Also kann die

vorgeschlagene Instruktion des Regierungsrathes genügen; man kann aber auch mehr sagen, wenn man will; wenn wir indessen den Zweck wollen, so müssen wir auch die Mittel wollen.

Dr. Schneider, Regierungsrath. Ich zweifle gar nicht daran, daß der Antrag des Herrn Altlandammanns Blösch werde angenommen werden, und ich stimme dazu; warum? Aus der vollen Ueberzeugung, daß der Kanton Bern an der Tagsatzung einen bedeutenden Einfluß fortwährend übt und üben kann. Wenn ich daran verzweifelte, so würde ich diesen Antrag nicht unterstützen. Es giebt nun einmal im Völkerleben von Zeit zu Zeit Richtungen, die sich bald so, bald anders äußern. Ich bin überzeugt, daß die gleiche Kraft, welche mit der Zeit die Jesuiten austreiben wird, auch unsre materiellen Interessen eingen, uns Eisenbahnen bringen wird u. s. w.; die gleiche Kraft. Wenn unsre Gesandtschaft mit Energie die Sache betreibt, so werden wir ja wohl dazu gelangen. Meine Ueberzeugung stützt sich auf Thatfachen. Stand Bern in der Klosterangelegenheit nicht zuerst beinahe ganz einzig? Und wäre ohne Bern die Klosterangelegenheit jetzt zu diesem Resultate gekommen? Auch in Bezug auf das Militärwesen könnte ich Manches anführen, was nur durch Bern zu Stande gekommen ist. Wenn Bern will, und beharrlich will, so wird auch die Jesuitenangelegenheit ihre erwünschte Erledigung finden. Voriges Jahr stand Bern fast einzig, jetzt haben wir beinahe elf Stände, denn auch Genf hat sich vor wenigen Tagen so zu sagen angeschlossen. Ich verzweifle also gar nicht am Erfolge, und deswegen stimme ich zum Antrage. Ich stimme ferner auch deswegen dazu, weil es meine innigste Ueberzeugung ist, daß wir durch einen Bundesbeschluß noch lange zu nichts gelangen werden, und daß daher der Weg des Konfordates der einzige ist, den wir einschlagen sollen. Auch dieser Weg wird zwar seine Schwierigkeiten haben, aber er wird uns doch zuletzt zum Ziele führen. Wäre früher etwas mehr Neigung hiezu im Regierungsrathe gewesen, so würden wir bereits ein Konfordat vielleicht mit vier Ständen, jedenfalls mit einem, haben; aber ich stand damals so ziemlich allein, gleichsam in einer Wüste, jetzt hingegen habe ich bessere Hoffnungen. Wir müssen trachten, vor Allem aus diejenigen Stände mit uns zu vereinigen, welche in materieller Beziehung möglichst die gleichen Interessen haben, und deren Gebiete mehr oder weniger ein abgerundetes Gesamtgebiet bilden. Könnten wir uns z. B. vorläufig auch nur mit Solothurn vereinigen, so könnten wir 12 bis 14 Zollstätten aufheben und durch etwa vier Zollstätten auf der Solothurn-Baselgrenze ersetzen. Mit Aargau würde die Sache wohl auch nicht bedeutende Schwierigkeiten haben. Jetzt nur noch ein Wort bezüglich der Deckung der bisherigen Ausfälle, welche man bei einer solchen Zollvereinigung befürchtet. Hierüber macht man sich ganz irrige Vorstellungen. Ich habe darüber genaue Berechnungen gemacht, was für ein Ausfall im Zollertrage entstehen würde bei einer Vereinigung mit Aargau und Solothurn, und das Resultat war gerade umgekehrt. Würde der bernische Zolltarif für alle drei Kantone gemeinschaftlich angenommen, so würde sich die Zolleinnahme jedes dieser drei Kantone eher vermehren, als vermindern, und wenn die Eidgenossenschaft mir gestatten wollte, den bernischen Tarif auf die ganze Schweizergrenze zu verlegen, mit Ausnahme von Tessin, so mache ich mich anheischig, alle Kantone für ihren bisherigen Zollertrag zu entschädigen, und gleichzeitig will ich in wenigen Jahren ein reicher Mann sein. Im Jahr 1818 hat Preußen einen neuen Zolltarif aufgestellt, dessen Ertrag vom Jahre 1822 bis 1828 durchschnittlich per Jahr 8,829,000 Thaler betrug. Als es nun im Jahr 1827 um den Anschluß von Württemberg &c. zu thun war, raisonnirte man in Berlin gerade so, wie jetzt hier raisonnirt worden ist; aber was war der Erfolg? Nach den Angaben des statistischen Bureau's von Berlin hat Preußen bei dem nämlichen Tarif vom Jahre 1828 bis 1837 durchschnittlich per Jahr an Zoll eingenommen 11,883,000 Thaler, also jährlich ungefähr drei Millionen mehr, als früher, obschon im Tarif wesentlich nichts geändert worden war. Also zeigt die Erfahrung, daß mit der Ausdehnung des Gebietes keine Erhöhung des Tarifs eintreten muß, um zu den gleichen Einnahmen zu gelangen. Man wird vielleicht einwenden, das Beispiel Preußens sei da nicht gut gewählt, weil das Verhältniß zwischen

dem Eingangs- und dem Ausgangszolle nicht das gleiche sei. Allein, Zit., dieses Verhältniß des bernischen Tarifs mit dem preussischen stimmt fast gar überein; in Preußen fallen sieben bis acht Zehnthelle des Gesamtertrages auf den Eingangszoll, und ebenso auch im Kanton Bern. Ich kann also nicht glauben, daß man andere Mittel und Wege suchen müsse, um ein dahriges Defizit zu decken.

Bandelier, Regierungsrath. Herr Altlandammann Blösch sagt, unsre Postabgeordneten haben in Paris die Antwort bekommen, das französische Ministerium wolle nicht mit den Bernern vereinzelt unterhandeln, sondern mit allen Interessenten zusammen. Ich habe hier einen Brief des Herrn Regierungsraths von Jenner vom 13. Juni, worin er schreibt, daß er den Tag vorher bereits den Vertrag mit Basel zur Einsicht bekommen habe, daß er überall sehr gut empfangen worden sei und die Zusicherung erhalten habe, am darauffolgenden Montage den Projektvertrag mit Bern zu Gesichte zu bekommen. An diesem Tage waren die Zürcherabgeordneten erst noch in Paris erwartet. Mitbin sind die speziellen Unterhandlungen mit den einzelnen Kantonen im vollen Gange, und es werden getrennte Unterhandlungen ebenfalls gepflogen mit Freiburg, Neuenburg und Waadt. Zum Ueberflusse füge ich nur noch bei, daß nach einem Schreiben des französischen Ministeriums des Auswärtigen Frankreich nie daran gedacht hat, nur einen einzigen Vertrag mit sämtlichen Postverwaltungen der Schweiz abzuschließen, sondern laß es immerhin darauf ausgegangen ist, mit den bisherigen Postverwaltungen auch fernerhin Spezialverträge abzuschließen u. s. w.

Revel giebt seine Beistimmung zum Antrage des Herrn Blösch, indem er sein Bedauern darüber ausspricht, daß die Regierung nicht von sich aus die Initiative in einer solchen wichtigen Frage ergriffen habe.

Escharner, Regierungsrath, als Berichterstatter. Vor Allem aus soll ich dem Herrn Altlandammann Blösch sehr danken, daß er den Gegenstand so gründlich auseinandergesetzt hat. Wenn die Anträge des schweizerischen Gewerbsvereins etwas früher eingelangt wären, so würde der Instruktionsantrag gewiß vollständig ausgefallen sein, allein die Sache mußte dann, um heute vorgelegt werden zu können, in größter Geschwindigkeit behandelt werden. Nach Anhörung der heutigen Diskussion und nach genommener Rücksprache mit meinen Zit. Herren Kollegen kann ich nun erklären, daß die von Herrn Altlandammann Blösch vorgeschlagene Redaktion hiemit als Antrag des Regierungsrathes anzusehen ist u. s. w.

Der §. 39 wird nunmehr in der vom Herrn Berichterstatter zugegebenen und von Herrn Altlandammann Blösch beantragten Fassung durch's Handmehr genehmigt.

Die §§. 40 bis und mit 48 nebst sieben nachträglichen Instruktionsartikeln werden ohne Bemerkung durch's Handmehr angenommen.

Auf den Bericht des Regierungsrathes über den in der gestrigen Sitzung erheblich erklärten Zusatzartikel des Herrn Imobersteg zu Nummer 3 des §. 25, betreffend die Angelegenheit der Jesuiten, wird dieser Zusatz ohne Bemerkung durch's Handmehr definitiv genehmigt.

May, gewesener Staatschreiber. Auf dem Traktandenverzeichnis steht der Vortrag des diplomatischen Departements über den Bericht der Gesandtschaft auf der außerordentlichen und ordentlichen Tagssatzung des Jahres 1844. Nun hätte ich unmaßgeblich geglaubt, daß dieser Bericht noch vor der Behandlung der Instruktion für die bevorstehende Tagssatzung behandelt werden würde. Da dieß indessen nicht geschehen ist, so hätte es mir geschienen, diese Behandlung sollte wenigstens unmittelbar nachher folgen, denn die Verhandlungen dieser letzten Tagssatzungen hängen sehr genau miteinander zusammen, und es wäre sehr wohl möglich, daß dieser Bericht neue Zusatzanträge veranlassen würde, daher trage ich darauf an, daß die Delibera-

tion über die Tagssatzungsinstruktion nicht definitiv als geschlossen angesehen werde, bis der fragliche Bericht vorgelegt worden ist.

von Tavel, Altschultheiß. Diese beiden Gegenstände haben nichts miteinander gemein, es ist auch nie so gehalten worden. Ich für mich sehe daher die Berathung über die Instruktion der Gesandtschaft auf die bevorstehende Tagssatzung als geschlossen an.

May, gew. Staatschreiber. Der Gesandtschaftsbericht soll dasjenige enthalten, was von Seite der Gesandtschaft an der Tagssatzung zur Sprache gebracht worden ist oder nicht; das hängt zusammen mit der der Gesandtschaft erteilten Instruktion. Wenn nun, wie verlautet hat, unsere Gesandtschaft abgewichen ist von ihren Instruktionen, so hat dieß Einfluß auf dasjenige, was an der Tagssatzung gegangen ist. Jedenfalls sollte man glauben, daß die auf dem Traktandencirkular bezeichneten Vorträge dann auch wirklich zur Behandlung vorliegen. Ich weiß wohl, daß nach unserem Geschäfts gange die Gesandtschaftsberichte jeweilen zur Prüfung an das diplomatische Departement gewiesen werden; aber ich frage, ob es nicht besser wäre, dieselben jeweilen durch eine Großrathskommission untersuchen zu lassen, und ob nicht eine Art von Wahlverwandtschaft besteht zwischen dem diplomatischen Departement und der Gesandtschaft, als welche meistens aus dessen Mitte gewählt wird. Ich möchte daher den Herrn Landammann bitten, daß wenigstens an einem der nächsten Tage jener Gesandtschaftsbericht zur Behandlung gebracht werde.

Herr Landammann ersucht den Herrn Schultheiß, von diesem Wunsche Notiz zu nehmen.

Wahl der Gesandtschaft auf die ordentliche Tagssatzung.

Vorgeschlagen sind die Herren Schultheiß Neubaus, Regierungsrath Weber und Regierungsrath Steinbauer.

Wahl des ersten Gesandten.

Von 127 Stimmen erhalten im ersten Skrutinium:

Herr Schultheiß Neubaus	87
„ Altschultheiß von Tavel	13
„ Altlandammann Blösch	9
„ Regierungsrath Weber	6
„ Regierungsrath Steinbauer	4
u. s. w.	

Ernannt ist demnach im ersten Skrutinium durch absolutes Mehr: Herr Schultheiß Neubaus.

Neubaus, Schultheiß. Für diese ehrenvolle Wahl empfangen Sie, Zit., zuerst meinen verbindlichen Dank; ich hatte diese Anerkennung nöthig, indem mein Benehmen als Gesandter von verschiedenen Seiten angegriffen worden ist, und ich bin daher innig erfreut über diesen Beweis Ihres Vertrauens. Was ich aber nunmehr thun soll, darüber bin ich in Verlegenheit. Meinen persönlichen Wünschen zufolge möchte ich hier bleiben, aber andere Stimmen wünschen, daß ich an die Tagssatzung gehe, und wenn ich mich frage: was will eigentlich die Mehrheit derjenigen, welche mich gewählt haben, daß ich gehen oder daß ich nicht gehen solle? so ist diese Frage weder ganz entschieden zu verneinen, noch auch ganz entschieden zu bejahen. Obschon es den Schein hat, daß man meint, ich solle gehen, so können doch unter den obwaltenden Umständen viele Mitglieder bloß darum für mich gestimmt haben, um eine politische Manifestation zu machen, dabei aber dennoch wünschen, daß ich nicht gehe. Ich habe daher folgendes Auskunftsmittel gefunden, nämlich daß ich Sie bitte, mir die Entlassung von dieser Stelle zu geben. Wünscht die Mehrheit wirklich, daß ich an die Tagssatzung gehe, so hat sie mir die Entlassung zu verweigern; wünscht sie aber, daß ich nicht gehe, sondern war die Wahl nur eine politische Manifestation, so werde ich mit Freuden hier bleiben, und dann werde ich dem wirklichen Willen der Mehrheit entsprechen.

Funk, Obergerichtspräsident. Ich stelle den Antrag, daß dieses Entlassungsge such an den Regierungsrath zum Rapport gewiesen werde.

Im obersten, Oberrichter. Daß Herr Schultheiß Neuhäus nicht aus ehrgeizigen Rücksichten die auf ihn gefallene Wahl nicht annehmen will, ist bekannt genug, und ich sehe nicht ein, warum man jetzt nicht sogleich darüber abstimmen sollte. Ich für mich gebe meine Stimme nicht bloß formell für eine Anerkennung oder politische Manifestation, daher stimme ich dafür, daß Herr Schultheiß Neuhäus an die Tagesatzung gebe.

Dr. J. Schnell. Entweder ist das Entlassungsbegehren ein ernstliches, dann gehört es zuerst vor den Regierungsrath; oder aber es ist nichts als eine contro-épreuve der stattgehabten Wahl, und alsdann protestire ich gegen jede weitere Diskussion darüber, denn man hat nicht dafür geheim abgestimmt.

Herr Landammann. Dieser Fall ist im Reglemente nicht vorgesehen; also wird die Versammlung darüber entscheiden.

A b s t i m m u n g.

- | | |
|--|-------------|
| 1) Das Entlassungsbegehren an den Regierungsrath zu überweisen | 47 Stimmen. |
| Eosort darüber zu entscheiden | 80 " |
| 2) Dem Entlassungsgefuche zu entsprechen | 10 " |
| Dagegen | 94 " |

Neuhäus, Schultheiß. Ich werde mich also fügen.

Wahl des zweiten Gesandten.

Von 132 Stimmen erhalten:

	im 1. Str.;	im 2. Str.;	im 3. Str.;	im 4. Str.
Hr. Reg.-Rath Dr. Schneider	15	29	42	60
" " Weber	59	54	48	47
" " Steinhauer	28	24	26	
" Altlandammann Blösch	11	14		(Nullen 11.)
" Reg.-Rath Aubry	6			
u. s. w.				

Erwählt ist demnach im vierten Skrutinium durch relatives Mehr: Herr Regierungsrath Dr. Schneider.

Dr. Schneider, Regierungsrath. Ich bin der hohen Versammlung sehr dankbar für das mir geschenkte Zutrauen, indessen wäre es mir unmöglich, mich sogleich heute zur Annahme der Wahl zu entschließen. Einerseits habe ich dieselbe durchaus nicht erwartet, andererseits habe ich viele Gründe, welche mich Bedenken tragen lassen, unter den gegenwärtigen Umständen die Wahl anzunehmen. Dieselbe freut mich ganz sicher um so mehr, als ich mit dem Tit. Herrn Schultheiß Neuhäus an die Tagesatzung geben würde. Allein es liegen sehr viele Geschäfte vor dem Departement des Innern, dessen Mitglied ich bin, welche unverantwortlich lange liegen geblieben sind. Ferner ist es bekannt, daß ich mir noch einen andern Gegenstand ganz eigentlich zur Lebensaufgabe gemacht habe, welchem ich mich diesen Sommer zu widmen gedachte. Daher wollen Sie mich entschuldigen, wenn ich um Bedenkzeit bitte bis morgen.

Diesem Gesuch wird durch's Handmehr entsprochen.

Herr Landammann zeigt nun an, daß er gemäß der gestern angekündigten Tagesordnung die zwei am 23. Juni lezt-bin verlesenen Anträge des Herrn Obergerichtspräsidenten Funk hinsichtlich ihrer Erheblichkeit vorzulegen gedenke.

Taggi, Regierungsrath, jünger, wünscht, daß vorerst die bereits von den Behörden vorberathenen Geschäfte behandelt werden, worunter mehrere dringliche seien.

Funk, Obergerichtspräsident, verlangt dagegen Handhabung der gestern angekündigten Tagesordnung, zumal morgen und übermorgen das Obergericht Sitzung halte, wo er dann nicht anwesend sein könne.

Herr Landammann erklärt hierauf, bei der angekündigten Tagesordnung zu verharren.

Anzug des Herrn Obergerichtspräsidenten Funk.

Derselbe lautet:

Der Zweck dieses Anzugs ist Aufhebung des Standes der „Rechtsagenten“ dem Grundsatz nach, auf dem Wege der Gesetzgebung, in dem Sinne, daß vom Zeitpunkte des Inkrafttretens dießfalliger Vorschrift keine Rechtsagenten mehr sollen patentirt werden. In gegenwärtigen Zeitverhältnissen liegt eine Vermehrung der Zahl von Geschäftsmännern erwählter Klasse keineswegs im öffentlichen Interesse und es dürfte sogar aus dem allmählichen Verschwinden jeglicher Spur davon, kaum ein Nachtheil nachzuweisen sein. Ich schicke eine Uebersicht voraus von der Zahl der Advokaten, Notarien und Rechtsagenten in unserm Kanton, denen zur Zeit in der Ausübung ihres Berufes kein gesetzliches Hinderniß entgegen steht. Die Advokaten, Notarien und Rechtsagenten, welche, aus Grund ihrer amtlichen Stellung von der Ausübung des Berufes ausgeschlossen sind, bleiben hier außer Betracht.

Die Zahl der Advokaten mit Inbegriff der Prokuratoren beträgt	78
" " " Amtschreiber	28
" " " Amtsnotarien	248
" " " Rechtsagenten	93
" " " Notarien, welche kein Amtsnotarpatent besitzen, circa	50

Ohne Ueberschätzung beträgt mithin die Gesamtzahl 497

Eine beträchtliche Vermehrung steht in Aussicht von Jahr zu Jahr aus der Zahl der jungen Staatsbürger, welche mit seltener Hingebung und Begeisterung und ausgezeichnetem Fleiße die hiesige oder eine andere Hochschule dermal benutzen. Diese Vermehrung kömmt durchschnittlich auf 30 per Jahr, sofern die Wünsche bei dem Einzelnen in Erfüllung gehen. Die Zahl der Berner, welche in den 3 lezten Jahren zum Studium der Rechtswissenschaft auf hiesiger Hochschule Aufnahme fanden, steigt auf 66. Darunter sind nicht begriffen theils diejenigen, welche die hiesige Hochschule nicht mehr besuchen, sondern ihre Studien auf einer andern Hochschule fortsetzen, theils die, welche ihre Studien bis zum Staatsexamen schon vollendet haben.

Wir besitzen zudem in unserm Kanton eine beträchtliche Anzahl Geschäftsmänner ohne Patent, die sich sowohl mit Schuldbetreibungen befassen, als mit Führung von Prozessen. Die Geschäftsmänner der lezttern Klasse sind um so gefährlicher, weil sie nicht patentirt und darum unter keine amtliche Kontrolle gestellt sind.

Aus dieser Uebersicht, deren Richtigkeit Niemand anfechten wird, kann sich Jedermann leicht überzeugen, daß unser Zeitalter keine Verlegenheit zu befürchten hat, aus einem etwaigen Mangel an Advokaten, Notarien und Rechtsagenten. Werden auch künftighin keine Rechtsagenten mehr patentirt werden, so steht doch Jedem frei, sich durch Erfüllung der gesetzlichen Erfordernisse zum Fürsprecher oder Notar patentiren zu lassen, da dießfallige Beschränkungen zum Vortheil der Hauptstadt mit Recht aufgehoben worden sind.

Es ist noch zu erinnern, daß in der oben angegebenen Zahl von 497 weitaus der größere Theil im Alter unter 35 Jahren steht.

Unwiderfällg ist, und nach der Ueberzeugung des Unterzogenen unwiderlegbar, daß die Maßregel, welche durch gegenwärtigen Anzug vorgeschlagen wird, der allgemeinen Wohlfahrt des Landes zum Vortheil gereichen muß. Stellt man, nach einer nur höchst bescheidenen Durchschnittsberechnung die jährlichen Einkünfte eines jeden Advokaten, eines jeden Notars und eines jeden Rechtsagenten auf Fr. 1600, so steigt der Gesamtbetrag, auch wenn wir die Zahl der Geschäftsmänner reduciren auf 450, auf die enorme Summe von Fr. 720,000.

Ohne das Zeitgemäße und Heilsame einer solchen Maßregel weiter nachzuweisen, wird darauf angetragen: es möchte dem Großen Rathe belieben, zu erkennen, daß künftighin keine Rechtsagenten mehr patentirt und nicht patentirte Geschäftsmänner länger nicht geduldet werden sollen.

Bern, den 22. Juni 1845.

Alexander Funk, Großrath.

Projekt-Dekret.

Der Große Rath der Republik Bern,
auf den Antrag des Regierungsrathes,
in Betrachtung:

Dass die Aufhebung des Standes der Rechtsagenten im Grundsatz zur Förderung des gemeinen Wohles dient, eine Vermehrung der Zahl der zu dieser Klasse gehörigen Geschäftsmänner auch nicht mehr zeitgemäß ist und der Gefährlichkeit, unpatentirte Geschäftsmänner ferner zu dulden,

b e s c h l i e s s t:

1. Vom Zeitpunkte hinweg, wo dieses Gesetz in Kraft tritt, sollen keine Rechtsagenten mehr patentirt werden.

2. Jedermann ist verboten, den Beruf als Geschäftsmann in Schuldbetreibungen sowohl als in Rechtsstreitigkeiten anderer gegen eine Vergeltung zu betreiben. Die Widerhandelnden fallen in eine Geldstrafe von Fr. 25 bis höchstens Fr. 200.

3. Dieses Gesetz tritt in Rechtskraft auf 1. Juli 1846.

Gegeben in Bern etc.

Funk, Obergerichtspräsident. Das Urtheil über diesen Anzug mag ausfallen, wie es will, so trage ich in meiner Brust das angenehme Bewusstsein, eine Pflicht erfüllt zu haben als Ausgeschlossener des großen Volksvereines des Kantons Bern. Die oberste Landesbehörde enthält die Vertreter dieses großen Volksvereines, und die Statuten, welche wir als Vertreter dieses Volksvereines beschworen haben, sind die von 28,000 Seelen im Jahre 1831 angenommene Verfassung. Diese Verfassung habe ich beschworen, und treu meiner Pflicht habe ich jetzt diesen Anzug gemacht. Man hat heute Vieles gesprochen über die Entfernung der innern Hölle; in gewisser Beziehung haben wir es da mit einem ähnlichen Gegenstande zu thun. Die Frage ist, ob man künftighin noch immer Rechtsagenten patentiren wolle. Es wäre höchst ungerecht, wenn man den gegenwärtig patentirten Rechtsagenten in ihren Rechten auch nur ein Haar krümmen wollte. Es handelt sich also nur für die Zukunft. Wir haben überdies auch unpatentirte sogenannte Geschäftsmänner, welche ohne irgend eine Autorisation oder Garantie ihr Gewerbe betreiben, und nach meinem Dafürhalten fernerhin nicht geduldet werden sollen. (Der Redner entwickelt und rechtfertigt nun seine in dem verlesenen Anzuge entwickelten Ansichten des Näheren und schließt dahin, daß der Anzug erheblich erklärt werden möchte.)

Die Erheblichkeit wird durch's Handmehr ausgesprochen.

Mahnung des Herrn Obergerichtspräsidenten Funk.

Dieselbe lautet:

Gegenwärtige Mahnung bezweckt Handhabung und Vollziehung der gesetzlichen Vorschriften, enthalten im Emolumententarif vom 25. Mai 1813 gegenüber den Verfügungen des Regierungsrathes zu Gunsten der Amtschreiber im Kreisschreiben vom 12. Januar 1844, wodurch die Staatsbürger in wesentlichen Abänderungen des noch in gesetzlichem Ansehen stehenden Emolumententarifs, statt erleichtert, noch mehr als früher belästigt worden sind, und zwar auf eine Weise, welche in formeller und materieller Hinsicht zugleich unstatthaft ist.

A. In formeller Hinsicht.

Die Erlassung, Erläuterung, Abänderung und Aufhebung von Gesetzen und allgemeinen, bleibenden Verordnungen, sind nach Art. 50 der Verfassung unübertragbare Gegenstände, deren Behandlung und Entscheidung einzig dem Großen Rathe vorbehalten wurde. Alle Tarifvorschriften gehören in's Gebiet der Gesetzgebung. Mag nun durch jenes Kreisschreiben ein neues Gesetz, eine Erläuterung oder Abänderung oder theilweise Aufhebung eines vorhandenen, bestehenden Gesetzes erlassen worden sein, immerhin hatte der Regierungsrath dazu kein Recht. Umsonst würde er sich zu seiner Rechtfertigung auf den §. 18 Fol. 109 des Tarifs berufen. Die Befugniß, die der Regierung darin eingeräumt worden war, ist niemals eine so ausgedehnte gewesen, wie sie im vorliegenden Falle der Regierungsrath aus-

geübt hat. Sedenfalls kann jetzt für die Bestimmung des Umfanges der Befugnisse des Regierungsrathes einzig die später in's Leben getretene Verfassung von 1831 maßgebend sein, weil ihr alle übrigen älteren und neuern gesetzlichen Vorschriften untergeordnet sind. Die erwähnten Tarifvorschriften erscheinen unter dem formellen Gesichtspunkte ferner als unstatthaft, weil sie erlassen wurden auf einseitige Reklamationen hin von Seiten der Amtschreiber und wegen der unmittelbaren finanziellen Theiligung dieser Letztern.

B. In materieller Hinsicht.

a. Im Allgemeinen.

Schon im Uebergangsgesetze, welches im Jahre 1831 mit der Verfassung dem Volke vorgelegt worden —, finden wir die Versprechung für Erleichterung der Bevölkerung in Ermäßigung der verschiedenen Tarife. Diese Verheißung ist theilweise in Erfüllung gegangen durch Revision der Tarife im civilgerichtlichen und Betreibungsverfahren und in Vormundschaftssachen. Das Verwerfliche jener Verfügungen im Kreisschreiben des Regierungsrathes vom 12. Januar 1844 im besondern Hinblick auf Art. 1 Fol. 105 des Tarifs leuchtet ein, sobald weiter nachgewiesen werden kann, daß die Aenderungen, statt Erleichterung zu gewähren, zum ausschließlichen Vortheile einer Beamtenklasse, das Publikum noch mehr als früher belästigen;

b. im Besondern,

- 1) der Art. 1 des angeführten Kreisschreibens in der zweiten Hälfte desselben, räumt den Amtschreibern das Recht ein, in den bezeichneten Fällen eine Gebühr von Bz. 15 zu beziehen, welche durch keine Vorschrift im Tarif gerechtfertigt ist. Der angerufene Art. 6 im Theil I Titel VIII paßt für den Fall ganz und gar nicht. Für die Nachschlagung und Ausstellung des dahingehenden Zeugnisses admittirt keine Stelle im Emolumententarife eine besondere Gebühr. Diese Arbeit fällt dem Amtschreiber schon von Amtes wegen auf in seiner Stellung als Grundbuchführer und er findet dafür Bezahlung theils in den Einschreibungsgebühren, theils in der jährlichen Entschädigung aus der Staatskasse. Diese Ansicht widerspricht nicht nur nicht dem Art. 6 Fol. 27 des Emolumententarifs von 1813, sondern findet geradezu ausdrückliche Rechtfertigung im Art. 12 und 13 Fol. 63 und Art. 1 Fol. 64 des Emolumententarifs.
- 2) Die Tarifbestimmung im Art. 3 Litt. b. einzig steht im Einklange mit den gesetzlichen Vorschriften des Emolumententarifs von 1813. Die Tarifbestimmung unter Litt. a. und c. hingegen sind neue Auflagen zu Gunsten der Amtschreiber, zum Nachtheile der Bevölkerung, welche Grundeigenthum besitzt und in diesen Verkehrsverhältnissen lebt und leben muß. Nicht anders verhält es sich mit der Schlussbestimmung desselben Artikels.

Höchst auffallend erscheint die Erfindung in der Anwendung des Artikels 21 Fol. 49 für die Gebühren von Bz. 2, welche die Vorschrift des Kreisschreibens unter Litt. a. admittiren will neben derjenigen in Litt. b und sie steht im offenbaren Widerspruch mit der klaren und ungekünstelten Vorschrift und Tarifbestimmung in Art. 42 und 43 Fol. 75 des Emolumententarifs von 1813, zufolge welcher „für die Einschreibung und Einregistrierung“ die Gesamtgebühr von Bz. 3 nicht übersteigen darf.

Die Vorschrift unter Litt. c. dann ist dem Emolumententarif von 1833 gänzlich fremd und eine neu geschaffene Belästigung für den Grundbesitzer. Nach derselben will man den Staatsbürger verpflichten, gegen seinen Willen sich ein Zeugniß aufdringen zu lassen und dafür Bz. 4 zu bezahlen, ein Zeugniß, das für die gute Ordnung in der Führung der Grundbücher nicht das Mindeste beiträgt.

Die Vorschrift unter Art. 2 des Kreisschreibens ist völlig überflüssig, weil sie schon enthalten ist in Art. 3 Fol. 105 des Emolumententarifs in einer sehr unzweideutigen Fassung, welche keinem gegründeten Zweifel Raum giebt.

Auf das Angebrachte gestützt, trägt Unterzogener darauf an: „Es möge dem Großen Rathe belieben, in Handhabung der gesetzlichen Tarifvorschriften, enthalten im Emolumentent-

„tarife von 1813, soweit sie sich auf die Gebühren der Amtsschreiber in dem erwähnten Theile ihrer Amtsverrichtungen beziehen, das Kreisschreiben vom 12. Jenner 1844 so wie alle früher über den nämlichen Gegenstand erlassenen, als nichtig zu erklären.“

Bern, den 18. Juni 1845.

Alexander Funk, Großrath.

Diese Mahnung wird ohne Bemerkung durch's Handmehr genehmigt.

In Genehmigung verschiedener Vorträge der Justizsektion wird nachstehenden Legaten sofort ohne Bemerkung durch's Handmehr die erforderliche Sanction erteilt:

- 1) Dem von Herrn R. L. von Graffenried, von Bern, gewes. Gutsbesitzer zu Brünnen, dem Vereine für christliche Volksbildung gemachten Legate von Fr. 500.
- 2) Dem von Ebendenselben der Armenanstalt der Stadt Bern gemachten Legate von Fr. 500.
- 3) Dem der nämlichen Anstalt vermachten Legate des Herrn J. R. Wyß, gewes. Pfarrers zu Wichtach, von Fr. 320.
- 4) Dem von Frau A. B. Hofmann, geb. Herzog, von Narburg, des gewes. Handelsmanns in Langenthal Wittwe, der Gemeinde Langenthal ausgesetzten Vermächtnisse von Fr. 1000, wovon Fr. 500 der Armenmädchenschule und Fr. 500 dem Armengute zukommen sollen.

- 5) Dem von Ebenderselben zu Gunsten des in Amerika befindlichen Joh. Wätschli, von Langenthal, ausgesetzten Legate von Fr. 100, wofür eventuell das Armengut von Langenthal substituiert ist.
- 6) Der von der Wittwe des M. Comte, von Chatillon, Marie Ursule, geb. Cortat, der Fabrike de l'Eglise zu Courrendelin gemachten Schenkung von ungefähr Fr. 2576.
- 7) Endlich sodann einer Verordnung des Herrn J. R. Wyß, gewes. Pfarrers zu Wichtach, laut welcher ein auf Fr. 16,090 ansteigender Theil seiner Verlassenschaft in 100 Portionen eingetheilt werden soll, wovon zwei zu Prämien für treue Landwirthschaftsknechte der Landpfarrer des alten Kantons und zwei andere Portionen zu Prämien für treue Mägde, ebenfalls von Landpfarrern des alten Kantons, bestimmt wurden.

(Schluß der Sitzung nach 1 Uhr.)

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Commersitzung 1845. Zweite Hälfte.

(Nicht offiziell.)

Vierte Sitzung.

Donnerstag den 26. Brachmonat 1845.

(Morgens um 8 Uhr.)

Präsident: Herr Landammann Jaggi.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protokolls werden wiederum folgende, die Jesuitenfrage betreffende, Vorstellungen angezeigt:

Von 15 Bürgern von Hasle bei Burgdorf; von 58 Bürgern von Thun; von den Gemeinderäthen und drei Partikularen von Pöblern, Uetendorf und Thierachern; vom Einwohnergemeinderathe von Amsoldingen; von der Kirchgemeinde Blumenstein; von der Einwohnergemeinde Eckhofen; von 100 Bürgern von Biglen und Schosswyl; von 51 Bürgern von Köniz; von den Einwohnergemeinden Gولات und Wyleroltigen; von der Einwohnergemeinde Laupen; vom Einwohnergemeinderath Kriechenwyl; von den Einwohnergemeinderäthen von Mühleberg, Frauenkappelen, Ferenbalm, Neueneck; von den Einwohnergemeinden von Büren, Oberwyl, Dießbach, Bütigen, Buiswyl, Dozigen, Lengnau, Rütte, Reiben, Pieterlen und Meisberg.

Ferner sind folgende Vorstellungen nicht legalisirt und werden daher nicht zu den Akten gelegt: von Langenthal mit 158; von Melchnau mit 195; von Wynau und Murgenthal mit 97; von Thunsteinen und Büßberg mit 51; von Krauchthal, Hettiswyl und Hub mit 47; von Burgdorf mit 46; von Koppigen, Alchenstorf, Höchstetten, Hellsau und Willadingen mit 115, und von Niederbipp mit 6 Unterschriften.

Ferner wird angezeigt und auf Verlangen des Herrn Amtschreibers Rufener verlesen: eine mit 12 Unterschriften aus dem Amtsbezirke Laupen versehene Vorstellung, dahin gehend, daß die Direktion der Bern-Murtenstraße möglichst bald festsetzt, die Korrektion derselben ausgeführt und die Schiffbrücke zu Laupen durch eine neue, den Umständen und Bedürfnissen entsprechende, Brücke ersetzt werde.

Tagesordnung.

Vortrag des diplomatischen Departements, nebst Dekretsentwurf, betreffend die Trennung des Helferebezirks Kandergrund von dem Urversammlungsbezirke von Frutigen.

Der Dekretsentwurf geht dahin, daß die Ortschaften des Helferebezirks Kandergrund in politischer Beziehung von der Kirchgemeinde Frutigen getrennt werden und fortan eine eigene Urversammlung bilden sollen.

Durch's Handmehr genehmigt.

Vortrag des diplomatischen Departements über die Vorstellungen mehrerer Lehrervereine, betreffend das Stimmrecht der Primarschullehrer an den Urversammlungen.

Tit.

Der Lehrerverein des Amtsbezirks Narwangen hat in einer vom 7. Christmonat 1843 datirten Vorstellung an den Großen Rath das Gesuch gestellt, „es möchte diese Behörde den Primarlehrern durch angemessene Verfügungen ihre politische Stellung im Staatskörper so anweisen, daß sie, wie bisher, als aktive Glieder desselben ihr Stimmrecht an den Urversammlungen ihres Wohnortes ungehindert ausüben dürften.“

Ähnliche Vorstellungen sind seither auch von Seite der Lehrerkonferenz in Rapperswyl und des obersimmenthalischen Lehrervereins eingelangt, und von Wangen.

Diese Vorstellungen sind veranlaßt worden durch eine im verflossenen Herbst getroffene Verfügung des Regierungsrathes, der, von der Ansicht ausgehend, daß die Primarlehrer nicht einen „wissenschaftlichen Beruf“ kraft erhaltenen Patents, wie es die Verfassung in Nr. 6 des §. 31 verlangt, ausüben, die Einfrage des Regierungstatthalters von Pruntrut, ob die dortigen Primarlehrer, welche nicht Gemeindeglieder seien, auf bloße Vorweisung ihres Primarlehrerpatents, an den Verhandlungen der Urversammlungen theilnehmen dürfen, — verneinend beantwortet hatte.

Obgleich es das diplomatische Departement war, welches diesen Entschluß beantragt, glaubte es nunmehr, da die Frage in thesi zur Sprache gekommen, bei deren Begutachtung das Erziehungsdepartement nicht übergehen zu sollen. Es ersuchte daselbe also um seine Ansicht über das Begehren des Lehrervereins von Narwangen, welche dahin erfolgte, daß die Vorschrift in §. 31 Nr. 6 der Verfassung auf die Primarlehrer anwendbar erklärt, und sonach denselben kraft ihres Primarlehrerpatents das Stimmrecht an der Urversammlung ihres Wohnortes eingeräumt werden möchte.

Die Motive hiefür findet das Erziehungsdepartement theils in den seit dem Ursprunge der Verfassung wesentlich veränderten Verhältnissen, namentlich in den bedeutend größern Leistungen der Primarschullehrer, welche nunmehr, wenn auch nicht einen wissenschaftlichen Beruf ausübten, doch sich mit den Hauptgegenständen des Wissens und Denkens beschäftigten, theils in dem Umstande, daß eine restriktive Auslegung der betreffenden Vorschrift im §. 31 Nr. 6 der Verfassung die weitaus meisten Primarlehrer des politischen Stimmrechts berauben würde, indem wenige an ihren Bürgerorten sich aufhalten, oder den vorgeschriebenen Census zu leisten vermögen, was den Lehrerstand entmuthigen müßte.

Die Mehrheit des diplomatischen Departements kann jedoch diese Ansicht in keiner Weise theilen. Sie findet das Requirat der Ausübung eines wissenschaftlichen Berufes zu Erhaltung des Stimmrechts in der Urversammlung des Wohnortes weder unbillig, noch den Begriff davon unklar. Der Beruf der Primar-

Lehrer ist kein wissenschaftlicher, das muß selbst das Erziehungsdepartement zugeben, und wenn nach allgemeinen Grundsätzen im zweifelhaften Falle die Regel nicht restriktiv ausgelegt werden soll, so dürfte sich dieß gerade entgegengesetzt verhalten bei der Ausnahme von der Regel. Endlich sähe die Mehrheit in einer verminderten Einmischung des Primarlehrer in die politischen Angelegenheiten keineswegs einen Uebelstand, sondern vielmehr einen Vortheil für die Lehrer, wie für die Schulen.

Sie schließt demnach dahin, es möchte der Große Rath in das Begehren des Lehrervereins von Narwangen, insofern dasselbe bezwecken würde, daß die patentirten Primarlehrer zu denjenigen Staatsbürgern gezählt werden sollen, welche einen wissenschaftlichen Beruf ausüben und demzufolge kraft ihres Patents ohne weiteres Requisite an den Urversammlungen ihres Wohnortes stimmen dürfen, als dem §. 31 Nr. 6 der Verfassung zuwider — nicht eintreten.

Die Minderheit des diplomatischen Departements dagegen stimmt den Ansichten des Erziehungsdepartements bei. Sie glaubt, der erwähnte Verfassungsartikel sei nicht so peremptorisch, daß eine Anwendung desselben in dem von diesem Departement beantragten Sinne in keiner Weise zu rechtfertigen wäre. Aus diesem Grunde und um den Bemühungen der Primarlehrer zu Bildung des Volkes einige Anerkennung zu zollen, trägt die Minderheit des Departements darauf an, es möchte denselben die Ausübung des Stimmrechts an der Urversammlung ihres Wohnortes auf die einfache Vorweisung ihres Patents hin von nun an gestattet werden.

Mit Hochachtung!

Bern, den 16. März 1844.

Unterschriften.

Der Regierungsrath vereinigt mit den Sechszehnern stimmt dem Antrage der Minderheit des diplomatischen Departements in dem Sinne bei, daß der Schullehrer, welcher seit zwei Jahren in einer Gemeinde, welche nicht seine Bürgergemeinde, angestellt ist, an der Urversammlung dieses seines Wohnortes das Stimmrecht kraft seines Patents soll ausüben können.

Bern, den 23. Juni 1845.

Unterschriften.

von Tavel, Altschultheiß, als Berichterstatter. Dieser Gegenstand, Zit., ist wichtig in zwei Beziehungen; erstlich weil er eine bedeutende Anzahl von Staatsbürgern betrifft, da wir bekanntlich tausend und mehr Primarschullehrer im Kanton haben; und zweitens, weil es sich um eine Art von Interpretation eines Verfassungsartikels handelt. Im diplomatischen Departement waren die Meinungen getheilt; die Meinung der Mehrheit theile ich nicht, und daher ist es für mich schwer, dieselbe zu vertheidigen, zumal ich der damaligen Vorberatung dieses Gegenstandes nicht beigewohnt habe, und auch vor Regierungsrath und Sechszehnern war Niemand da, um die Mehrheitsmeinung des diplomatischen Departements zu unterstützen. Indessen soll ich pflichtgemäß diese Ansicht der Mehrheit des diplomatischen Departements mit einigen Worten berühren. Dieselbe stützt sich darauf, daß die Primarlehrer nicht einen wissenschaftlichen Beruf ausüben, und daß, wenn man den Ausdruck der Verfassung „wissenschaftlicher Beruf kraft erhaltenen Patents“ auf die Primarschullehrer ausdehnen wolle, dieser Begriff noch auf verschiedene andere Berufe, für welche Patente nöthig sind, ausgedehnt werden müßte. Das war ungefähr das Hauptmotiv der Mehrheit. Regierungsrath und Sechszehner mußten dagegen unbedingt zur Minderheitsmeinung des diplomatischen Departements stimmen. Vorerst handelt es sich hierbei nicht etwa darum, einen neuen Grundsatz aufzustellen, denn im Allgemeinen sind in der größten Mehrheit der Urversammlungen seit dem Jahre 1831 die Primarschullehrer ohne Hinderniß hinzugelassen worden, insofern sie zufolge Nr. 5 des §. 31 seit wenigstens zwei Jahren in der betreffenden Gemeinde wohnhaft waren. Zuerst ein Wort über den §. 31 der Verfassung. Um außerhalb seiner Bürgergemeinde stimmen zu können, muß man erstens seit wenigstens zwei Jahren in der betreffenden Gemeinde wohnhaft sein und überdieß zweitens den Besitz eines Grundeigentums oder eines auf Grundeigentum versicherten Kapitals von mindestens fünfhundert Schweizer-

franken bescheinigen, oder aber einen Pacht- oder einen Miethvertrag für wenigstens zweihundert Schweizerfranken vorweisen, oder endlich ein obrigkeitlicher Beamter, Offizier im vaterländischen Dienste, oder ein Gemeindevorgesetzter sein, oder einen wissenschaftlichen Beruf kraft erhaltenen Patentes ausüben. Also sind eigentlich nur zwei Requisite absolut nöthig, nämlich ein zweijähriger Aufenthalt und dann eine der letzterwähnten Bedingungen. Regierungsrath und Sechszehner waren also über den ersten Punkt nicht zweifelhaft, daß ein Primarlehrer, um außerhalb seiner Bürgergemeinde das politische Stimmrecht ausüben zu können, zwei Jahre lang in der betreffenden Gemeinde gewohnt haben müsse, gleich wie jeder andere Staatsbürger. Was nun das zweite Requisite betrifft, so fragt es sich, ob ein Primarlehrer, der weder den Besitz eines Grundeigentums u. s. w. von 500 Schweizerfranken bescheinigen, noch einen Miethvertrag für 200 Franken vorweisen kann u. s. w., dann in Folge der Ausübung eines wissenschaftlichen Berufes, kraft erhaltenen Patentes, stimmen dürfe. Ob der Beruf eines Primarschullehrers im Sinne der Verfassung als ein wissenschaftlicher anzusehen sei, darüber kann man sehr lange certiren. Regierungsrath und Sechszehner haben die Sache so angesehen: Der ganze Lehrstand von der obersten Stufe bis zur untersten übe als Ganzes betrachtet einen wissenschaftlichen Beruf aus, und die Rechtfertigung dieser Auslegung fanden wir in der Verfassung. Nämlich §. 35 stellt die Requisite auf, welche erforderlich sind, um in den Großen Rath gewählt werden zu können, und bezeichnet zwei Fälle, wo man von der Bescheinigung eines Vermögens entbunden sei, nämlich die vom Staate angestellten Professoren, und diejenigen, welche für die erste Klasse eines wissenschaftlichen Faches patentirt sind. Dieser Paragraph sagt also nicht, wie der §. 31, Nr. 6, diejenigen seien vom Censur dispensirt, welche einen wissenschaftlichen Beruf, kraft erhaltenen Patents, ausüben, sondern er sagt, diejenigen seien vom Censur dispensirt, welche für die erste Klasse eines wissenschaftlichen Faches patentirt sind. Aus diesem zwischen den §§. 31 und 35 der Verfassung bestehenden Unterschied hat die Minderheit des diplomatischen Departements und mit ihr das Kollegium von Regierungsrath und Sechszehnern den Schluß gezogen, man brauche, um an einer Urversammlung außerhalb seiner Bürgergemeinde stimmen zu können, nach dem Sinne und Willen des §. 31, nicht Professor zu sein, um von der Censurbescheinigung dispensirt zu sein, sondern es sei da auch die unterste Stufe des wissenschaftlichen Berufes inbegriffen. Uebrigens, Zit., müßt Ihr den Beruf der Primarlehrer doch zu irgend einem Berufe zählen; die Primarlehrer gehören offenbar zum Lehrstande, sie sind weder Handwerker, noch Negotianten, und der gesammte Lehrstand in seiner Abstufung vom höchsten Grade bis zu den Elementargrundsätzen der Wissenschaften gehört demjenigen Berufe an, welchen man einen wissenschaftlichen nennen kann. Hierüber mag und wird man vielleicht lange diskutiren, aber mir scheint Das sonnenklar. Bei der entgegengesetzten Annahme wären die meisten Primarlehrer gegenüber andern Staatsbürgern direkt benachtheiligt. Nicht nur wird ein Primarschullehrer selten einen Grundbesitz von Fr. 500 bescheinigen können, sondern es wird auch den meisten derselben unmöglich sein, die Bezahlung eines jährlichen Miethzinses von Fr. 200 zu konstatiren, weil in den meisten Gemeinden den Primarlehrern eine unentgeltliche Wohnung angewiesen ist. Es fragt sich sodann: Hat die von Regierungsrath und Sechszehnern beantragte Auslegung wirkliche Inkonveniente oder nicht? Diese Behörde glaubt — Nein; sie glaubt, das Stimmrecht im Allgemeinen sei durch die Verfassung ohnehin vielen Beschränkungen unterworfen; wenn es also um die Auslegung einer derartigen Bestimmung zu thun sei, so liege es im wohlverstandenen Interesse des Volkes und entspreche dem Principe, welchem wir huldigen, diese Bestimmung so auszulegen, daß das Stimmrecht nicht noch mehr beschränkt, sondern eher erweitert werden. Ferner ist im vorliegenden Falle nicht zu übersehen, daß diese Klasse von Staatsbürgern größtentheils aus Männern besteht, welche der jetzigen Ordnung der Dinge treu ergeben sind, und welchen es am härtesten vorkommen müßte, wenn sie durch Uebnahme so wichtiger Stellen im Staate in ihren politischen Rechten beschränkt sein sollten. Endlich mache ich noch einmal darauf

aufmerksam, daß es nicht darum zu thun ist, etwas Neues zu erkennen, sondern daß im Allgemeinen und namentlich bis zum Beschlusse des Regierungsrathes vom Jahre 1843 über die Einfrage wegen der Lehrer im Amtsbezirke Pruntrut, fast überall die Primarlehrer lediglich gegen Vorweisung ihres Patents ohne Schwierigkeit zur Ausübung des Stimmrechtes hinzuge lassen wurden. Aus allen diesen Gründen waren Regierungsrath und Sechszehner fast einmützig, Ihnen, Zit., zu empfehlen, den verschiedenen Petitionen zu entsprechen und ein für allemal festzusetzen, daß die Primarlehrer, wenn sie zwei Jahre in der betreffenden Gemeinde angeessen waren, kraft ihres Patents, das Stimmrecht an den Urversammlungen ausüben dürfen.

May, gew. Staatschreiber. Ich ergreife das Wort, um die Sache auch aus einem andern Gesichtspunkte zu beleuchten. Man geht, wie wir gehört haben, davon aus, daß man nicht etwas Neues wolle, sondern Etwas, was bis jetzt bereits bestanden habe. Das muß ich verneinen. Wenn dieß in einigen Gemeinden so geschehen ist, so ist es dagegen an andern Orten nicht geschehen. Daß die Sache nicht entschieden war, geht schon daraus hervor, daß der Regierungsrath eine dahergige Einfrage im negativen Sinne entschieden hat. Die Präsumtion ist mithin gegen das vorliegende Begehren. Als man in der Verfassung die Bestimmungen in Betreff der wissenschaftlichen Berufe einfließen ließ, glaubte man, man solle der höhern wissenschaftlichen Bildung eine Auszeichnung geben, welche auch in andern Ländern existirt. Daher wurde im §. 31 gesagt, daß abgesehen von andern Requisiten bloß die Vorweisung eines wissenschaftlichen Patents zum Stimmrechte an der Urversammlung fähig macht. Wenn man aber weiter geht und behauptet, diese Vorschrift sei so auszulegen, daß man da nur im Allgemeinen eine wissenschaftliche Bildung verstanden habe, indem der §. 35 dann ausdrücklich von Patenten erster Klasse redet, so möchte ich Das in Abrede stellen und vielmehr den entgegengesetzten Schluß daraus ziehen. Ferner glaube ich, es sei für das gemeine Beste weit erspriechlicher, wenn die Schullehrer sich so weit als möglich von allem politischen Treiben entfernt halten. In jeder Gemeinde werden rücksichtlich der politischen Meinung mehr oder weniger zwei Parteien sein; es kann also nur einen schlimmen Einfluß haben, wenn ein Schullehrer sich dann zur einen oder andern Partei schlägt und doch beide Parteien um ihre Kinder anvertrauen müssen. Dem Erziehungsweisen ist daher gewiß mehr gedient, wenn sich die Schullehrer von politischen Fragen entfernt halten. Was die Sache selbst betrifft, so will ich zugeben, daß der Begriff von wissenschaftlichem Berufe sehr relativ ist; ich glaube sogar, daß zur Zeit der Verfassungsberatung man sich einen andern Begriff von Wissenschaft und wissenschaftlicher Bildung gemacht hat, als heutzutage. Man glaubte, es seien gründlichere Studien erforderlich, um Anspruch zu machen auf wissenschaftliche Bildung. Damals bestanden Patente für gewisse Berufe, welche eine wissenschaftliche Bildung in höherm Grade erfordern, namentlich bei Advokaten und Aerzten, und erst später sind die Patente für Schullehrer hinzugekommen. Nun sehe ich in einer solchen Patentirung noch keinen Beweis von großer wissenschaftlicher Bildung. Ein Primarlehrer muß allerdings einige Kenntnisse haben von Demjenigen, was in das Erziehungsfach einschlägt; wenn Sie aber deshalb die Primarlehrer, kraft ihres Patents, von der Censurbefcheinigung entheben wollen, so müssen Sie gewiß auch andern Klassen von Staatsbürgern gleiche Günst gewähren, so namentlich der ganzen Klasse von Notarien und Rechtsagenten. Sind Das nicht etwa auch Männer, welche wissenschaftliche Studien gemacht haben müssen? Und zwar solche Studien, welche offenbar näher mit dem praktischen Staatsleben zusammenhängen, als diejenigen der Lehrer. Ich begreife gar wohl, daß es immer viel ansprechender ist, den Leuten zu willfahren, als ihnen nicht zu willfahren, und diejenigen, welche Solches begünstigen, werden sich immer viel beliebter machen. Nichtsdestoweniger fühle ich mich verpflichtet, meine Ansichten darüber frei und unverholen darzutun. Mir erscheint der Antrag von Regierungsrath und Sechszehnern als dem Sinne der Verfassung zuwider, ferner kann ich auch der Konsequenzen wegen nicht dazu stimmen; nicht nur Notarien und Rechtsagenten können dann kraft ihrer Patente die nämliche Begün-

stigung verlangen, sondern auch patentirte Viehärzte, denn die Viehheilkunde ist auch eine Wissenschaft. Endlich dann kommt noch der moralische Gesichtspunkt hinzu, daß es besser sei, die Einmischung der Lehrer in politische Angelegenheiten nicht zu begünstigen, sondern sie vielmehr möglichst davon entfernt zu halten. Aus allen diesen Rücksichten schließe ich mit der Mehrheit des diplomatischen Departementes auf Abweisung der vorliegenden Petitionen.

Bühler, Amtschreiber. Nach meinem Dafürhalten sind die Lehrer diejenige Klasse von Staatsbürgern, welche sich nicht bloß über einen wissenschaftlichen Beruf, sondern welche sich besonders als gute Staatsbürger auszuweisen haben. In ihren Examen, welche sie, um patentirt zu werden, bestehen müssen, haben sie sich auszuweisen über Sitten und Lebenswandel und müssen sich über verschiedene Fächer, welche allerdings zu den wissenschaftlichen gehören, prüfen lassen. Wenn sie später eine Schule übernehmen wollen, so müssen sie sich wiederum jedesmal einer neuen Prüfung unterziehen und sich über ihre Sitten u. ausweisen. Also geben diese Männer dadurch eine Garantie, welche die meisten andern Staatsbürger nicht geben. Ich stimme demnach unbedenklich zum Antrage von Regierungsrath und Sechszehnern.

Blösch, Altlandammann. Ich für meinen Theil habe den Glauben, es werde allerdings wenig nützen, sich hier gegen den Antrag von Regierungsrath und Sechszehnern auszusprechen, aber solche Fragen sind sehr wichtig, und da halte ich es für meine Pflicht, meine Ansicht darüber Ihnen, Zit., vorzulegen, indem ich es unendlich bedauern muß, wenn diesem Antrage beigeprägt wird. Es ist heute nicht darum zu thun, die Verfassung erst noch zu machen, sondern darum ist es zu thun, die gemachte und bestehende Verfassung anzuwenden. Wären wir noch im Jahre 1831 und hätten zu fragen, ob wir den Primarschullehrern kraft ihres Patents das Stimmrecht an den Urversammlungen gestatten wollen oder nicht, so stünden wir auf ganz andern Boden. Aber wir haben nicht über die Verfassung, sondern nach der Verfassung zu entscheiden, und sogar das Erziehungsdepartement nimmt die Sache als durch die Verfassung ziemlich entschieden erledigt an. Im Rapporte heißt es, im eigentlichen Sinne des Wortes üben die Schullehrer einen wissenschaftlichen Beruf nicht aus. Daß der Verfassungsrath die Schullehrer nicht darunter begriffen hat, davon bin ich innig überzeugt, und das aus dem §. 35 hergenommene Argument hiegegen erscheint in meinen Augen als ein sehr schwaches. Dort heißt es: „Von der Bescheinigung eines Vermögens sind jedoch enthoben — — — — Diejenigen, welche für die erste Klasse eines wissenschaftlichen Faches patentirt sind.“ Ich frage nun: Hat es im Jahre 1831 unter dem Stande der Schullehrer Patente erster und zweiter Klasse gegeben? Konnte man damals die Schullehrer darunter verstehen, während das im §. 35 vorgesezte Verhältniß noch gar nicht existierte in Betreff der Schullehrer? Gewiß nicht, wohl aber existierte damals ein anderes Verhältniß, nämlich es gab zu jener Zeit noch zwei Klassen unter den Aerzten und zwei Klassen unter den Advokaten. Diese zwei Klassen unter den Aerzten und unter den Advokaten hatte man damals im Auge; beide Klassen von Aerzten und Advokaten wollte man in §. 31 auch ohne Censurbefcheinigung an den Urversammlungen Theil nehmen lassen, und dann die höhere Klasse der Aerzte und der Advokaten im §. 35 vermöge ihres Patents als wahlfähig in den Großen Rath erklären, aber keineswegs die Schullehrer. Als ich heute dieses Raisonnement hörte, kam mir die Anekdote in den Sinn von einer Gesellschaft, welche den Mond durch ein Fernrohr beguckte; ein Advokat erblickte durch dieses Fernrohr einen Richter, ein Pfarrer glaubte, einen Mann im Mantel und Rabatt zu sehen, eine junge Tochter hingegen sah nichts als junge Leute, welche im Mondscheine spazierten, — das Alles im Monde. So sieht Jeder auch in der Verfassung nur seine eigenen Gedanken und Wünsche. Ich will nun aber annehmen, wir wären heute hier im Verfassungsrathe, und die Frage über das Stimmrecht der Schullehrer wäre noch nicht durch die Verfassung entschieden, so würde ich es dennoch unendlich bedauern, wenn die Sache im Sinne von Regierungsrath und Sechszehnern entschieden würde. Handelt es sich etwa darum, die Schullehrer überhaupt

von ihrem Stimmrechte zu verdrängen? Keineswegs, sondern sie sollen das Stimmrecht haben unter den nämlichen Bedingungen, wie jeder andere Staatsbürger. Allein es handelt sich hier um ein Vorrecht für die Schullehrer. Wenn ein Schullehrer den Besitz eines Grundeigentums oder eines auf Grundeigentum versicherten Kapitals von Fr. 500 beschleunigen kann, so ist er überall stimmberechtigt; aber soll er auch dann stimmberechtigt sein, wenn ein anderer Ehrenmann neben ihm es nicht ist, weil dieser kein Patent aufzuweisen hat? Nach meinem Dafürhalten wird die Stellung der Lehrer gegenüber den Kindern, Eltern und Gemeinden sehr schwierig gemacht, und ihre Wirksamkeit sehr gelähmt, wenn sie sich in die politischen Interessen hineinmischen. Im gemeinen Leben ist es nun einmal so, daß überall, wo politische Fragen behandelt werden, sich Parteien bilden; alsdann muß sich der Lehrer, welcher an der Behandlung politischer Fragen Theil nehmen will, an die eine oder andere Partei anschließen. Wird nun dadurch sein wohlthätiger Einfluß auf Schule und Gemeinde begünstigt oder gefährdet? Gewiß ist das Letztere der Fall. Daher würde ich mich selbst in einem Verfassungsrathe gegen die Ertheilung des Stimmrechts an die Primarlehrer im angetragenen Sinne aussprechen, umsomehr muß ich es jetzt thun, wo wir nicht einmal mehr frei sind, darüber zu entscheiden, sondern wo die Verfassung bereits entschieden hat. Ich schließe somit zum Antrage der Mehrheit des diplomatischen Departements.

Schneider, Regierungsrath, älter. Ich halte diese Verathung für höchst wichtig, nicht bloß für die Lehrer, sondern auch für das Schulwesen im Allgemeinen. Man will also den Lehrern das Stimmrecht an den Urversammlungen bestreiten. Ich hätte nur gewünscht, daß uns irgend ein Redner gesagt hätte, wo dann die wissenschaftliche Bildung anfängt und wo sie aufhört. Die Primarschullehrer sollen in den Schulen lehren Religion, Sprache, Geschichte, Geographie, Naturgeschichte und Naturlehre, und sollen überdies auch die Verfassung erklären u. s. w. Das alles ist im Primarschulgesetze vorgeschrieben. Aber ein Mann, welcher die Verfassung erklären kann und soll, soll dann nicht fähig sein, für die Verfassung und nach derselben zu stimmen? Ich würde das im höchsten Grade bedauern. Also diesen Männern, welchen wir unsere Kinder vom sechsten bis zum sechzehnten Jahre anvertrauen, sollten wir nicht hinlängliches Zutrauen schenken, um sie kraft ihres Patentes an Ur- und Wahlversammlungen mitstimmen zu lassen? Das werden wir doch nicht wollen. Man fragt, warum man dann nicht auch den Thierärzten und Rechtsagenten die gleiche Vergünstigung gewähre. Sobald diese Klasse von Staatsbürgern sich ebenfalls meldet und die Enthebung vom Censur kraft ihres Patentes verlangt, so werden die vorberathenden Behörden das untersuchen und der Große Rath wird dann entscheiden. Heute handelt es sich jetzt um die Schullehrer. Ich sehe im Hintergrunde dieser Frage etwas mehr als nur die Lehrer; es fragt sich: wollen wir überhaupt das Schulwesen heben, wollen wir dem Schulwesen und dem Lehrstande Achtung verschaffen oder nicht? Meine Herren Kollegen vom Lande werden die Wichtigkeit dieser Frage fühlen und werden die Lehrer nicht behandeln wollen wie Unmündige. Man sagt, es wäre besser, die Lehrer würden sich gar nicht in Politik mischen. Ich sehe das nicht so an. Der Lehrer ist Staatsbürger, wie jeder Andere, er hat das Recht, zu denken wie er will in der Politik. Wenn der Lehrer nicht denken und nicht stimmen soll, dann sollen wir auch die Geistlichen an den Ur- und Wahlversammlungen nicht stimmen lassen. Unser Lehrstand hebt sich immer mehr, die Seminarien arbeiten tüchtig an ihrer Bildung, und die einzelnen Lehrer werden immer tüchtiger. Der Lehrstand des heutigen Tages vergleicht sich nicht mehr mit dem Lehrstand von 1831, und dieser Stand hebt sich viel mehr, als mancher andere, der viel stationärer bleibt, als er sollte. Man kann noch beifügen, wie überhaupt das Urtheil ist über die Lehrer. Alle Jahre ertheilen die Geistlichen in ihren Pfarrberichten auch Bericht über ihre Schulen und Schullehrer, und namentlich in diesem Jahre ist von den Geistlichen fast einstimmig sowohl über das gute Gedeihen der Schulen als über gutes Betragen und Fleiß und Pflichttreue der Lehrer ein günstiges Urtheil ausgesprochen worden. Wollen wir jetzt solche Männer zurückstoßen,

Männer, welche vor ihrer Patentirung und vor ihrer Anstellung sich über ihre Sitten und Kenntnisse ausweisen müssen, welche 18 bis 24 Stunden wöchentlich Schule halten müssen, welche den Kindern in der Schule ein gutes Beispiel geben und in der Gemeinde ebenfalls, an den Urversammlungen nicht ohne Censurbefreiung stimmen lassen, weil sie nicht einen wissenschaftlichen Beruf ausüben? Ich wünsche also, daß man uns sage, wo der wissenschaftliche Beruf anfangen und wo er aufhören soll. Bis dieß ausgemittelt ist, erkläre ich, daß ich den Lehrerberuf immerhin zu einem wissenschaftlichen Berufe rechnen werde. Der Regierungsrath hat vor zwei Jahren durch seinen Beschluß hinsichtlich der Einfrage des Regierungskathalters von Pruntrut sehr inkompetent die Verfassung ausgelegt; er hatte kein Recht dazu; diese Auslegung gehört dem Großen Rathe einzig und keiner andern Behörde. Ich trage also darauf an und bitte dringend, daß von Ihnen, Zit., dem Antrage von Regierungsrath und Sechshebner, welcher mit 19 gegen 3 Stimmen gefaßt worden ist, beigeprägt werde.

Hünerwadel, Staatschreiber. Ich habe gehofft, die Ansicht der Mehrheit des diplomatischen Departements würde aus bereedterem Munde als dem meinigen hier vertheidigt werden; indessen habe ich, da dieß bis jetzt von keinem Mitgliede dieses Departements geschehen ist, in einer Aeußerung des Herrn Berichtstatters eine indirekte Aufforderung dazu gefunden, und diese Aufforderung veranlaßt mich nun, die Gründe der Mehrheit auseinanderzusetzen, um so mehr, als, wie ich höre, auch vor Regierungsrath und Sechshebner dasjenige Mitglied des Regierungsrathes nicht anwesend war, welches im diplomatischen Departement die Mehrheitsmeinung vertreten hat. Ich will damit anfangen, die Frage auf denjenigen Punkt zu stellen, von welchem aus das diplomatische Departement sie aufgefaßt hat, nämlich vom Gesichtspunkte der Verfassungsinterpretation aus. Hätte es sich gefragt: Ist es an und für sich zweckmäßig, die Lehrer von diesem Censur zu dispensiren, und ist dieß in Anerkennung ihrer wichtigen Dienste und schwierigen Aufgabe z. gerechtfertigt und billig, so wäre ich, ganz im Gegensatz mit der von anderer Seite hier geäußerten Ansicht, unbedingt dafür; allerdings glaube ich, daß die Schullehrer diese Censurbefreiung verdienen. Hätte ich also freie Hand, so würde ich unbedingt dazu stimmen. Daß ein Schullehrer nicht, wie jeder andere Bürger, an unsern politischen Bewegungen Theil nehmen solle, das glaube ich nicht; ich sehe keinen großen Nachtheil für den Jugendunterricht, wenn alle zwei Jahre einmal der Lehrer sich etwas lebhafter für politische Sachen interessiert. Aber auf diesem Standpunkte befinden wir uns eben nicht. Aufrichtig und gewissenhaft habe ich mich daher gefragt: Welcher Sinn liegt in der Verfassung? Und da habe ich den Grundsatz befolgt, nicht dasjenige in die Verfassung hinein zu interpretiren, wovon ich wünschte, daß es darin wäre, sondern nach grammatisch-historischen Grundsätzen dasjenige heraus zu interpretiren, was wirklich darin liegt. Wenn ich nun in der Verfassung sehe, daß diejenigen Staatsbürger, welche keinen Censur zu beschleunigen haben, einen wissenschaftlichen Beruf kraft erhaltenen Patentes ausüben müssen; so bin ich dabei gewiß ganz unbefangen zu Werke gegangen, um so mehr, als ich eben persönlich und an und für sich wünschte, dem Verlangen der Schullehrer zu entsprechen. Könnten wir die Verfassung jetzt abändern, so möchte ich namentlich in Bezug auf das Stimmrecht noch manche andere Bestimmung daraus entfernen. Ist es z. B. billig und zweckmäßig, daß ein Mann, welchen der Große Rath an eine der ersten Stellen im Staate berufen hat, welcher kraft des ihm von der obersten Landesbehörde übertragenen Mandates seinen Wohnsitz nach der Hauptstadt verlegen muß, daß der Obergerichtspräsident, wenn er nicht Bürger von Bern ist, zwei Jahre lang hier in Bern sein politisches Stimmrecht nicht ausüben kann? Wenn es sich also um eine Revision der Verfassung handelte, so würde ich auch diese Beschränkung des Stimmrechtes wegstreichen. Allein eben darum handelt es sich nicht; die Vorschriften sind einmal da, und jetzt fragt es sich also bloß: Welchen Sinn haben dieselben? Herr Regierungsrath Schneider fragt, wo die Wissenschaftlichkeit eigentlich anfangen auf der Stufenleiter der wissenschaftlichen Berufe und derjenigen

Personen, welche sich mehr oder weniger damit befassen. Mir scheint die Antwort nicht so schwierig. Um einen wissenschaftlichen Beruf auszuüben, muß man doch irgend eine Wissenschaft als solche studirt haben. Wer nun eine Wissenschaft studirt, darüber Proben abgelegt und ein Patent dafür erhalten hat und dann als eigentlicher Experte und Fachmann denjenigen Beruf ausübt, welcher dieser Wissenschaft entspricht, der fällt nach meiner Ansicht unter die bisherige Bestimmung der Verfassung. Ich will nicht auf die früher bestandene pedantische Auslegung kommen, wonach nur die Berufe der Theologen oder Juristen oder Mediziner als wissenschaftliche angesehen wurden, sondern es giebt heutzutage allerdings noch viele andere Staatsbürger, welche wissenschaftliche Berufe ausüben, so z. B. die Förster. Ein Förster studirt eine eigentliche Wissenschaft, er muß ein wissenschaftliches Examen ablegen und erhält dafür ein Patent, und also übt er dann infolge dieses Patents einen wissenschaftlichen Beruf aus. Ein Ingenieur muß zwar bei uns kein wissenschaftliches Examen bestehen und als Bedingung der Ausübung seines Berufes ein Patent erwerben; in andern Staaten besteht aber auch für die Ingenieure eine solche Vorschrift. Hätten wir das bei uns auch, so würden gewiß auch die Ingenieure, welche namentlich die mathematischen Wissenschaften studiren müssen, unter den §. 31 fallen. Ich frage nun: Haben die Primarlehrer eine bestimmte Wissenschaft als solche studirt? Diese Frage muß ich verneinen. Man führt zwar an, eine ganze Menge von Gegenständen des menschlichen Wissens aus dem Primarschulgesetz, namentlich aus §. 16. Da ist allerdings viel enthalten, sehr viel, vielleicht nur zu viel, und doch heißt es daselbst, es seien dies nur die wesentlichsten Fächer; also können noch andere hinzukommen. Hieraus folgert man nun, daß Männer, welche alle diese Fächer lehren können, wissenschaftliche Männer sein müssen. Ich komme zu dem entgegengesetzten Schlusse. Wenn man den Primarlehrern eine solche Masse menschlichen Wissens auferlegt, so schließe ich eben daraus, daß man ihnen nicht speziell das gründliche und vollständige Studium einer einzelnen Wissenschaft zur Pflicht macht, sondern eben nur eine allgemeine Bildung im Gegensatz zur speziellen wissenschaftlichen Bildung. Wäre anstatt der vielen Fächer nur etwa eines vorgeschrieben für jeden einzelnen Lehrer, wie dies an höhern Schulen der Fall ist, dann könnte ich viel eher bei diesen Lehrern eine eigentliche wissenschaftliche Bildung voraussetzen. Das, Zit., waren ungefähr die Gründe, welche mich und, wie ich glaube, auch die Mehrheit des diplomatischen Departements geleitet haben. Ich komme zurück auf den früheren Entscheid des Regierungsrathes vom Jahre 1843. Damals war die Frage nicht nur: Sollen die Primarlehrer vom Censur dispensirt sein? sondern es fragte sich: Wie ist es gehalten mit den Lehrern an der Normalanstalt zu Pruntrut in Absicht auf den Censur? Damals hat der Regierungsrath unterschieden zwischen den Lehrern an der Normalanstalt und zwischen den Primarlehrern und hat gesagt, die eigentlichen Seminarlehrer fallen allerdings unter den Begriff eines wissenschaftlichen Berufes, hingegen die einfachen Primarlehrer können nicht darunter subsumirt werden. Warum hat der Regierungsrath diesen Unterschied gemacht? Man hat mir schon im diplomatischen Departement entgegen, der Regierungsrath hätte konsequenterweise auch die Normallehrer nicht dispensiren sollen. Ich bin durchaus nicht dieser Meinung; die Normallehrer sind eigentliche Fachlehrer, diejenigen zu Münchenbuchsee wie diejenigen zu Pruntrut; die einen haben diese, die andern jene Fächer zu lehren, und also können und müssen sie sich mit diesen ihren Spezialfächern in solcher Weise und Ausdehnung vertraut machen, daß sie allerdings angesehen werden müssen, als haben sie diese Fächer als Wissenschaft betrieben und studirt. Ein Lehrer, welcher junge Männer zu unterrichten hat, die später auch Lehrer werden wollen, bedarf doch gewiß mehrerer Studien und größerer Fähigkeit, als ein einfacher Primarlehrer gegenüber seinen Schülern. Jeder Lehrer muß doch gewiß etwas mehr wissen, als was er gerade seinen Zöglingen beizubringen hat, und also müssen die Seminarlehrer ein noch weit höheres Maß von Wissen sich angeeignet haben, als die einfachen Primarlehrer. Ich habe mich gleich Eingangs berufen gefühlt, zu erklären, daß, wenn es sich um den Grundsatz an sich handelte, ob den Primarlehrern das Stimmrecht auch ohne Censurbe-

scheinigung zu gestatten sei, ich mich unbedingt dafür aussprechen würde, im Gegensatz zur Ansicht eines Herrn Präopinanten, welche auch dann nicht damit einverstanden wäre, und ich verwahre mich daher feierlich gegen die Auslegung, als ob meine Ansicht hervorginge aus übelwollender Gesinnung gegen den Primarlehrerstand; seit den 14 Jahren, daß ich in verschiedenen Stellungen mit unserem Primarschulwesen in Berührung gekommen bin, wird mir Niemand vorwerfen können, daß ich nicht stets das größte Interesse an dem Primarlehrerstande genommen habe. Bei einer Verfassungsrevision sollte nach meiner Ueberzeugung allerdings die beantragte Erweiterung des Stimmrechts in Betreff der Primarlehrer eine der ersten Abänderungen sein; so lange aber die Verfassung besteht, wie sie ist, haben wir gebundene Hände. Wäre übrigens Jemand anders von der Mehrheit des diplomatischen Departements anwesend gewesen, so würde ich, wie schon gesagt, das Wort nicht ergriffen haben.

Neuhaus, Schultze. Ich nehme die Freiheit, eine ganz entgegengesetzte Ansicht vorzutragen. Was ist Wissenschaft? was ist wissenschaftlicher Beruf? Das ist ein sehr vager Begriff, welchen man ausdehnen oder beschränken kann. Nach der frühern Uebung hat man gewöhnlich als wahre Gelehrte nur diejenigen angesehen, welche alte Philologie studirt haben; hingegen einen Wasserbaumeister oder Ingenieur nicht. Ich habe diese Uebung abgeschmakt und unverständlich gefunden. Das Wissen des Wasserbaumeisters bildet ebenfowohl eine Wissenschaft, als das Wissen eines Theologen. Wenn wir nun einen so schwankenden Begriff haben, so fragt es sich: Wollen wir denselben ausdehnen im Interesse einer sehr ehrenwerthen Klasse von Staatsbürgern oder aber, wollen wir ihn beschränken? Derjenige, welcher im Stande ist, elf Fächer zu lehren, aber keines derselben ganz ausführlich und gründlich studirt hat, ist nach der Ansicht des Herrn Präopinanten kein wissenschaftlich gebildeter Mann; aber wenn er von elf Fächern zehn Fächer ganz ignoriert und z. B. nur Geschichte ganz gründlich studirt hat, dann ist er ein wissenschaftlicher Mann! Diese Auffassung scheint mir nicht gegründet in thesi und nicht klug in praxi. Um an den Urversammlungen seiner Bürgergemeinde das Stimmrecht ausüben zu können, muß man im Gebiete der Republik wohnen, ehrenfähig sein und das dreißigste Altersjahr zurückgelegt haben. Das ist die einzige Garantie, welche für Ausübung des Stimmrechts in der Bürgergemeinde durch die Verfassung verlangt wird. Hingegen um außerhalb seiner Bürgergemeinde zu stimmen, muß man überdies zwei Jahre lang in der nämlichen Gemeinde gewohnt haben. Diese Bestimmung der Verfassung ist sehr unzweckmäßig, denn ein Bürger sollte Bürger sein im ganzen Kantone. Ich war Mitglied des Regierungsrathes und Präsident des Erziehungsdepartements, und zwei Jahre lang war ich in Folge jener Bestimmung von meinem Stimmrechte verschroten, wenn ich nicht die Reise nach Biel machen wollte oder konnte. Etwas Unverständigeres habe ich in meinem Leben nicht gesehen. Das ist aber nun einmal in der Verfassung. Also darf ein Lehrer, welcher nicht in seiner Bürgergemeinde angestellt ist, zwei Jahre lang sein Stimmrecht nicht ausüben. Nach Verfluß dieser zwei Jahre kann er stimmen, wenn er ein Grundeigenthum oder ein auf Grundeigenthum versichertes Kapital von Fr. 500 besitzt oder eine Pacht von Fr. 200 bezahlt oder einen wissenschaftlichen Beruf, kraft erhaltenen Patents, ausübt. Ich nun habe kein sogenanntes wissenschaftliches Patent; wäre ich aber nicht im Stande einen Miethzins von Fr. 200 zu bezahlen oder ein Vermögen von Fr. 500 vorzuweisen, so wäre ich von der Ausübung des politischen Stimmrechts hier in Bern seit 14 Jahren ganz verschroten geblieben. Wollen wir nun die Primarlehrer, welche doch ein Patent besitzen, in eine solche Stellung versetzen, indem wir den Begriff eines wissenschaftlichen Berufes jetzt so sehr beschränken? Stellen Sie sich ein wenig in die Lage dieser Lehrer. Nur die weit kleinere Zahl derselben wird in ihrer Bürgergemeinde angestellt werden, sondern die Meisten werden ihren Beruf in andern Gemeinden ausüben; also werden sie gleichsam politische Heloten sein. Der wackere Lehrer, der Erzieher der Jugend, wird seine Schüler, wenn sie 23 Jahre alt geworden sind, stimmen sehen, er aber wird nicht stimmen können. Das empört mich nun, und wenn ich ein Mittel finden

kann, um diesem Uebelstande abzuheffen und der Verfassung nicht eine solche engherzige Anwendung zu geben, so will ich das mit beiden Händen ergreifen. Herr Staatschreiber Hünervadel sagt, wenn der Lehrer ein Fachlehrer wäre, dann würde er sein Patent als ein wissenschaftliches anerkennen; aber wenn der Lehrer eifrig Fächer lehrt, dann will er es nicht anerkennen. Die Verfassung selbst unterscheidet zwischen Patenten und Patenten. §. 35 enthebt von der Bescheinigung eines Vermögens zum Zwecke der Wählbarkeit in den Großen Rath u. A. Diejenigen, welche ein wissenschaftliches Patent erster Klasse besitzen. Nun will ich gerne zugeben, daß unsre Primarlehrer nicht wissenschaftliche Patente erster Klasse erhalten, aber sie erhalten doch Patente des Wissens; man patentirt sie, weil sie etwas wissen, und nicht, weil sie nichts wissen; denn sie wissen beututage etwas, und zwar noch ziemlich viel. Diefem Patente nun keinen wissenschaftlichen Charakter beimessen zu wollen, das, Zit., kann ich nicht annehmen. Neben jenen eifrig Fächern ist noch ein allgemeines Fach, welches der Primarlehrer inne haben muß, und das ist die Pädagogik. Diese ist ein wissenschaftliches Fach. Der Lehrer soll wissen, wie man progrediren soll, um die Geisteskräfte des Kindes zu beleben und zu entwickeln, und wie man dabei jedes einzelne Kind nach seinen individuellen Anlagen und Fähigkeiten behandeln muß. Diese Pädagogik wird vorgetragen im Seminar, und dieses Fach allein würde dem Verlangen des Herrn Staatschreibers entsprechen können. Ich würde nun sehr bedauern, wenn Sie, Zit., die Verfassung in so engherzigem Sinne auslegen, und dem Antrage von Regierungsrath und Sechszehnern nicht entsprechen wollten.

Dr. J. Schnell. Ich setze voraus, daß Jeder von Ihnen die Pflicht auf sich fühle, nach der Verfassung zu leben und zu stimmen, ungeachtet mehrere Aeußerungen Einen bewegen könnten, zu glauben, man sei berechtigt, der Verfassung ein Ohr abzdrehen. Von Zweien Eines. Entweder ist die Verfassung deutlich, dann lebe man danach, oder sie ist undeutlich, dann fragt es sich: Wie soll man sie verdeutlichen? Offenbar nach Sinn und Geist der Verfassung, und nicht im entgegengesetzten Sinn und Geiste, denn da ist jetzt eben der spitzige Punkt. Ich sehe aus Allem nur, daß Zweifel obwaltet über den Sinn und Geist der Verfassung im vorliegenden Falle, und ich nehme diesen Zweifel als de bonno sei wirklich waltend an, und nicht bloß als absichtlich hineingeworfen, nämlich den Zweifel, ob der Lehrerberuf ein wissenschaftlicher Beruf sei oder nicht. Auf der einen Seite glaube ich, er sei mehr oder weniger ein wissenschaftlicher Beruf, auf der andern Seite glaube ich es, streng genommen, nicht, aber ich will mich darauf gar nicht einlassen, sondern es fragt sich: Wie sollen wir den Zweifel auslegen, damit diese Auslegung im Sinne und Geiste der Verfassung gegründet und der Klugheit des Regiments angemessen sei. Im Sinne und Geiste der Verfassung lege ich den Zweifel dahin aus, die Verfassung habe die Primarlehrer nicht im Auge gehabt, und im Sinne der Klugheit des Regiments lege ich den Zweifel so aus: Wäre mittelst der Auslegung, daß der Primarlehrerberuf kein wissenschaftlicher sei, der Lehrerstand grundsätzlich vom Stimmrechte ausgeschlossen, so würde ich bald entschieden sein, dem Antrage der Behörde beizustimmen; aber da dieses nicht der Fall ist, sondern da der Lehrerstand durch die Auslegung von Regierungsrath und Sechszehnern offenbar nur ein Vorrecht erhielte vor den übrigen Staatsbürgern, so frage ich: Ist das gut? Wenn Ihr nichts im Auge habt, als daß die Lehrer im Allgemeinen kraft ihrer Wirksamkeit und ihres beschwerlichen und verdienstvollen Berufes eine solche Auszeichnung oder Vorrecht verdienen, so könnte ich es ihnen geben; aber man muß nicht das im Auge haben, sondern das, daß es sich eigentlich nur um einzelne Lehrer handelt, welche nicht im Falle sind, ein gewisses Grundeigenthum zu besitzen u. s. w., sondern welche eben gar nichts haben, als ihr Patent, und welche doch bei diesem ihrem Patente einen stärkern innern Erieb fühlen, sich mit politischen Dingen abzugeben, als aber ihrem eigentlichen Berufe obzuliegen. Der gewiß größere Theil der wissenschaftlich gebildeten Lehrer ist kraft der übrigen Bestimmungen der Verfassung bereits mit uns Allen im gleichen Besitze des Stimmrechts, hingegen ein weitaus kleinerer Theil ist nicht in diesem Falle, und eben dieser kleinere Theil ist es,

welcher, gewiß nicht aus Schulgründen, wünscht, eine Bevorrechtigung zu erhalten. Entsprechen wir nun dem, so stempeln wir damit den Primarlehrerstand zu einem politischen Stande, denn wir sagen den Lehrern dadurch mit andern Worten: Ihr sollt einen Theil eurer Zeit verwenden auf politische Wirksamkeit, und dieses zwar in dem Sinne und Geiste, welchen wir Euch damit aufspröpfen. Das möchte ich nun nicht, ich möchte die Lehrer nicht in diesen Wirbel politischer Reibungen hineinziehen. Wenn Diejenigen, welche dazu anderweitig berechtigt sind, es durchaus wollen, so kann ich es denselben nicht wehren; aber Diejenigen, welche nicht dazu berechtigt sind, ohne daß wir ihnen eine Bevorrechtigung vor allen übrigen Staatsbürgern gewähren, möchte ich nicht gleichsam absichtlich auf einen Boden hinüberziehen, wo sie nicht hingehören. Denket doch nur an das Beispiel des Kantons Zürich und seid überzeugt, daß dieses eher schädlich, als nützlich sein würde. Aus dieser Beherzigung, wobei ich nicht die geringsten persönlichen Rücksichten habe, denn ich kenne viele Lehrer, die mich persönlich schätzen und ehren, und nur wenige, bei welchen das nicht der Fall ist, möchte ich Sie, Zit., dringend bitten: Laßt doch die Lehrer auf dem gleichen Boden und bei den gleichen Rechten, wie wir Alle sind. Ich stimme also, so viel an mir, zum Mehrheitsantrage des diplomatischen Departements.

Funk, Obergerichtspräsident. Ich treffe so eben aus der Sitzung des Obergerichts im Schoofe dieser Versammlung ein und bitte daher um Entschuldigung, im Falle ich bereits Gesagtes wiederholen sollte. Schon als Mitglied des Kollegiums von Regierungsrath und Sechszehnern habe ich diesen Gegenstand berathen helfen, und habe dort die Gründe für meine Ansicht entwickelt. Wenn man fragt: Was ist klug im vorliegenden Falle? so ist die Antwort die: Was ist recht im vorliegenden Falle, was ist der Geist und Sinn der Verfassung, und was ist die natürliche Interpretation der darin aufgestellten Vorschrift? Es handelt sich nicht darum, ob man den Lehrern überhaupt das Stimmrecht geben wolle oder nicht, sondern wir haben zu untersuchen, ob die Verfassung den Schullehrern dieses Stimmrecht zusichert oder nicht. Es handelt sich mithin nicht um etwas Neues, sondern um die Auslegung bereits gegebener Vorschriften. Offenbar kann über die Frage, ob die Schullehrer, wenn sie sämmtlich in ihren Burgergemeinden wohnten, das Stimmrecht an den Urversammlungen beäßen, kein Zweifel walten. Wenn hingegen Jemand außerhalb seiner Burgergemeinde stimmen will, so muß er die und die Bedingungen erfüllen. Die Verfassung stellt also eine Begünstigung auf für diejenigen Bürger, welche in ihren Burgergemeinden stimmen, gegenüber den Andern, welche in einer andern Gemeinde zu stimmen im Falle sind. Dieser Begünstigung soll nun aber offenbar nicht eine weitere Ausdehnung gegeben werden, als absolut nöthig ist, und daher verstehe ich jene allgemeine Vorschrift der Verfassung in Betreff der wissenschaftlichen Berufe im ausgedehntesten Sinne des Wortes. Wenn man annehmen muß, daß ein Professor an der Hochschule einen wissenschaftlichen Beruf ausübe, so fällt auch der Lehrer an der Primarschule unter den Begriff des wissenschaftlichen Berufs im weitesten Sinne, aus dem einfachen Grunde, weil die Verfassung im §. 31 keine Beschränkung enthält in Bezug auf den Begriff des wissenschaftlichen Berufs. Daß diese Auslegung richtig sei, ergibt sich auch aus dem §. 35, wo hingegen ausdrücklich die Rede ist von den vom Staate angestellten Professoren und von Denjenigen, welche für die erste Klasse eines wissenschaftlichen Faches patentirt sind. Man sagt, man solle die Schullehrer nicht in den Wirbel der Politik hineinziehen. Diese Einwendung ist ganz unangemessen, denn wenn die nämlichen Personen sich jeweilen in ihre Burgergemeinden verfügen, so besitzen sie dort das Stimmrecht un widersprechlich. Aus allen diesen Motiven stimme ich zum Antrage von Regierungsrath und Sechszehnern.

Tschabold. Ganz gewiß hat hier in dieser Versammlung Niemand größere Achtung vor dem Schullehrerstande, als ich, und gewiß will auch ich Niemanden in seinem Wahlrechte willkürlich beschränken. Allein es handelt sich hier bloß um die Frage wegen der Censusbeseinigung. Es handelt sich also hier nicht um den ganzen Lehrerstand. Gemeinlich treten diese Leute ungefähr im achtzehnten Jahre in den Lehrerstand, dann müssen

sie jedenfalls, wie die andern Staatsbürger auch, warten bis zum zurückgelegten dreißigjährigen Altersjahr, bevor sie überhaupt an einer Urversammlung stimmen können. Unterdessen erhalten sie außer ihrer Besoldung jährlich Fr. 150 aus der Staatskasse und genießen freie Wohnung; mithin bezieht Jeder während dieser Zeit wenigstens Fr. 600 aus der Staatskasse über die Besoldung und die freie Wohnung hinaus. Ein junger Lehrer nun, der nicht im Stande ist, in dieser Zeit Fr. 500 zu erübrigen, um später den vorgeschriebenen Censur zu bescheinigen, scheint mir nicht ein haushälterischer Mann werden zu wollen. Ich wünschte aber sehr, daß man gerade darauf sehe, daß die Lehrer haushälterische Leute werden, denn dieß ist von sehr wichtigem Einflusse auf unsere Primarschulen. Schon aus diesem Grunde stimme ich daher zum Antrage der Mehrheit des diplomatischen Departementes. Ferner ist das vorliegende Ansuchen zunächst vom Lehrervereine von Arwangen ausgegangen. Dieser macht aber nicht den Lehrerstand des ganzen Kantons aus, und wenn sich auch später andere Lehrervereine angeschlossen haben, so haben nicht alle Lehrervereine diesem Begehren beigestimmt. Der Lehrerverein des Emmenthales namentlich hat dieses Ansinnen von der Hand gewiesen und gesagt, Das sei eine bedeutende Unbescheidenheit von jungen Leuten, welche schon aufgeschraubt genug seien.

Stettler. Im Anfange habe ich mich durchaus zur Majoritätsansicht des diplomatischen Departementes hingeneigt; indessen scheint mir doch ein Gesichtspunkt zu Gunsten der Ansicht von Regierungsrath und Sechszehnern zu sprechen. Man sagt, bei Verabreichung der Verfassung habe man den Primarlehrerstand nicht im Auge gehabt. Aber, Zit., wie ist nicht seither mit diesem Stande eine Veränderung vor sich gegangen. Es ist eine Aenderung vorgegangen in der Denomination und auch im Begriffe. Früher hießen sie Schulmeister, jetzt Schullehrer. Vor einem Meister habe ich alle Achtung, aber es sind unter dieser Bezeichnung doch mehr die Handwerker gemeint; ich habe einst einen Meister gegrüßt mit „Herr“; derselbe sagte: Grüßt mich doch mit „Meister“, ein Herr kann ein Eitel sein, aber ein Meister nicht. Also hat man früher, zur Zeit der Verfassungsberatung, unter dem Lehrerstande gewissermaßen etwas Handwerksmäßiges im Auge gehabt, hingegen seither hat man demselben mehr eine wissenschaftliche Tendenz zuerkannt. Es ist seither das Schullehrerseminar errichtet worden, in welchem sich die angehenden Lehrer eigentlichen Studien unterwerfen müssen, was früher nicht der Fall war, und also hat der Lehrerstand schon hiedurch einen mehr wissenschaftlichen Charakter erhalten. Auch werden infolge dessen jetzt höhere Forderungen an sie gestellt, als früher. Ich habe heute unbestritten behaupten gehört, daß selbst der Beruf der Notarien gewissermaßen als ein wissenschaftlicher angesehen werden müsse, und doch kommt das Examen eines Notars bei weitem nicht demjenigen eines Schullehrers gleich. Wenn man ferner den Beruf des Thierarztes als einen wissenschaftlichen ansieht, so möchte ich den Schullehrer nicht als geringer ansehen. Ich glaube also, wir können gemäß der Verfassung den Beruf der Primarlehrer immerhin als einen wissenschaftlichen ansehen, wenn auch allerdings nicht im strengen Sinne des Wortes.

Koth zu Niederörs. Ein Mitglied wollte die Schullehrer, die Rechtsagenten, Notarien und Thierärzte einander gleich stellen; die meisten Thierärzte, Notarien und Rechtsagenten sind aber Offiziere, ein Schullehrer hingegen kann nicht Offizier sein; also ist Das nicht das Gleiche.

Marti, Obrichter. Ich will annehmen, es wälte wirklich Zweifel über den wissenschaftlichen Charakter des Primarlehrerberufes; wie sollen wir aber den Zweifel lösen? In der ganzen Welt ist es angenommen, daß im Zweifelsfalle die mildere Auslegung angewendet werden soll. Ich finde nun unter den Ausnahmen des §. 31 in Betreff der Censurbescheinigung auch die Offiziere; sollen nun Primarlehrer nicht eben so gut an den Urversammlungen stimmen können, als Offiziere, wie wir sie in großer Zahl nun eben haben? Ich kann nicht begreifen, warum man den Offizieren unbedingt das Stimmrecht eingeräumt hat. Das ist offenbar ein Vorrecht. Wenn die Offiziere das Stimmrecht unbedingt besitzen, warum nicht auch

die Soldaten? Der Herr Staatschreiber und Herr Schultheiß Neuhaus haben gesagt, ein Mitglied des Regierungsrathes und ein Obergerichtspräsident dürfen hier in Bern an den Urversammlungen nicht stimmen, wenn sie nicht zwei Jahre hier gewohnt haben. Ich weiß nicht, ob man da die Verfassung nicht allzuenge auslegt, denn die Verfassung kann doch unmöglich gewollt haben, daß jeder Gemeindevorgesetzte stimmen könne, während ein Regierungsrath und ein Obergerichtspräsident nicht stimmen dürfen. Ich stimme zum Antrage von Regierungsrath und Sechszehnern.

Saggi, Regierungsrath, älter. Ich habe die Mühe genommen, die Protokolle des Verfassungsrathes nachzuschlagen, und da habe ich mich überzeugt, daß im Verfassungsrathe diese Vordruckt fast ohne Deliberation hineingeworfen worden ist. Der Verfassungsrath selbst würde jetzt in Verlegenheit sein, uns zu sagen, wie er es verstanden habe. Die Mitglieder, welche gegen den Vorschlag von Regierungsrath und Sechszehnern sprachen, haben eine Rücksicht ganz aus dem Auge verloren, nämlich daß bis zu dem Beschlusse des Regierungsrathes vor zwei oder drei Jahren die Schulmeister fast überall zu den Urversammlungen hinzugelassen wurden, sofern sie ihr Patent vorwiesen. Also spricht die bisherige Uebung für den Antrag. Wenn wir ferner untersuchen, wer eigentlich durch Genehmigung dieses Antrages das Stimmrecht erhalte, so werden wir finden, daß es gar nicht viele Lehrer betrifft. Jedermann ohne Unterschied muß vorerst 23 Jahre alt sein, um stimmen zu können. Nun treten aber die Schullehrer sehr jung aus den Seminarien aus, so daß schon deshalb viele nicht werden hievon Gebrauch machen können. Im gleichen Falle befinden sich die vielen gleichsam nomadirenden Schullehrer, weil sie nicht zwei Jahre in der gleichen Gemeinde angeessen sind, denn Jedermann ohne Unterschied muß, um außerhalb seiner Bürgergemeinde zu stimmen, zwei Jahre lang in der betreffenden Gemeinde gewohnt haben. Aus diesen beiden Gründen finden sich bereits ungefähr vierhundert Schullehrer vom Stimmrechte ausgeschlossen, welchen also unser heutige Beschluß nicht zu gute kommt. Es bleiben also noch ungefähr achthundert Lehrer übrig. Von diesen sind ziemlich Viele in ihren Bürgergemeinden angestellt, wo sie also stimmen können. Ferner sind viele Lehrer im Falle, anderweitige Bedingungen des Stimmrechtes zu erfüllen, indem sie Gemeindevorstände u. dgl. sind oder den vorgeschriebenen Censur bescheinigen können, und also ohnehin das Stimmrecht besitzen. Daher werden nicht mehr als etwa hundert Schullehrer durch unsern heutigen Beschluß das Stimmrecht erhalten. Aus allen diesen Gründen stimme ich zum Antrage von Regierungsrath und Sechszehnern.

Friedli. Es handelt sich bloß um die Erklärung der Worte „wissenschaftlicher Beruf“. Entsprechen wir nun dem Begehren der verschiedenen Lehrervereine nicht, so sagen wir den Lehrern dadurch: Euer Beruf ist nicht ein wissenschaftlicher. Was für eine Wirkung muß Das auf alle Schullehrer im ganzen Kantone machen, wenn ihnen der Große Rath sagt: Ihr wisst nichts, denn Ihr habet keinen wissenschaftlichen Beruf?

Saggi, Regierungsrath, jünger. Die Männer, welche sich der Ausübung des Schulmeisterberufes widmen, verlieren dadurch zwei Eigenschaften, vermöge welcher es ihnen sonst möglich sein würde, das Stimmrecht auszuüben, und zwar erstlich, weil die Lehrer selten in der eigenen Bürgergemeinde angeessen sind, und zweitens, weil in der Regel dem Lehrer eine freie Wohnung angewiesen wird, so daß er nicht in den Fall kommt, einen Miethzins zu bezahlen. Aus diesen zwei Rücksichten schon würden also die meisten Lehrer vom Stimmrechte ausgeschlossen. Ist es nun rathsam, jetzt, wo der Zweifelsfall eingetreten ist, diese Beamtenklasse, denn als solche sehe ich sie an, vom politischen Stimmrechte auszuschließen? Die Gesamtzahl unserer Primarlehrer beträgt ungefähr 1200, und die Zahl der ihnen anvertrauten Kinder ist ungefähr 85,000. Sollen wir nun diesen Männern, welchen wir unsere Kinder zur Erziehung anvertrauen, das Recht in Zweifel ziehen, an den Urversammlungen zu stimmen, wo jeder Schneider oder Schuhmacher oder Wagner, der Fr. 200 für seine Werkstätte als Miethe bezahlt, stimmen darf? Diese 1200 Lehrer sind in ihrer großen Mehrzahl

der gegenwärtigen Ordnung von Herzen zugethan, und es ist nicht ganz gleichgültig, in welchem Sinne in dieser Beziehung in den Schulen gelehrt werde, zumal diese Lehrer auch die Verfassung erklären sollen. Wenn man aber durch die Verfassung von der Ausübung politischer Rechte ausgeschlossen wird, so hat man offenbar nicht den Sinn und das Interesse, den Kindern die Wohlthaten der Verfassung so anschaulich zu machen, wie es zweckmäßig wäre, damit die Kinder durch ihr ganzes Leben hindurch zum Guten geleitet werden. Demnach wäre es offenbar eine politische Unklugheit, dem Wunsche dieser Lehrer nicht zu entsprechen. Deshalb sitzen diese Männer noch lange nicht im Großen Rathe, denn von der Wahlbarkeit für den Großen Rath handelt dann der § 35 der Verfassung.

Steinhauer, Regierungsrath. Man hat sehr verschiedene Arten, zu rechnen. Ein Herr Präopinant berechnet die Zahl Derjenigen, welche dieser Beschluß betreffe, auf 1200; ein Anderer hingegen berechnet sie nur auf 100. Also wollen wir etwa 100 Lehrern ein Prärogativ vor allen andern Staatsbürgern einräumen? Ich achte die Lehrer gar sehr, aber dieselben sind ganz vom gleichen Zeige geknetet, wie wir andere gemeine Leute, und also sollen wir sie auch ganz gleich halten. Die unabgetheilten Söhne sehr wohlhabender Väter sind vom Stimmrechte ausgeschlossen, und dann sollte der Schullehrer bloß mit seinem Patente in der Hand solchen Leuten sagen dürfen: hinaus, ihr Männer? Bei aller Achtung vor dem Lehrerstande stimme ich durchaus zum Antrage der Mehrheit des diplomatischen Departements.

Dr. Ammann. Ich muß mich sehr verwundern, warum ein so großes Gewicht auf diese Sache gelegt wird. Welche Gefahren sollten denn aus diesem Beschlusse erwachsen? Man sagt, derselbe wäre eine Verfassungsverletzung, und die Lehrer würden dadurch ihrem Zwecke entrückt. Was das Erstere betrifft, so kann ich diese Gefahr nicht darin finden, wir geben bloß der Verfassung eine Auslegung, welcher sie bedarf, und man wird in den Verhandlungen des Verfassungsrathes kein Wort davon finden, daß der §. 31 die Schullehrer nicht betreffen solle. Ferner möchte ich fragen: Unter welchen Stand will man denn die Lehrer setzen? Etwa unter die technischen Berufe, unter die Handwerker? Ihr Wissen muß doch vielseitig sein, vielseitiger, als das Wissen Desjenigen, der sich auf ein spezielles Fach gelegt hat, aber von den übrigen Fächern keine Notiz nimmt. Wenn man damit die Lehrer zu einem Parteitreiben in einem extremen Sinne verleiten möchte, so könnte ich dem auch nicht beistimmen; aber ist das gerade ein Parteitreiben, wenn sie alle zwei Jahre in geheimer Abstimmung Denjenigen ihre Stimmen geben, welche als Wahlmänner ihr Zutrauen besitzen? Ich empfehle also auch meinerseits den Antrag von Regierungsrath und Sechszehnern.

Bach. Es ist gesagt worden, vor dem Jahre 1831 seien die Schulmeister nicht patentirt worden. Das ist unrichtig, Viele derselben waren schon damals patentirt. Hätte also die Verfassung die patentirten Lehrer von der Befreiung vom Census ausschließen wollen, so würde sie es gethan haben. Was dann eine andere Bemerkung eines Präopinanten betrifft, so ist es mir wenigstens viel lieber, wenn junge Lehrer vor ihrem 23sten Altersjahre ihren ersparten Verdienst auf ihre weitere Fortbildung verwenden, als auf die Ansammlung von Kapitalien, und wenn sie das thun, so ist ihnen dann nicht zuzumuthen, sich bis zu dieser Zeit das Nöthige zu Bestreitung des Census zu sammeln.

von Tavel, Altschultheiß, als Berichterstatter. Die Sache ist allerdings wichtig, eben weil wir nicht eine Verfassung machen, sondern die Verfassung, welche besteht, auslegen sollen. Daß es sich da um ein Vorrecht handle, kann ich unmöglich annehmen, denn es fragt sich bloß: Gehört der Primarlehrer unter Diejenigen, welche nach der Verfassung kraft erhaltenen Patents stimmen können oder nicht? Warum, wenn das ein Vorrecht wäre, ist denn ein obrigkeitlicher Beamter, ist jeder Offizier, jeder Gemeindevorgesetzte von der Censusbescheinigung entbunden? Warum das? Weil es in der Verfas-

sung steht, und weil das Volk die Verfassung angenommen hat. Also ist da von keinem Vorrecht die Rede, sondern wenn die Primarlehrer unter Diejenigen gehören, welche für einen wissenschaftlichen Beruf patentirt sind, so gebührt ihnen das Stimmrecht laut Verfassung von Rechts wegen; im entgegengesetzten Fall gebührt es ihnen nicht. Nachdem nun aber drei Stunden lang über diese Frage debattirt worden ist, will ich Ihnen, Zit., den Entscheid anheim stellen. Ich für meine Person stimme mit Ueberzeugung zum Antrag von Regierungsrath und Sechszehnern.

Herr Landammann, um seine Meinung gefragt, erklärt ganz einfach, dem Antrage von Regierungsrath und Sechszehnern aus voller Ueberzeugung beizupflichten.

Abstim m u n g.

- | | |
|---|-------------|
| 1) Ueberhaupt einzutreten | Handmehr. |
| 2) Für den Antrag von Regierungsrath und Sechszehnern | 70 Stimmen. |
| Für den Antrag der Mehrheit des diplomatischen Departements | 61 „ |

Herr Landammann ersucht den Herrn Regierungsrath Dr. Schneider, sich nunmehr über die Annahme der gestern auf ihn gefallenen Wahl eines zweiten Tagungsgesandten zu erklären.

Dr. Schneider, Regierungsrath. Obgleich die materiellen Gründe, welche ich gestern angeführt habe, sich bis heute natürlich nicht verändert haben, so glaube ich dennoch, aus Gründen, die mir seither speziell angebracht wurden, mich zur Annahme zu erklären. Immerhin glaube ich, der Regierungsrath habe das Recht, im Falle außerordentliche Umstände eintreten sollten, mich durch einen außerordentlichen Gesandten zu ersetzen.

Ein Bericht des Militärdepartements enthält die Anzeige, daß dasselbe in Berücksichtigung der bedeutenden Truppenaufgebote und der damit verbundenen Einquartirungslasten, welche im verflossenen April stattfanden, beschloßen habe, im allgemeinen Interesse von den Wiederholungskursen und Musterungen, welche man früher in diesem Jahre abzuhalten beabsichtigte, abzustehen.

Auf die Vorträge des Militärdepartements wird

- 1) dem Herrn Oberstlieutenant E. Müller, von Nidau, Kommandanten des siebenten Landwehrbataillons, wegen zurückgelegten gesetzlichen Alters, und
- 2) dem Herrn D. Seuret, von Delsberg, Major des achten Auszügerbataillons, wegen geschwächter Gesundheit, die nachgesuchte Entlassung aus dem Militärdienste in allen Ehren u. durch's Handmehr ertheilt.

Auf den fernern Vortrag des Militärdepartements werden zu Stabsoffizieren durch's Handmehr befördert:

- 1) Zum Kommandanten des ersten Landwehrbataillons, Herr Major Regez;
- 2) zum Kommandanten des siebenten Landwehrbataillons, Herr Major E. B. Brugger, von Bern;
- 3) zum Major des ersten Landwehrbataillons, Herr Hauptmann D. E. Wyß, von Bern;
- 4) zum Major des zwölften Auszügerbataillons, Herr Aide-Major G. Bühler, von Aeschi, zu Neuenstadt;
- 5) zum Major des fünften Auszügerbataillons, Herr Hauptmann F. A. Lindt, von Bern; und endlich
- 6) zum Major des achten Auszügerbataillons, Herr P. F. Girardin, von Pruntrut.

Wahl eines Mitgliedes des Erziehungsdepartements an die wegen vollendeter Amtsdauer erledigte Stelle des Herrn Apothekers Guthnik.

Vorgeschlagen sind Herr Apotheker Guthnik und Herr Apotheker Feune zu Delsberg.

Von 109 Stimmen erhalten im ersten Skrutinium:

Herr Guthnik	70
„ Feune	11
„ Regierungsrath Aubry	2
u. s. w.	

Ernannt ist demnach im ersten Skrutinium durch absolutes Mehr Herr Apotheker Guthnik in Bern.

Auf die Vorträge der Justizsektion werden folgende Ehehindernißdispensationen ertheilt:

- 1) Dem C. Antener, von Orpund, mit 77 gegen 7 Stimmen.
- 2) Dem Joh. Bütigkofen, von Reiben, mit 80 gegen 8 Stimmen.

Dagegen werden folgende gleichartige Gesuche durch's Handmehr abgewiesen:

- 1) Der M. Studer, geb. Wenger, von Zäziwyl;
- 2) der E. Stucki, geb. Zahn, von Bomyl.

Ein fernerer Vortrag der Justizsektion, betreffend das Ehehindernißdispensationsgesuch des Herrn Johann Sterchi, gew. Hauptmanns, von Unterseen.

Derselbe war zum Zwecke seiner Verehelichung mit Susanna, geb. Ritschard, von Narmühle, geschiedenen Ehefrau des Schneiders Joh. Ritschard, bereits im Jahre 1835 mit einer Bitte um Dispensation von einem Ehehindernisse eingekommen, wurde aber damit abgewiesen, ließ sich hierauf zu Strassburg durch einen reformirten Geistlichen ehelich einsegnen, und tritt nun wiederholt mit dem Gesuche vor den Großen Rath, es möchte

seine Ehe hier anerkannt und ihm zu dem Ende die längst gewünschte Ehehindernißdispensation ertheilt werden. Die Mehrheit der Justizsektion findet nun, da durch das vom Amtsgerichte Interlaken am 4. April 1832 ausgesprochene und am 10. August desselben Jahres obergerichtlich bestätigte Urtheil, die Ehe der gewesenen Frau Ritschard und des Schneiders Joh. Ritschard, wegen Ehebruchs aufgelöst, die Ehefrau als der schuldige Theil erklärt, und Herr Sterchi als diejenige Person bezeichnet worden sei, mit welcher Frau Ritschard die Ehe gebrochen habe, so stehe dem vorliegenden Gesuche des Bittstellers ein Hinderniß entgegen, wovon der Große Rath eine Dispensation zu ertheilen nach den vorhandenen Gesetzen keineswegs befugt sei. Die Minderheit der Justizsektion dagegen trägt, da sie den der Frau Ritschard vorgeworfenen Ehebruch durchaus nicht als rechtsgenüßlich erwiesen ansieht, darauf an, daß dem vorliegenden Ehehindernißdispensationsgesuch entsprochen werden möchte. Der Regierungsrath pflichtet der Mehrheitsmeinung der Justizsektion bei und stellt sonach den Antrag auf definitive Abweisung dieses bereits zum dritten Male vor den Großen Rathe gebrachten Gesuches.

Nach einer einläßlichen Diskussion, in welcher die Minderheitsmeinung der Justizsektion von den Herren Obergerichter Imobersteg, Obergerichter Kurz und J. Michel, die Mehrheitsmeinung dagegen von den Herren Regierungsrath Jaggi, jünger, Obergerichter Marti, Altstaatschreiber May und Regierungsrath Leibundgut als Berichterstatter, verteidigt wird, pflichtet der Große Rath mit 86 gegen 34 Stimmen der letztern Meinung bei.

(Schluß der Sitzung nach 1¼ Uhr.)

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Commersitzung 1845. Zweite Hälfte.

(Nicht officiell.)

Fünfte Sitzung.

Freitag den 27. Brachmonat 1845.

(Morgens um 8 Uhr.)

Präsident: Herr Landammann Jaggi.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protokolls werden folgende Vorstellungen als eingelangt angezeigt:

- 1) Von fünf Ortsbeamten von Sigriswyl, in Betreff der Jesuitenaangelegenheit;
- 2) von Herrn Rechtsagent Schneeberger zu Alfoltern, das vom Großen Rathe seither bereits erlassene Freischaarendekret betreffend und zugleich den Wunsch enthaltend, daß den gefangen gewesenen Freischaaren das für sie bezahlte Lösegeld erlassen werden möchte;
- 3) von der Gemeinde Rötbenbach um eine Staatsbesteuer an die Oberey-Süderen-Schwarzeneggstraße.

Tagesordnung.

Herr Landammann zeigt vorerst an, daß er das für heute auf die Tagesordnung gesetzte Projektdekret über Ausschließung der Jesuitenzöglinge aus dem Staatsdienste theils wegen der geringen Zahl Anwesender, theils aus andern Gründen für einstweilen verschiebe, zumal dringendere Geschäfte vorhanden seien, und spricht zugleich den Wunsch aus, daß man sich in den noch bevorstehenden Diskussionen möglicher Kürze befleißigen möchte, damit nicht die Session noch bis in die nächste Woche hinein verlängert werden müsse.

In Genehmigung eines vom Regierungsrathe empfohlenen Mehrheitsantrages des Baudepartements beschließt der Große Rath sofort ohne Bemerkung durch's Handmehr, der Gemeinde Melchnau einen nachträglichen Staatsbeitrag von Fr. 3000 an die Ausführung der Straße zwischen Melchnau und der Luzernergrenze zu bewilligen.

Vortrag des Baudepartements, betreffend einerseits den Bau einer neuen Straße von Büren in die Lyßstraße und andererseits die Korrektur der Biel-Solothurnstraße von Bözingen über Lengnau bis an die Kantonsgrenze von Solothurn.

Dieser Vortrag berührt zuerst die schon unter der abgetretenen Regierung, so wie die seither wiederholt an den Großen

Rath gerichteten Vorstellungen der Gemeinden des Amtsbezirks Büren um Errichtung einer neuen Straße gegen die Hauptstadt. Die einen dieser Vorstellungen geben hinsichtlich der Richtung derjenigen Linie den Vorzug, welche von Büren über Schnottwyl (Kanton Solothurn), Wengi, Rapperswyl gegen die Lyßstraße führe, andere hingegen wünschen die Richtung nicht über Schnottwyl, sondern von Schwanden über Wierezwyl, Frauchwyl und Wengi. Es wird nun gezeigt, daß die erstere Linie die einzig rationelle und weitaus die zweckmäßigste sei, daß aber die Regierung des Kantons Solothurn in den darüber stattgehabten Unterhandlungen zwar die Bereitwilligkeit erklärt habe, bei der in Frage stehenden Straße, so weit sie durch solothurnisches Gebiet über Schnottwyl führe, mitzuwirken, unter dem Vorbehalte jedoch, daß gleichzeitig von Seite Bern's die Geneigtheit zur Korrektur der Straße von Lengnau bis Bözingen ausgesprochen werde.

I. Bern-Bürenstraße.

Die ganze Länge dieser Straße von Büren über Schnottwyl, Wengi, Rapperswyl in die Lyßstraße beträgt 45,139½ Fuß, wovon 10,024½ Fuß mit einem Gefälle von Null bis 1 %; 7031½ Fuß mit einem Gefälle von 1 bis 2 %; 6233½ Fuß mit einem Gefälle von 2 bis 3 %; 2497½ Fuß mit einem Gefälle von 3 bis 4 %, und 19,352½ Fuß mit einem Gefälle von 4 bis 5 %. Die Kosten für die Arbeit, für Landentschädigungen und für Unvorhergesehenes sind, so weit sie den Kanton Bern betreffen, auf Fr. 125,000 angeschlagen, die Fahrbahnbreite ist auf 20 Fuß berechnet. Die Gemeinde Büren hat erklärt, alles Gemeindland für diesen Straßenbau unentgeltlich zu überlassen, so daß die Kosten für die Landentschädigungen sich um ungefähr Fr. 2863 vermindern werden.

Zufolge dieser neuen Straßenlinie würde die Entfernung von Bern nach Büren 82,061 Fuß oder 5⅓ Wegstunden betragen. Der jetzige sehr mangelhafte und mit größern Wagen kaum zu befahrende, sonst kürzeste Weg über die Neubrücke, Ortswaben, Schüpfen, Frauchwyl und Dießbach mißt 94,786 Fuß, und die von der Güterfuhr einzuschlagende Straße von Bern über Narberg und Lyß bis Büren beiläufig 116,000 Fuß oder dann von Bern durch die Enge, die neue Münchenbuchsee- und Lyßstraße über Lyß bis Büren 108,001 Fuß.

II. Bözingen-Lengnaustraße.

Wie bereits bemerkt, hat sich der Stand Solothurn mit Bestimmtheit dahin ausgesprochen, daß er sich bei der neuen Bürenstraße über Schnottwyl (für eine Länge von 12,815½ Fuß) nur in dem Falle betheilige, wenn Bern das zwischen der neuen Leberbergstraße von Solothurn bis Grenchen, und der neuen Bielfeststraße von Bözingen abwärtsliegende, in sehr mangelhaftem Zustande befindliche Straßenstück zu verbessern übernehmen wolle. Aber auch abgesehen hiervon, scheint es wohl kaum der Würde des Kantons Bern angemessen, ein in schlechtestem Zustande befindliches Straßenstück zwischen zwei schönen

neuen Straßen länger bestehen zu lassen. Ob nun die Bielseestraße im Interesse des Kantons Bern liege, oder nicht, diese Frage sei hier nicht zu berühren, sondern da sie nun einmal bestehe, so werde man ihre unmittelbare Fortsetzung über Pieterlen und Lengnau wohl nicht länger im gegenwärtigen, stellenweise gefährvollen, Zustande fortbestehen lassen wollen. Die Gesamtlänge dieses Straßenstücks beträgt 29,107 Fuß, die Gesamtkosten belaufen sich auf Fr. 92,936. 39, worin freilich sechs Gebäulichkeiten zu Pieterlen und Lengnau nicht inbegriffen sind.

Das Baudepartement und der Regierungsrath tragen demnach darauf an, daß der Große Rath erkenne:

- 1) Es solle von Büren in die Lyßstraße eine neue Straße nach Maßgabe der aufgenommenen Pläne und Devise erbaut und dafür Fr. 125,000 bewilligt;
- 2) es solle ferner für die Korrektur der Biel-Solothurnstraße von Bözingen über Lengnau bis an die Kantonsgrenze von Solothurn nach den vorliegenden Plänen und Devisen eine Summe von Fr. 100,000 bewilligt werden.
- 3) Für beide Bauten wird das Expropriationsrecht erteilt in dem Sinne, daß dasselbe nicht nur für das speziell für die Straße in Anspruch zu nehmende Land, sondern auch für die Anlage von Griengruben und das zum Baue der Straße erforderliche Material angewendet werden kann.
- 4) Keine der Bauten soll angefangen werden, ohne vorhergegangene Ausmittlung der Landentschädigungen, sei es in Minne oder auf dem Wege der Expropriation.
- 5) Kleinere im Interesse des Baues liegende Abweichungen von Plan und Devise darf das Baudepartement vornehmen.

Bigler, Regierungsrath, als Berichterstatter, entschuldigt vorerst die Weitläufigkeit dieses Vortrages mit den großen Summen, um welche es sich dabei handle, und empfiehlt die Schlüsse desselben angelegentlich zur Annahme, indem er beifügt, er sei vorhin gefragt worden, ob nicht allfällig hinsichtlich der Bürenstraße Hintergedanken obwalten, nämlich die Bern-Surastraße über Büren zu führen. Dieses sei keineswegs der Fall, diese Linie würde für eine solche große Hauptstraße nicht entsprechen, da sie zu viel Gefälle darbiete und nur 20 Fuß Breite erhalten solle. Pläne und Devise für die Fortsetzung der Lyßstraße bis nach Bözingen seien übrigens bereits vollständig fertig, und zwar sowohl für die direkte Richtung, als auch für diejenige über Biel nach Bözingen, und wahrscheinlich werden dieselben bereits in der nächsten Sitzung des Großen Rathes vorgelegt werden können.

May, gewesener Staatschreiber. Ohne auf die Sache selbst im E geringsten einzutreten, glaube ich doch, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen zu sollen, wo uns diese Sache gebracht wird. Wir haben im letzten November ein Budget behandelt für das Jahr 1845; dasselbe zeigt einen muthmaßlichen Excedent der Ausgaben von ungefähr Fr. 30,000. Seither haben wir für Militärausgaben, Straßensachen u. noch ungefähr Fr. 200,000 votirt, die nicht auf dem Budget stehen. Es fragt sich nun: Will man fernerhin ein Gewicht auf das Budget legen oder nicht? Im letztern Falle sollte man lieber keine Zeit mehr mit Budgetberathungen verlieren; sollte aber das System alljährlicher Budgets auch in Zukunft beibehalten werden, wo man approximativ die Einnahmen und Ausgaben je des folgenden Jahres zum Voraus berechnet, um den Staatshaushalt danach einzurichten, so sollte man dann nicht hintenher mit so bedeutenden Ausgaben hier erscheinen, denn sonst ist das eine Anticipation auf das künftige Jahr. In allen Staaten tadelt man aber das System der Anticipation, also hüten wir uns davor. Der Sache selbst bin ich durchaus nicht entgegen, Büren soll so gut eine Verbindung mit der Hauptstadt u. haben, als andere Theile des Kantons; allein es wartet noch manches Andere auf uns; da ist ein Plan zu einer Tessenbergstraße, erst kürzlich ist eine abermalige Petition um Verbesserung der Bern-Murtenstraße eingelangt. Ferner sagt man uns so eben, es liegen Pläne und Devise bereit für eine Straße nach dem Sura. Dann vernimmt man sogar, daß von Eisenbahnen die Rede ist. Ich zweifle aber sehr daran, daß unsere Einnahmen dem Allem bezeugen werden. Also soll man einstweilen bei Demjenigen

bleiben, was laut Budget bereits für das Jahr 1845 erkannt ist. Alsdann wird es sich bei Berathung des Budgets für das Jahr 1846 zeigen, welche Summen für derartige Zwecke disponibel bleiben. Bis jetzt hat man ferner den Grundsatz befolgt, vorzugsweise da Straßen zu bauen, wo Beiträge von Gemeinden und Partikularen zu erwarten seien. Hier finde ich nun nichts dergleichen außer dem angebotenen Stücke Gemeinde-land der Stadt Büren. Beiläufig muß ich noch an Etwas erinnern, woran ich schon oft bei solchen Anlässen, wiewohl vergeblich, erinnert habe. Unsere Departementalgesetze enthalten die Vorschrift, daß bei solchen Ausgaben vorerst das Finanzdepartement angefragt werde, ob die dazu erforderlichen Mittel vorhanden seien. Wäre diese Vorschrift jetzt befolgt worden, so würden wir sehr wahrscheinlich einen Vortrag des Finanzdepartements bei den Akten sehen, worin uns gesagt würde, wir haben uns bei der Berechnung des Budgets um einige hunderttausend Franken geirrt, und es zeige sich jetzt, daß wir diese Ausgabe ja freilich machen können. Man muß nicht vergessen, daß bei allem Solchen die Finanzen im Hintergrunde stehen; also muß man auf die Finanzen sehen. Obnehin spricht man von sechs oder sieben Millionen Kapital, die man für die Liquidation der Zehnten und Bodenzinse u. werde einschlagen wissen. Ich trage also darauf an, daß der Gegenstand verschoben werde bis nach Vorlegung des Budgets für das Jahr 1846.

von Tavel, Altschultheiß. Es ist vielleicht das zwanzigste Mal seit fünfzehn Jahren, daß ich gegenüber dem Herrn Präopinanten stets den nämlichen Antrag desselben angreifen muß. Jedesmal beinahe, wenn eine solche Ausgabe im Laufe des Jahres kommt, erheben sich die gleichen Stimmen, ohne zu untersuchen, ob der Gegenstand dringend sei und gerechten Wünschen entspreche, sondern nur aus Besorgniß, unsere Finanzen möchten nicht hinreichen. Ich habe darauf immer die gleiche Antwort erteilt; wer von Ihnen sich auf die Standesbuchhalterei verlegt, wird sich dort überzeugen, daß trotz der vielfachen Besorgnisse, welche man seit fünfzehn Jahren über unseren Finanzzustand stets geäußert hat, eine bedeutende Ersparniß gemacht worden ist. Noch leztlich lag ein Bericht des Finanzdepartementes vor Staatswirtschaftskommission, welchem zufolge von 1832 bis 1844 bloß drei Jahre waren, in welchen die Ausgaben die Einnahmen überstiegen, während hingegen in den übrigen neun Jahren das umgekehrte Verhältniß stattgefunden hat. Daher erzeigt sich eine Ersparniß von einer Million auf den laufenden Ausgaben gegenüber den laufenden Einnahmen, und zwar sind darin nicht gerechnet die Ersparnisse vom Gewinne auf realisirten fremden Fonds. Daß man also deswegen nicht in den vorliegenden Antrag eintreten solle, weil das Budget für das Jahr 1845 bereits eine Mehrausgabe erzeige, wird widerlegt durch beinahe alle bisherige Jahresrechnungen. Unsere sorgfältige Finanzverwaltung pflegt eben aus ähnlicher Besorgniß die muthmaßlichen Einnahmen immer ziemlich niedrig, die muthmaßlichen Ausgaben hingegen hoch anzusetzen, während dann die Rechnungen selbst meistens ein weit günstigeres Resultat zeigen. Wenn wir übrigens heute die Fr. 225,000 bewilligen, so wird Ihnen der Herr Präsident des Baudepartementes sagen, daß von dieser Summe im Laufe dieses Jahres wahrscheinlich keine Bz. 5 werden ausgegeben werden. Das liegt in der Natur der Sache. Also auf das heurige Jahr wird der heutige Beschluß keinen Einfluß haben, und es fragt sich lediglich: Ist unser Finanzzustand so beschaffen, daß wir zu solchen Ausgaben schreiten können, und ist die Ausgabe durch das Bedürfniß gerechtfertigt? Die Besorgnisse vor einem neuen Finanzsysteme und vor Millionen, die man dabei verschleudern werde, sind gewiß ungegründet. Zum Behufe der Zehntliquidation werden allerdings Millionen angewendet werden, aber nicht, um den Zins davon zu verlieren, sondern diese Millionen werden in Zukunft dann einen weit höhern Zins abwerfen, als gegenwärtig. Heute ist es aber nicht darum zu thun, Dieses zu erörtern, sondern diese Frage wird einfließen noch im ganzen Lande herum erörtert werden. Nun noch einige Worte über die Sache selbst. Seit fast einem Jahrhunderte schon ist vom Amtsbezirke Büren eine Verbindungsstraße mit Bern und dem Emmenthale u. verlangt worden. Sie

wissen, Zit., wie dieser Bezirk beinahe abgeschnitten ist und aller fahrbaren direkten Verbindungen mit dem übrigen Kantone entbehrt. Daher sind Vorstellungen über Vorstellungen immerfort eingelangt, und endlich sind wir nach langen Beratungen, Unterthungen und Forderungen dahin gekommen, Ihnen, Zit., eine Verbindungsstraße vorzuschlagen. Diese Straße ist genommen nach der kürzesten Linie; was man ihr vorwirft, ist, daß sie zum Theil durch einen andern Kanton geht. Dieser Einwurf ist aber nicht von der Art, um uns abzuhalten, die Sache zu genehmigen. Wir haben die Zusicherung Solothurns bereits, daß es das betreffende Straßenstück auf eigene Kosten ausführen werde. Andererseits ist die Besorgniß geäußert worden, Solothurn könnte dann früher oder später den Transit auf dieser Linie hemmen wollen. Von einem eidgenössischen Stande, wie Solothurn, ist Das vorerst wohl nicht zu erwarten; sollte aber je so etwas stattfinden wollen, so bedenken Sie, Zit., daß der Kanton Solothurn, welcher in seiner größten Ausdehnung vom Kanton Bern umringt ist, sich zweimal besinnen wird, denn der Kanton Bern wäre dann im Stande, gehörige Repressalien zu ergreifen. Freilich sind unter den eingelangten Vorstellungen auch solche, welche eine andere Richtung gewünscht hätten; aber nach genauer Untersuchung und Prüfung der Sache hat es sich gezeigt, daß die vorgeschlagene Richtung die geradeste und zweckmäßigste ist. Die von Solothurn hiebei gemachte Bedingung ist freilich etwas lästig, nämlich daß die Verbesserung der Straße zwischen Lengnau und Bözingen ebenfalls gemacht werde. Allein Jedermann wird darüber einig sein, daß es früher oder später jedenfalls dazu hätte kommen müssen, indem der bisherige Uebelstand auf diesem Straßenstücke unmöglich länger dauern kann. Uebrigens dann spricht auch die Gerechtigkeit dafür, daß endlich den vielfachen Wünschen des Amtsbezirkes Büren entsprochen und daß der bisherigen Vernachlässigung desselben ein Ende gesetzt werde. Die Beiträge, welche vom Herrn Präopinanten hier verlangt worden sind, leistet der Amtsbezirk Büren schon seit langen Jahren. Wer bedenkt, wie schwer die Bodenzinse, Zehnten u. auf dieser Gegend lasten, der wird begreifen, daß die Beiträge zu einem Straßenbau nicht so groß sein können. Aus allen diesen Gründen hoffe und erwarte ich, daß Sie, Zit., den übereinstimmenden Anträgen der vorberatenden Behörden beipflichten werden.

Bigler, Regierungsrath, als Berichterstatter. Ich kann füglich auf den Schlußbericht verzichten; bloß soll ich in Betreff des Budgets beifügen, daß es allerdings nicht wohl möglich sein wird, noch in diesem Jahre etwas von der verlangten Summe auszugeben, denn vorerst müssen noch die Landentschädigungen ausgemittelt werden, muß die Ausschreibung der Arbeit erfolgen u. u., was alles mehrere Monate wegnimmt. Uebrigens werden Straßenbauten von dieser Art und von dieser Ausdehnung nicht in einem Jahre vollendet, also wird sich die Ausgabe immerhin auf drei oder vielleicht vier Jahre vertheilen.

A b s t i m m u n g.

- | | |
|--|--------------|
| 1) Heute in den Gegenstand einzutreten | 100 Stimmen. |
| Zu verschieben | 7 " |
| 2) Für Genehmigung des vorliegenden Antrages | Handmehr. |

Vortrag des Baudepartements, betreffend das Gesuch der Gemeinden Ittigen, Ostermundigen, Bern und Muri, daß der Unterhalt der sogenannten Zollstraße noch fernerhin dem Staate überlassen bleiben möchte.

Dieser Vortrag betrifft das von den genannten Gemeinden an den Großen Rath gerichtete Ansuchen, daß der Regierungsrath angewiesen werden möchte, seinen Beschluß vom 10. März 1844, wodurch die sogenannte Zollstraße in die vierte Klasse versetzt und den erwähnten Gemeinden zum Unterhalt wieder zugestellt wurde, dahin abzuändern, daß der Unterhalt jener Straße auch fernerhin dem Staate überlassen bleiben möchte. Darauf gestützt, daß das früher vorhanden gewesene Motiv, den Unterhalt der Zollstraße jenen Gemeinden abzunehmen, nämlich der frühere Zollbezug auf derselben, seit der Einführung des neuen Zollgesetzes, weggefallen sei, daß sodann diese

Straße durch das neue Straßennetz in der Nähe der Stadt Bern ihre frühere Bedeutung verloren habe, daß übrigens auch in formeller Beziehung der Regierungsrath nach Mitgabe des Straßengesetzes die ausdrückliche Befugniß besitze, die Straßen in die verschiedenen Klassen einzutheilen und in der Folge nöthig gewordene Abänderungen an den früher getroffenen Bestimmungen vorzunehmen, stellen die vorberatenden Behörden den Antrag auf Tagesordnung.

Bigler, Regierungsrath, als Berichterstatter, weist nach Anleitung des schriftlichen Vortrags die Unbegündetheit des fraglichen Gesuches nach, und zwar in materieller Hinsicht, weil diese Zollstraße nach den klaren Vorschriften des Straßengesetzes weder unter die erste, noch unter die zweite, noch unter die dritte Kategorie der vom Staate zu unterhaltenden Straßen fallen könne, und überdies die petitionirenden Gemeinden sämmtlich bereits genug Straßen, welche vom Staate unterhalten werden, besitzen, und in formeller Hinsicht, weil nach den Bestimmungen des nämlichen Gesetzes der Regierungsrath kompetent sei, die Frage von sich aus zu entscheiden.

Auf Verlangen des Herrn Dr. Lehmann wird das Gesuch der genannten Gemeinden abgelesen.

Simon, Altlandammann, will die Kompetenz des Regierungsrathes nicht bestreiten, bestreitet aber, daß die Verfügung des Regierungsrathes nach dem Sinne und Wortlaute des Gesetzes getroffen worden sei. Die Zollstraße gehöre allerdings weder in die erste noch in die dritte Klasse, wohl aber in die zweite. Nämlich von der Zürichstraße in die Thunstraße oder in die Oberemmenthalstraße führen nur zwei Wege, entweder durch das Bollgässlein oder durch die Alee und die Schoßhalde. Nun werde keiner dieser beiden Verbindungswege vom Staate unterhalten, da nun aber jeder derselben zur Verbindung verschiedener Amtsbezirke unter einander diene, so verlange das Gesetz, daß wenigstens einer davon vom Staate unterhalten werde. Gegen die Uebernahme der Zollstraße durch den Staat werde vom Baudepartement der Mangel an hinreichender Breite derselben eingewendet. Allein zu mehrerer Erleichterung der Gemeinden sei seiner Zeit mit Genehmigung des Regierungsrathes von einer stringenten Auslegung des Gesetzes, wonach eine Straße, um vom Staate übernommen zu werden, die für die betreffende Klasse vorgeschriebene Breite haben müsse, abstrahirt und das Gesetz so ausgelegt worden, der Staat nehme die Straßen ab, sobald die Fahrbahn in gehörigem Zustande sei. Diese Auslegung sei manchen Gegenden, namentlich dem Oberlande, zu gute gekommen, und mithin sei der Mangel an Breite kein Grund gegen das Gesuch der betreffenden Gemeinden. Der Redner schließt demnach dahin, das vorliegende Gesuch dem Regierungsrathe zu gehöriger Beachtung zurückzuführen.

Jaggi, Regierungsrath, jünger, unterstützt diesen Antrag, indem er die vom Herrn Präopinanten angeführten Gründe noch des Näheren beleuchtet. Wenn der Staat diese Straße darum nicht mehr unterhalten wolle, weil kein Zoll mehr darauf bezogen werde, so könne man eben so gut auch den Unterhalt der großen Aargauerstraße den Gemeinden wiederum aufsalzen. Was die Breite betrifft, so scheine das Baudepartement dieselbe hinreichend gefunden zu haben, als es früher diese Straße abnahm. Der Staat unterhalte noch gegenwärtig andere Straßen, welche, wie diejenige von Bächigen nach Worb, weder so breit, noch für den Verkehr so wichtig seien, wie die Zollstraße. Es liege auch in dem angefochtenen Beschlusse des Regierungsrathes eine große Ungerechtigkeit gegen die Gemeinde Bolligen, welche nicht nur früher ungeheure Opfer für den Straßenunterhalt bringen mußte, während der Staat den Zoll bezog, sondern welche überdies, wie sie es im Jahr 1832 bewiesen, der neuen Ordnung der Dinge sehr zugethan sei.

Dr. Lehmann unterstützt den Antrag des Herrn Altlandammanns Simon ebenfalls, indem es für einen Bezirk, welchem der Staat früher eine Straße abgenommen, höchst schmerzhaft sein würde, dieselbe wiederum übernehmen zu müssen. Durch das neue Straßennetz in der Nähe der Stadt Bern, wodurch der betreffende Bezirk eher noch mehr abgeschnitten werde,

werde das Bollgäßlein nicht überflüssig, sondern es diene immerhin noch zu wesentlicher Verbindung mehrerer Gemeinden und Amtsbezirke in verschiedenen Richtungen, und namentlich für die Steinfuhren aus der Stockerengrube. Der Kostenspunkt dann sei doch auch nicht so wichtig, um einen bedeutenden Bezirk deshalb vor den Kopf zu stoßen.

von Erlach glaubt nicht, daß nach Vollendung der Worblausenstraße Niemand mehr von da durch das Bollgäßlein nach dem Oberlande und dem Oberemmenthal fahren werde, wie das Baudepartement behaupte, denn auch alsdann sei der Weg durch das Bollgäßlein immer noch bedeutend näher, als derjenige durch die Allee und die Schoßhalde. Die geringe Breite sei kein Grund gegen die Uebernahme durch den Staat, der Staat könne ja diesen Weg breiter machen wie andere auch.

Mühlemann, Regierungskathhalter, fragt, ob denn die Eintheilung der Straßen in die verschiedenen Klassen Sache des Gesetzgebers sei. Dafür seien die Vollziehungsbehörden da, der Große Rath habe sich nicht damit zu befassen.

Man, gewesener Staatschreiber, erwiedert hierauf, der Große Rath könnte dann noch über gar manche Vorstellung von Gemeinden ruhig weggehen; der Regierungsrath sei allerdings kompetent, die Straßen nach Vorschrift des Gesetzes zu klassifizieren, die Petenten glauben aber, im vorliegenden Falle stimme der Beschluß des Regierungsrathes nicht mit dem Gesetze überein. Darüber solle also der Große Rath entscheiden.

Bigler, Regierungsrath, als Berichterstatter, bemerkt vorerst in Betreff der Kosten, daß es sich allerdings nur ungefähr um eine jährliche Wegmeisterbesoldung dabei handle. Nach Vollendung der Worblausenstraße werde gewiß Niemand von dort hinweg zur Papiermühle hinunterfahren, um das Bollgäßlein, welches uneben sei etc., zur Verbindung mit den obern Gegenden zu benutzen, sondern Jedermann werde lieber durch die Allee und die Schoßhalde fahren. Wenn der Staat die Straße von Worb bis Boll übernommen habe, so dürfe man dabei nicht vergessen, daß dieselbe eine ziemlich bedeutende Wichtigkeit erhalten werde, wenn einmal die Krauchthal-Vollstraße fertig sei. Ob die Gemeinde Bolligen politisch gut sei oder nicht, danach hat das Baudepartement, welches nicht eine politische Behörde sei, nicht zu fragen, sonst müßten alle solchen Sachen jeweilen zuerst noch an das diplomatische Departement gewiesen werden. Das Baudepartement und der Regierungsrath finden aber, der Beschluß des Regierungsrathes sei auf das Gesetz gegründet.

Abstim m u n g.

Für Tagesordnung	54 Stimmen.
Für gefallene Meinungen	46 „

Vortrag des Baudepartements, betreffend den Bau einer steinernen Brücke über die Aare in der Tiefenau.

Der Vortrag enthält im Wesentlichen Folgendes:

Auf den weitläufigen gedruckten Vortrag des Baudepartementes vom 2. Hornung 1844, betreffend die Verbindung der Hauptstadt Bern mit der Lyßstraße und den Aarübergang in der Tiefenau, erkannte der Große Rath im Grundsatz den Bau einer steinernen Brücke daselbst, beauftragte jedoch den Regierungsrath, in der nächsten Sitzung des Großen Rathes Bericht zu erstatten, um wie viel höher die Kosten der steinernen Brücke steigen würden, wenn dieselbe bei der im vorgelegten Plane angenommenen Breite um zehn bis fünfzehn Fuß höher erbaut werden sollte etc. Um die oben bezeichnete, vom Großen Rathe erheblich erklärte Frage, sowie überhaupt das ganze Brückenprojekt einer nochmaligen gründlichen und allseitigen Prüfung und Bearbeitung zu unterwerfen, wurde sowohl an Herrn Ingenieur Müller von Altorf das Ansuchen, als dem technischen Bureau der Auftrag erteilt, vollständig ausgearbeitete und berechnete Brückenprojekte auszuarbeiten. Bereits unter'm 3. Mai 1844 sandte Herr Lelevel ein Projekt ein, welches sich von den früheren dadurch unterscheidet, daß dasselbe statt einer Höhe von 92 Fuß eine solche von 102 Fuß, und zu Vermeidung der großen und langen Stützmauern statt drei Bogen fünf Bogen vorschlägt.

Die Kosten sind ungeachtet der Erhöhung von zehn Fuß auf circa Fr. 368,000 berechnet u. s. w. Herr Ingenieur Müller, welcher sein Projekt im Hornung 1845 vorlegte, hat im Ganzen genommen die nämlichen Dispositionen, wie Herr Lelevel angenommen, dagegen aber steigt dessen Kostenberechnung auf Fr. 463,000. Beide Herren sind darin einig, daß eine Erhöhung von zehn Fuß zweckmäßig sei und im Interesse des ganzen Straßenzuges liege u. s. w. Diese übereinstimmende Ansicht zweier sachkundiger Männer veranlaßte auch das Baudepartement, bei der neuen in Arbeit begriffenen Tannenstraße diese Brückenhöhe von 102 Fuß als Normalhöhe anzunehmen und die daberigen Arbeiten demgemäß zu bestimmen etc. Das Baudepartement hielt es indessen nicht für überflüssig, jene beiden Projekte einer Kommission von Sachverständigen zu unterlegen. Diese aus den Herren Ingenieurs Gatschet, Immer, Hug und Lelevel zusammengesetzte Kommission entsprach dem erhaltenen Auftrage mit Beförderung, und die drei ersten Ingenieurs schlugen im Gegensatz zu den vorhandenen Arbeiten eine Brücke mit nur drei Bogen vor, während Herr Lelevel bei dem von ihm entworfenen Projekte hauptsächlich wegen des Kostenspunktes stehen blieb. Sie giengen von der Ansicht aus, daß das Projekt des Herrn Müller die Lokalität und die mit der Brücke im Zusammenhange stehenden Straßenanlagen zu wenig berücksichtige, und daß dasjenige des Herrn Lelevel zu leicht und lustig sei und in Betreff der Fundationen Schwierigkeiten darbiete, welche theilweise vermieden werden könnten, wenn die Bogen größer gemacht würden, und so nur zwei Pfeiler statt vier in die Aare zu stehen kämen. Auf diese Grundlagen gestützt und von der Ansicht ausgehend, daß dem ganzen Bau mehr der Charakter einer in schönem Verhältnisse dastehenden Brücke, als derjenige eines Viadukts gegeben werden möchte, entwarfen sie die Skizze einer Brücke von 102 Fuß Höhe mit drei Bogen, jeder von 83 Fuß Weite und mit den entsprechenden Wiederlagern.

Dem Baudepartemente schien dieser letzte Entwurf sowohl in Betreff seiner Festigkeit, als seiner Schönheit der empfehlenswerthe; es getraute sich jedoch nicht, denselben vollständig ausarbeiten zu lassen etc., ohne vorher noch die Ansicht eines unserer ersten schweizerischen Sachverständigen darüber vernommen zu haben. Es wurden deshalb sämmtliche drei Projekte dem Herrn Oberstquartiermeister Dufour als Oberexperten zugesandt. Unterm 29. April 1845 reichte derselbe seinen ausführlichen Bericht ein, in welchem mit Klarheit die drei Projekte jedes einzeln behandelt und unter sich verglichen werden. (Es folgen nun Auszüge aus dem Berichte des Herrn Dufour über die drei Projekte, aus welchem sich ergibt, daß Herr Dufour den Projekt des Herrn Gatschet denjenigen der Herren Müller und Lelevel in allen Hinsichten vorzieht. „Prenant tous ces motifs en considération je suis conduit, même en ne m'arrêtant qu'aux plus essentiels, à croire que le projet le mieux adapté aux localités, le plus conforme aux règles de l'art et en définitive le plus économique est le projet C. — Gatschet u. s. w.“)

Auf diese gewiß kompetente Empfehlung des Projektes C. der Expertenkommission hin erteilten wir Herrn Ingenieur Gatschet den Auftrag, dasselbe vollständig auszuarbeiten und dabei den Schlußbemerkungen des Herrn Dufour alle diejenige Rechnung zu tragen, welche im Interesse eines schönen, großartigen, zweckmäßigen und billigen Baues liegen mögen. Der nun also ausgearbeitete Projekt liegt jetzt vor u. s. w.

Die Hauptverhältnisse dieses hier zur Annahme empfohlenen Brückenprojektes stellen sich also heraus:

Ganze Länge der Brücke mit Inbegriff der Wiederlager	500'
Ganze Länge der Brücke zwischen den Wiederlagern	306'
Höhe der Brücke über dem niedersten Wasserstande	102'
Ganze Breite der Brücke	33'
Innere „ „	31' 5"
Fahrbahnbreite	25' 75"
Fußsteigbreite	5' 75"
Spannweite der einzelnen Bogen	83'
Dicke der Pfeiler	16'

Die Gesamtkosten der Brücke betragen mit Inbegriff des Unvorhergesehenen . . . Fr. 442,000.
 Bei Berechnung des für die ganze Straßenanlage bewilligten Betrages waren für die Brückenarbeiten vorgeschlagen . . . 370,000.
 Mehrkosten des vorliegenden um 10' erhöhten Brückenprojektes . . . Fr. 72,000.

Nach den Ansichten des Baudepartementes verdient nun das von Herrn Gatschet ausgearbeitete Projekt entschieden den Vorzug. Es ist das Produkt wiederholter Vergleichen und reiflicher Untersuchungen. Der Hauptvorzug desselben besteht darin, daß die verengte Fahrbahn nur 306 Fuß lang ist, während diejenige der übrigen Projekte 400 Fuß und mehr beträgt. Ferners sind die einzelnen Ansätze so berechnet, daß eber Ersparnisse, als Mehrkosten erwartet werden dürfen. Ein anderer Vorzug besteht darin, daß dieses Projekt sich durch seine schönen Verhältnisse und durch seine ruhige Einfachheit auszeichnet und wirklich den Charakter einer Brücke hat, während das Projekt mit fünf Bogen weniger einer Brücke, als vielmehr einem, im Verhältnisse zu seinen übrigen Dimensionen schmalen Viadukt ähnlich sieht. Es ist zwar dieser Vorzug Sache des Geschmacks, und es läßt sich denken, daß in dieser Beziehung das fünfboogie Projekt einzelnen Personen besser gefallen kann; es wird indessen auch hier die Ansicht angesehener Techniker den Ausschlag geben, und diese sprechen sich unbedingt für das Projekt mit drei Bogen aus als dasjenige, welches die Anforderungen der Schönheit, Festigkeit und Billigkeit am meisten in sich vereinigt.

Aus diesen Gründen beehren wir uns, bei Ihnen, Zit., anzutragen, Sie möchten sich im Laufe der gegenwärtigen Großrathssitzung dahin verwenden, daß der Große Rath erkenne:

- 1) Es soll die steinerne Tiefenaubrücke nach den von Herrn Ingenieur Gatschet ausgearbeiteten und vom Juni 1845 datirten Plänen und Devis in einer Höhe von 102 Fuß und mit drei Bogen erbaut werden.
- 2) Zu diesem Ende wird zu der bereits für diesen Bau bewilligten Summe von Fr. 370,000 nachträglich Fr. 72,000 bewilligt und demnach die ganze Summe auf Fr. 442,000 erhöht.
- 3) Sollten sich im Laufe der Arbeit kleine Abänderungen von Plan und Devis als notwendig und im Interesse des Baues liegend ergeben, so ist das Baudepartement ermächtigt, dieselben vorzunehmen.
- 4) Für den Bau der Brücke, sowie für die Gewinnung und die Zufuhr des erforderlichen Materials wird für alle die Fälle, wo die Entschädigungen nicht in billiger Weise und auf freundlichem Wege ausgemittelt werden können, das Expropriationsrecht erteilt.

Bern, 25. Juni 1845.

(Unterschriften.)

Vom Regierungsrathe genehmigt und mit Empfehlung vor den Großen Rath gewiesen.

Bern, 26. Juni 1845.

(Unterschriften.)

Bigler, Regierungsrath, als Berichterstatter, empfiehlt aus dem Vortrage enthaltenen Gründen die Schlüsse desselben zur Genehmigung.

Durch's Handmehr genehmigt.

Auf den Vortrag der Justizsektion wird nun die mit den Beschlüssen des Großen Rathes vom 24. Juni lezhin in Uebereinstimmung gebrachte Redaktion des Dekrets, betreffend die Freischaaren, definitiv durch's Handmehr genehmigt.

Ein Dekretsentwurf des Finanzdepartements, betreffend mehrere nachträgliche Modifikationen des Zollgesetzes, wird mit der vom Herrn Berichterstatter Regierungsrath Jaggi, jünger, selbst beantragten Abänderung, daß das

Dekret auf 1. Juli 1845, anstatt auf 1. Januar 1846, in Kraft treten solle, sofort ohne Einsprache durch's Handmehr genehmigt.

Ein fernerer Dekretsentwurf des Finanzdepartements, wonach die Besoldung des Ingenieur-Verificateur für den leberbergischen Kadaster auf Fr. 1600 erhöht werden soll, wird sofort ohne Bemerkung durch's Handmehr genehmigt.

Ebenso wird in einem nunmehr vorgelegten Dekretsentwurfe des Finanzdepartements darauf angetragen, die Besoldung des Zoll- und Obmgeldverwalters auf Fr. 2000 nebst freier Wohnung zu erhöhen und die Entschädigung für freie Wohnung, im Falle die letztere vom Staate nicht geliefert werde, auf Fr. 500 zu bestimmen.

Jaggi, Regierungsrath, jünger, als Berichterstatter, empfiehlt den Antrag zur Annahme, zumal es nicht billig sein würde, daß der Chef der Zollverwaltung bei gleich großer Verantwortlichkeit dennoch weniger besoldet sein sollte, als andere Chefs von Zweigen der Finanzverwaltung; zugleich trägt der Herr Berichterstatter darauf an, daß auch dieses Dekret auf den 1. Juli in Kraft treten möchte.

Eschbold möchte wenigstens für einstweilen in den vorliegenden Antrag nicht eintreten; das Land sei den ewigen Besoldungserhöhungen nicht geneigt, und namentlich der Oberzollverwalter, welcher noch gar nicht seit Langem seinen Posten bekleide, sollte sich einstweilen wenigstens begnügen und zuerst sehen, wie es mit dem neuen Zollwesen gebe. Allzuhohe Besoldungen erwecken in den Leuten nur die Sucht nach Staatsämtern.

Jaggi, Regierungsrath, jünger, spricht als Berichterstatter die Ueberzeugung aus, daß der Oberzollverwalter auch mit der neuen Besoldung bei weitem nicht auskommen werde, er müßte sich denn ganz anders einrichten, als andere Leute ic. Wenn man nicht bloß Beamte aus dem betreffenden Orte selbst wolle, so müsse man dieselben gehörig besolden; besolde man sie zu wenig, so würde man das Regiment zuletzt wiederum in diejenigen Hände zurückgeben, aus welchen man es im Jahre 1831 empfing. Uebrigens dann verstehe es sich von selbst, daß in Folge der Besoldungserhöhung die Stelle neuerdings werde ausgeschrieben werden.

A b s t i m m u n g .

- | | |
|--|-------------|
| 1) Einzutreten | Mehrheit. |
| Dagegen | 11 Stimmen. |
| 2) Für den Antrag des Finanzdepartements und des Herrn Berichterstatters | Handmehr. |

Vortrag der Polizeisektion über das Begnadigungsgesuch der wegen Kindesmordes zum Tode verurtheilten Anna Wenger.

Der Vortrag lautet:

Zit.

Die durch obergerichtliches Urtheil vom 7. Brachmonat lezhin wegen Kindesmordes zum Tode verurtheilte Anna Wenger, von Blumenstein, hat durch ihren armenrechtlichen Verteidiger dem Zit. Großen Rathe ein Begnadigungsgesuch einreichen lassen, über welches die Polizeisektion Wohlbenelben zu Händen der letztgenannten Behörde andurch ihren Rapport zu erstatten die Ehre hat.

Indem sich die Polizeisektion in Bezug auf die nähern Umstände der verschiedenen Verbrechen, welche der Verurtheilten zur Last liegen, so wie in Bezug auf deren persönlichen Verhältnisse auf den Inhalt des diesem Rapport beigefügten obergerichtlichen Urtheiles selbst beruft, glaubt sie dennoch hier einleitend den wesentlichsten Inhalt der Betrachtungsgründe des Gerichts anzuführen.

Diese lauten I. dahin, daß der Thatbestand eines Kindesmordes und der absichtlichen Tödtung zweier neugeborner Kinder,

deren Lebensfähigkeit nur bis zur Wahrscheinlichkeit ermittelt wurde, hergestellt sei. II. Daß die der drei obgenannten Verbrechen angeschuldigte Anna Wenger geständige und überwiesene Thäterin derselben sei. III. Daß ihr ein sehr hoher Grad der bösen Absicht zur Last falle. IV. Daß die Konkurrenz der Verbrechen, der vorhanden gewesene Vorbedacht und der Umstand, daß die Beklagte schon vor dem Jahr 1840 zwei Mal außer-ehehlich geboren und also theils ihre Geschlechtshehre schon früher verloren hatte, theils aus Erfahrung wußte, wie eine Weibsperson bei dem Herannahen der Niederkunft sich zu benehmen und ihr neugeborenes Kind zu behandeln habe, schärfend auf die Strafbestimmung einwirken, dagegen nicht solche Milderungsgründe vorhanden sind, welche die Anwendung einer durch das Gesetz vom 22. Juni 1843 gestatteten Strafmilderung begründen. Das von der obersten Gerichtsbehörde als Kindesmord anerkannte, im September 1844 begangene Verbrechen, wurde von der Wenger während der Geburt mittelst Zuspüren des Halses des Kindes ausgeführt; der Leichnam des Kindes dann von ihr in den Abtrittskasten eines Hauses an der Schupplagasse gebracht, wo derselbe aufgefunden wurde. Die mörderische Absicht wurde von der Inquisitin eingestanden.

In dem vorliegenden Begnadigungsgesuch wird vorzüglich hingewiesen auf die gänzliche Vernachlässigung der Erziehung der Wenger und ihr hilfloses Alieinstehen in der Welt, als Ursachen, welche sie auf die Bahn des Verbrechens und der Sünde gerathen ließen; sodann auf die Thatsache, daß seit langer Zeit beim Kindesmorde die Todesstrafe nicht mehr erequirt worden und durch diese langjährige Uebung in Uebereinstimmung mit den allgemeinen Volksansichten für dieses Verbrechen die Todesstrafe de facto aufgehoben sei.

Ob nun in dem gegenwärtigen Fall Gründe vorhanden sind, auf welche gestützt dem Großen Rathe angerathen werden darf, von dem dieser hohen Behörde durch die Verfassung eingeräumten schönen, aber wichtigen Rechte der Begnadigung Gebrauch zu machen, darüber haben sich im Schooße der Polizeisektion, als vorberathender Behörde, verschiedene Meinungen geltend gemacht.

Zit. Wenn auch das Obergericht, das sich in den engen Schranken des Gesetzes bewegen muß, und subjektive Rücksichten nicht darf walten lassen, sich hier zu der strengen Anwendung des §. 16 des Gesetzes vom 18. Februar 1823 gezwungen sah, so glaubt denn doch die Polizeisektion mit Mehrheitsmeinung, es lassen sich zu Gunsten der Wenger einige Milderungsgründe anführen, welche der Beherzigung von Seite der höchsten Landesbehörde zu empfehlen sind. Hierunter gehören unstreitig ihre vernachlässigte Erziehung, ihre gänzliche Verlassenheit, besonders seit dem im Jahre 1832 erfolgten Tode ihrer Mutter, seit welchem, wie sie selbst klagt, sich Niemand um sie bekümmert habe; der Umstand, daß sie in Folge ihrer Schwangerschaft genöthigt war, jeweilen ihren Dienst zu verlassen und keine Heimath, keine Verwandten besaß, die sich ihrer annahmen. Es war, ihrem Geständniß zufolge, dieses Gefühl ihres Verlassenseins, welches sie zu den fraglichen Verbrechen bewogen hatte.

Auf diese Motive gestützt und von dem Grundsatz ausgehend, daß beim Kindesmord die Todesstrafe überhaupt nicht mehr zeitgemäß sei, auch in vielen, auf eine höhere Civilisation und humane Gesetzgebung Anspruch machenden Staaten bereits abgeschafft ist, stellt die Polizeisektion mit Mehrheitsmeinung bei Ihnen, Zit., zu Handen des Großen Rathes, den unmaßgeblichen Antrag, es möchte die über die Anna Wenger verhängte Todesstrafe in eine fünfundsiebenzigjährige Kettenstrafe umgewandelt werden.

Mit Minderheitsmeinung hält hingegen die Polizeisektion dafür, da das Obergericht, ungeachtet der ihm durch das Gesetz vom 22. Juni 1843 eingeräumten Befugniß, das Strafmilderungsgesetz von 1803 auch auf den Kindesmord anzuwenden, gefunden hat, daß die Todesstrafe gegen die Wenger auszusprechen sei, so lasse sich die Ausübung des Begnadigungsrechts nicht rechtfertigen, sondern es sei der Fall, der Gerechtigkeit ihren Lauf zu lassen. Sie trägt daher ihrerseits bei Ihnen, Zit., zu Handen des Großen Rathes, darauf an, die

Wenger, mit dem in ihrem Namen eingereichten Begnadigungsgesuche abzuweisen.

Alles aber so.

(Unterschriften.)

Bern, den 24. Juni 1845.

Vom Regierungsrathe nach Mehrheitsansicht genehmigt und sonach mit dem Schlusse auf Begnadigung der Wenger durch Umwandlung der Todesstrafe in fünfundsiebenzigjährige Kettenstrafe dem Großen Rathe überwiesen.

26. Juni 1845.

(Unterschriften.)

Aubry, Regierungsrath, als Berichterstatter. Ich kann um so eher mich langer Entwicklungen enthalten, als der vom Regierungsrath genehmigte Antrag der Polizeisektion sich auf das von Ihnen beschlossene neue Strafgesetzbuch gründet. Eine bestimmte Festsetzung desselben lautet dahin, daß die Todesstrafe für die Fälle von Kindesmord fakultativ bleibe; damit dieselbe aber ausgesprochen werden dürfe, muß ein Wiederholungsfall vorhanden sein. Anna Wenger hat jedoch noch keiner Beurtheilung für dieses Vergehen unterlegen. Ich muß daher glauben, daß wir in Ihrem Sinne gehandelt haben, indem wir auf Umwandlung der Todesstrafe antragen. Ich will mich auf diese Betrachtung beschränken, indem ich mir vorbehalte, auf die Einwürfe zu antworten, welche allfällig gemacht werden könnten.

May, Fürsprecher. Diese Ansicht muß ich durchaus unterstützen. Im neuen Kriminalgesetzbuche, das leider noch nicht vollendet ist, ist festgesetzt, daß das Verbrechen, um welches es sich hier handelt, nur dann mit dem Tode bestraft werden kann, wenn die betreffende Person bereits früher für eine gleiche That verurtheilt worden war. Nach diesem Gesetze konnte also die Wenger gar nicht zum Tode verurtheilt werden. Ferner wird in den meisten civilisirten Staaten dieses Verbrechen überhaupt nicht mehr mit der Todesstrafe belegt. Kindesmord halte ich mit manchen angesehenen Kriminalisten für eine uneigentliche Bezeichnung derjenigen Handlung, welche heute vorliegt, nämlich der Tödtung eines Kindes durch die Mutter im Augenblicke der Geburt. Bekanntlich befinden sich die Gebärenden in einem Zustande, wo sie in den meisten Fällen nicht das volle Bewußtsein haben. Allerdings ist es eine traurige Erscheinung, daß in letzter Zeit dieses Verbrechen bedeutend überhand genommen hat. Forschen wir aber den Gründen hievon nach, so ergibt sich daraus die Pflicht, durch zweckmäßige Gesetze dieselben zu beseitigen. Ein erster Grund hievon liegt in der überhandnehmenden Unsitlichkeit überhaupt und zweitens darin, daß die betreffenden unglücklichen Personen in der Regel erst noch genöthigt sind, Prozesse zu bestehen, um von den Vätern ihrer Kinder die gesetzlichen Beiträge an die Erziehungskosten dieser Letztern zu erhalten, abgesehen von der Abbußungsstrafe. Oft wissen sie sich selbst nicht durch's Leben zu bringen; wie sollen sie dann noch für ein Kind sorgen? Seien wir also menschlich in dieser Beziehung. Wenn eine Versammlung von Frauen die Strafen festsetzen könnte für Männer, welche die Urheber solcher Schwangerschaften sind und nachher die unglücklichen Mütter verlassen, was käme heraus? Angelegentlichst möchte ich also den Antrag des Regierungsraths empfehlen, als welcher vollkommen den Forderungen der Gerechtigkeit entspricht.

Imobersteg, Oberrichter. Ich behaupte, daß der objektive Thatbestand eines Kindesmords in keinem der drei Fälle vollständig erwiesen ist, obschon ich gar gut begreife, daß das Obergericht den letztern der drei Fälle anders angesehen hat; aber auch bei diesem Falle würden strenge deutsche Juristen kaum einen Mord annehmen. Das Gutachten des Sanitätskollegiums (der Redner liest den Schluß desselben ab) sagt selbst, es sei nur die Möglichkeit des objektiven Thatbestandes eines Kindesmords vorhanden. Ich bin nun zwar moralisch überzeugt, daß die Wenger die Absicht des Tödtens hatte; indessen habe ich allgemeine und spezielle, rechtliche und moralische Gründe, um den Antrag auf Begnadigung zu rechtfertigen. Die allgemeinen Gründe sind diejenigen, welche für Abschaf-

fung der Todesstrafe für Kindesmord überhaupt sprechen, es sind aber auch spezielle Gründe hier vorhanden, welche in rechtlicher und moralischer Beziehung einer weitläufigen Erörterung werth wären. In den Zeitungen, namentlich im Beobachter, haben Sie, Zit., bereits gelesen, wie der erste Fall veranlaßt wurde. Es war bereits das dritte uneheliche Kind der Wenger; sie wurde im letzten Momente ihrer Schwangerschaft, in kalter Winternacht, als bereits Zeichen der herannahenden Geburt vorhanden waren, auf die Gasse hinausgestoßen, zu einer Stunde, wo sie nirgends mehr ein Obdach suchen konnte; da begab sie sich auf einen Estrich, gebor dort, und obgleich der objektive Thatbestand nicht herausgestellt ist, so nehme ich dennoch an, daß sie das Kind wirklich getödtet habe. In rechtlicher Beziehung ist aber dieses Faktum nicht als erwiesen anzunehmen. In diesem Momente war die Wenger ohne Obdach, ohne einen Kreuzer Geld, sie wußte nicht, wie dieses Kind erhalten und wo es unterbringen. Dabei tritt noch eine Rücksicht ein, nämlich daß laut Gesetz solche Weibspersonen auf die Klage der Gemeinden hin in's Zuchthaus verurtheilt werden können. Den zweiten Fall will ich nicht näher berühren, er ist ungefähr auf gleiche Art vor sich gegangen. Was den dritten Fall betrifft, so hatte sie ihre damalige Schwangerschaft in Murten angezeigt, aber es wurde von dorther keine Anzeige hieher gemacht u. s. w. Auch jetzt ist die Wenger im letzten Momente verstoßen worden, und sie ward nun um so eher zum Verbrechen verleitet, als sie die nämliche That schon früher begangen hatte. Ich wiederhole aber, daß sich in keinem einzelnen der drei Fälle der objektive Thatbestand des eigentlichen Kindesmordes rechtlich erweisen läßt. Wer daher irgend eine mildere Ansicht über das Verbrechen des Kindesmordes hat, kann hier wenigstens ebenfug zur Strafumwandlung stimmen, als in einem frühern Falle, wo die betreffende Mutter mit furchtbarer Grausamkeit ihr Kind um's Leben gebracht hatte. Wer ferner Gelegenheit gehabt hätte, die Wenger in ihrer Gefangenschaft zu besuchen, würde gewiß keinen Anstand nehmen, zur Strafumwandlung zu stimmen; sie scheint mir wenigstens der Begnadigung werth, namentlich sowie sie sich in der Untersuchung benommen hat und jetzt ihre Reue bezeugt. Es lagen in der Untersuchung gar keine Indizien in Betreff der beiden frühern Fälle vor, und bloß der Gutmüthigkeit ihres Charakters ist es, neben der Gewandtheit des Untersuchungsrichters, zu verdanken, daß sie die frühern Fälle auch eingestanden hat. Ich füge noch eine ganz allgemeine Bemerkung bei, welche uns Männer alle tief treffen soll. Während die unglückliche Weibsperson mit dem Tode büßt, geht vielleicht der Mann in schönen Kleidern auf der Straße herum und sieht vielleicht gar ihrer Hinrichtung zu. Mancher sitzt in der Versammlung der Richter oder Gesetzgeber, welcher sehr leicht der Urheber einer solchen That sein könnte, gesetzt er sei es durch Zufall nicht wirklich. Ich stimme also aus voller Ueberzeugung zum Antrage des Herrn Präopinanten und des Regierungsrathes.

von Tavel, Altschultheiß. Der Grund, warum der Regierungsrath in seiner Mehrheit diesen Antrag gebracht hat, ist nicht darin zu suchen, daß er sehr viele Entschuldigungs- oder Milderungsgründe in dieser Verbrecherin fand, obgleich noch ein solcher Grund namentlich in der vollkommen vernachlässigten Erziehung dieser Person liegen möchte, die keinen Begriff von Religion oder Moral hatte, bis sie in's Gefängniß kam, und die infolge ihrer hilflosen und verlassenem Lage schon im jüngsten Alter das Opfer der Verführung geworden war, —

besonders wenn man sieht, daß der Aufenhalt im Kerker und der ihr während dieser Zeit beigebrachte Religionsunterricht sie auf einen solchen Punkt gebracht hat, wo man wirklich an ihrer aufrichtigen Reue keinen Zweifel hegen kann, gerade wie dieß bei der ebenfalls begnadigten Baugg auch der Fall ist. Allein, Zit., bedenken Sie, abgesehen hievon, nur die große Inkonsequenz, in welche Sie mit sich selbst gerathen würden, wenn Sie jetzt diese Verbrecherin da hinrichten lassen wollten. Ich bin überhaupt gegen alle und jede Todesstrafe, aber Sie, Zit., haben in ruhiger und wiederholter Berathung unsers neuen Kriminalkodex definitiv erkannt, daß die Todesstrafe nur insofern auf eine Kindesmörderin angewendet werden könne, wenn dieselbe bereits für das gleiche Verbrechen früher einmal bestraft worden war. Ich hoffe, Zit., Sie werden diesen Ihren eigenen Beschluß nun auch im vorliegenden Falle als Ihre Richtschnur befolgen. Mir wenigstens scheint dieser Grund bindend für die Mitglieder des Großen Rathes, und also erwarte ich, daß Sie in Ihrer großen Mehrheit dem Antrage des Regierungsrathes beipflichten werden.

Aubry, Regierungsrath, als Berichterstatter. Die Aufgabe des Berichterstatters wird nicht sehr schwierig sein, indem kein Redner die Grundlage des Antrages angefochten hat. Der erste Präopinant hat eine Frage der Theorie berührt, ein anderer hat das Gewicht der in der Prozedur enthaltenen materiellen Thatsachen untersucht, was wesentlich in den Bereich der Gerichtsbehörde gehört. Der letzte vorzüglich hat das aus dem schon berathenen Entwurfe eines Strafgesetzbuches hergenommene Argument geltend zu machen gesucht. Ich habe beizufügen, daß der Große Rath ohne Zweifel mit dem in frühern Fällen dieser Art beobachteten Verfahren konsequent wird bleiben wollen. Seit langen Jahren haben wir keinen Fall von Vollziehung der Todesstrafe für Kindesmord mehr gehabt, während dem wir hingegen mehrere Beispiele aus neuester Zeit besitzen, in denen man Gebrauch vom Begnadigungsrecht gemacht hat. Wir können den durch unsere neue Strafgesetzgebung aufgestellten Grundsätzen nur Dank wissen; diese Beweggründe sollten hinreichen, um Sie zu vermögen, die beantragte Strafumwandlung zu genehmigen.

Herr Landammann bemerkt gegenüber verschiedenen ihm mitgetheilten Zweifeln, daß die einfache Stimmenmehrheit in Fällen der vorliegenden Art entscheide, indem nur für drei Fälle zwei Drittheile der Stimmen erforderlich seien, nämlich für einen Angriff auf das Staatsvermögen, für Naturalisationen und für Ehehindernißdispensationen.

A b s t i m m u n g.

- 1) Durch Ballotirung:

Für Willfähr	84 Stimmen.
Für Abschlag	43 "
- 2) Durch offene Abstimmung:

Für Umwandlung der Todesstrafe in fünf- und zwanzigjährige Kettenstrafe	Handmehr.
---	-----------

(Schluß der Sitzung um 1 $\frac{3}{4}$ Uhr.)

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Commersitzung 1845. Zweite Hälfte.

(Nicht offiziell.)

Sechste Sitzung

Samstag den 28. Brachmonat 1845.

(Morgens um 8 Uhr.)

Präsident: Herr Landammann Saggi.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protokolls werden folgende Vorstellungen angezeigt:

- 1) Von 34 Bürgern von Herzogenbuchsee, die Jesuitenangelegenheit betreffend, im gleichen Sinne, wie die bereits früher angezeigten.
- 2) Von sämtlichen Redaktionen der bernischen Zeitungen, um Herabsetzung des Zeitungsporto u. s. w., mit beigefügtem Begehren, daß zu Untersuchung dieser Angelegenheit eine eigene Großrathskommission niedergesetzt werde.
- 3) Von der Sektion des bernischen Volksvereins im Amtsbezirke Laupen, um unentgeltliche Ertheilung des Staatsbürgerrechts an Herrn Dr. Steiger.
- 4) Von dem nämlichen Vereine des Amtsbezirks Laupen, dahin gehend, daß der Große Rath sich für die Befreiung des Herrn Dr. Herzog nachdrücklich verwenden möchte.

Tagesordnung.

Vortrag der Polizeisektion, betreffend das Begnadigungsgesuch des zum Tode verurtheilten Raubmörders Joh. Sossi.

Der Vortrag lautet:

Sit.

Wegen des am 21. November 1844 an seinem Meister, Daniel Schenk von Eggimyl, wohnhaft gewesen auf dem St. Immerberge, genannt de l'Envers, in der Nähe der Pontins verübten Raubmordes, wurde Johann Sossi von Grindelwald, Holzarbeiter, durch Urtheil des Obergerichts vom 7. Juni 1845 zur Todesstrafe verurtheilt.

Laut Eröffnungsverbalis vom 19. Juni erklärte Sossi, daß er bei dem Sit. Großen Rathe um die Umwandlung seiner Todesstrafe zu bitten gedenke und demselben zu diesem Ende durch seinen Verteidiger ein Gesuch einreichen lassen werde. Wegen der Entfernung des Verteidigers, Herrn Fürsprechers Kohler von Pruntrut, ist nun zwar dieses Gesuch zur gegenwärtigen Stunde noch nicht eingelangt, gleichwohl beeilt sich die Polizeisektion, Ihnen, Sit., zu Handen des Großen Rathes, andurch ihr Gutachten über die Frage einer allfälligen Begna-

digung des Sossi einzureichen, da vor der Hand dessen Erklärung als ein solches Gesuch angesehen werden mag, und der Inhalt eines zu gewärtigenden förmlichen Gesuches selbst die Ansichten und den Antrag der unterzeichneten Behörde nicht zu modifiziren vermöchte.

Sit. Das schwere Verbrechen, dessen sich Sossi schuldig gemacht, wurde nach Mitgabe des Urtheils und der Kriminalprozedur von ihm mit kaltblütiger Ueberlegung und nach einem gehörig kombinierten Plane begangen, und es beweist dasselbe, daß Sossi ein im höchsten Grade gefährlicher Verbrecher ist.

Als an jenem Tage Schenk und Sossi mit einander die Wirtshaus aus Pontins verließen und sich nach St. Immer begeben wollten, faßte Sossi sofort den Entschluß, seinen Meister zu tödten, um sich des Geldes zu bemächtigen, das derselbe bei sich trug. Um diesen Entschluß auszuführen und zu rechter Zeit auf die Stelle zu gelangen, die er sich zu diesem Ende bestimmt hatte, war er nach der Chatelaine vorausgeeilt, wo er einige ihm anvertraute Effekten zu deponiren hatte, genoß daselbst einen halben Schoppen Brantwein und begab sich dann nach jener Stelle, indem er unterwegs mit einem Messer eine kleine Buche abschchnitt, die ihm als Mordinstrument dienen sollte. Mit dieser Waffe versehen, stellte er sich hinter einen dicht am Fußwege stehenden Baum und erwartete seinen Meister, der hier vorbeigehen mußte. Als dieser kam, ließ er ihn vorüber gehen, folgte ihm schleunigst von hinten und verfehlte ihm mit seiner Keule, die er mit beiden Händen gefaßt hatte, mehrere Streiche auf den Kopf, bis Schenk todt niederkam. Darauf schleppte er den Leichnam eine Strecke weit vom Fußwege weg und beraubte ihn des Geldes, der Uhr und des Häftes am Hemde.

Dieses sind die Umstände, unter welchen Sossi seine That beging. Daß er mit großem Vorbedacht hiebei zu Werke gegangen ist, geht daraus hervor, daß er sogleich nach vollbrachtem Verbrechen sich beeilte, seine blutigen Hände zu reinigen, alle Blutspuren an seinen Kleidern zu verwischen, seine Kleider zu wechseln, bevor er sich auf den Markt nach St. Immer begab, das Geld und die entwendeten Gegenstände an einen sichern Ort zu verbergen und am nämlichen Tage zu St. Immer eine Summe von Fr. 20 zu entlehnen, um auf den Fall der Entdeckung des Leichnams jeden Verdacht von sich zu entfernen.

Gegenüber dieser prozeduralen Thatsachen, kann die Polizeisektion wirklich nicht einsehen, daß irgend ein haltbarer Grund zu einer Begnadigung hervorgehoben werden könnte. Unser Gesetz belegt das Verbrechen des Raubmordes mit der Todesstrafe, und wenn ein Verbrecher die strenge Anwendung des Gesetzes verdient hat, ist es unstreitig der zum Tode verurtheilte Sossi. Eine Begnadigung, im vorliegenden Falle ausgesprochen, würde einer faktischen Aufhebung der Todesstrafe gleichkommen, und es kann weder in der Stellung, noch im Willen des Großen Rathes liegen, unsere positive Strafrecht zum Spielballe der Humanität zu machen.

Einmütig trägt daher die Polizeisektion bei Ihnen, Zit., zu Händen des Großen Rathes, darauf an, es sei in eine Begnadigung oder Umwandlung der über den Johann Fossi verhängten Todesstrafe nicht einzutreten.

Alles aber ic.

(Unterschriften.)

Bern, 24. Juni 1845.

Vom Regierungsrathe genehmigt und mit dem Schlusse auf Abweisung an den Großen Rath gewiesen.

Bern, den 27. Juni 1845.

(Unterschriften.)

Aubry, Regierungsrath, als Berichterstatter, fügt dem schriftlichen Gutachten lediglich bei, daß seither Fossi wirklich durch Herrn Fürsprecher Matthys ein Gesuch um Umwandlung der Todesstrafe in Kettenstrafe habe einreichen lassen.

Abstimmung durch Ballotirung:

Für Abschlag	90 Stimmen.
Für Willfähr	20 „

Vortrag des Baudepartementes, betreffend den Bau einer Verbindungsstraße zwischen Nydau und der Bielseestraße über den Pasquart.

Dieser Vortrag schließt dahin, der Große Rath möchte erkennen:

- 1) Der Aktiengesellschaft von Nydau wird an die Kosten des von ihr beabsichtigten Baues einer neuen Verbindungsstraße zwischen Nydau und der Bielseestraße eine Staatsbesteuer von Fr. 8000 gesprochen unter der Bedingung, daß der Bau der Straße und der Brücken nach Maßgabe der genehmigten Pläne und Profile des Devises und der vom Baudepartemente aufzustellenden Vorschriften ausgeführt werde.
- 2) Nach Maßgabe des Vorrückens der Arbeit kann das Baudepartement auf Rechnung der Staatsbesteuer Abschlagszahlungen machen.
- 3) Dem Baudepartemente steht es zu, kleinere im Interesse des Baues liegende Abänderungen von Plan und Devis anzuordnen.
- 4) Der Aktiengesellschaft wird für die Ausführung dieses Baues auf den Fall, daß die Landentschädigungen nicht auf freundlichem Wege ausgemittelt werden können, das Expropriationsrecht ertheilt.

Durch's Handmehr genehmigt.

Vortrag des Finanzdepartements, betreffend den Bau eines neuen Zollhauses zu Niederönz.

Der Vortrag zeigt die Nothwendigkeit dieses Baues und verlangt den dafür erforderlichen Kredit von Fr. 9000.

Bühler, Amtschreiber, glaubt, es möchte im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo von einer Verlegung der Zölle an die Schweizergrenze die Rede sei, nicht der Fall sein, neue Zollhäuser an der Kantonsgrenze zu erbauen, und möchte daher von diesem Antrage einstweilen abstrahiren.

Mühlemann, Regierungstatthalter, ist hingegen der Ansicht, daß, wenn auch je die Zölle auf die Grenze verlegt würden, immerhin Zollstätten auf der Kantonsgrenze bleiben müssen wegen der Eingangsgebühren von Getränken, und überdies sei im vorliegenden Falle die beantragte Zollstätte wegen der Lokalität sehr nöthig.

von Erlach zweifelt sehr daran, daß ein Konkordat für Verlegung der Kantonszölle auf die Schweizergrenze je zu Stande komme, ohne daß das hiesige Ohmgeld gleichzeitig mit inbegriffen werde; sollte dieses Letztere nicht geschehen, so würde bei einer Verlegung bloß des Zolles nicht viel gewonnen sein. Der Redner stimmt daher zum Antrage des Herrn Bühler.

Die Herren Neukom und Roth zu Niederönz pflichten dagegen dem Antrage des Finanzdepartements bei; es werde jedenfalls noch einige Jahre dauern bis zu einer Verlegung der Zölle auf die Schweizergrenze, und wenn man das Ohmgeld mit hineinziehen wolle, so sei in den ersten zehn Jahren erst nicht daran zu denken. Ueberdies werde das Zollhaus dann nicht verloren sein, sondern immer gut veräußert werden können.

Bigler, Regierungsrath, schließt namentlich aus den von den beiden letztgenannten Herren angebrachten Motiven zum Antrage des Finanzdepartements.

Abstimmung.

- | | |
|--|-------------|
| 1) Einzutreten | 66 Stimmen. |
| Dagegen | 16 „ |
| 2) Für den Antrag des Finanzdepartements | Handmehr. |

Ein Vortrag der Justizsektion nebst Dekretsentwurf empfiehlt das Ansuchen der Einwohner- und Bürgergemeinde von Schangnau, daß die sogenannte Emmenthalsche Landschaft für diese Gemeinde aufgehoben, und dieser letztern gestattet werden möchte, von nun an unter das allgemeine Gesetz zu treten.

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter, hält es für eine erfreuliche Erscheinung, daß je länger je mehr solche Ortschaften zur Einsicht gelangen, daß es für sie besser sei, sich unter das allgemeine Landesgesetz zu stellen. Ungeachtet daher die Vorstellung der Gemeinde Schangnau erst vor wenigen Tagen eingelangt sei, so habe man sich bei der Wichtigkeit und Wünschbarkeit der Sache beeilt, dieselbe zu untersuchen und mit Empfehlung hier vorzulegen. Hinsichtlich des Termins schlägt der Herr Berichterstatter den 1. August nächstkünftig vor.

Schneider, Regierungsrath, älter, freut sich zwar dieser Erscheinung ebenfalls; da aber die Gemeinde Schangnau noch in gewissen finanziellen Verhältnissen zur Landschaft Emmenthal stehe, welche vorher reglirt werden sollten, so wünscht er, daß das vorgeschlagene Dekret erst auf 1. September in Kraft treten möchte.

Wüthrich sieht hierin keinen Grund zu einem Aufschube, indem der Austritt der Gemeinde Schangnau aus dem Emmenthalschen Landschaftsrechte nichts an ihrem Verhältnisse zum Emmenthalschen Landschaftsgute ändere; hingegen wünscht er, daß der Regierungsrath vorher auch die übrigen Gemeinden anfrage, ob sie nicht ebenfalls sich unter das allgemeine Gesetz stellen wollen.

Saggi, Regierungsrath, jünger, ist dagegen der Ansicht, daß eine solche Maßregel gerade zum entgegengesetzten Resultate führen könnte; dergleichen Begehren müssen aus eigenem, freiem Antriebe fließen, wie denn viele Gemeinden bereits ohne Anforderung sich dazu entschlossen haben, weil der Verstand sie dazu führte. Uebrigens werde der Wunsch des Herrn Wüthrich ohnehin bald in Erfüllung gehen, weil laut Gesetz nach Beendigung der Revision der allgemeinen Gesetzgebung alle noch unter einem besondern Statutarrechte stehenden Gemeinden sich über die Beibehaltung desselben erklären und die Statute einer Revision unterwerfen müssen. Alsdann könne die Staatsbehörde einwirken u. s. w.

Marti, Oberrichter, theilt diese Ansicht ebenfalls.

Leibundgut, Regierungsrath, als Berichterstatter, bittet, die Sache nicht zu verschieben; das Beispiel der Gemeinde Schangnau werde von selbst Nachahmung finden; — wenn man aber von oben herab einwirken wolle, so könnte daraus leicht Mißtrauen gegen die Sache entstehen. Es gebe übrigens noch andere Statutarrechte, z. B. dasjenige von Interlaken, wonach die Mannspersonen sich freien lassen müssen, um festiren zu können. Da müsse einzig der Verstand die Betreffenden zur Einsicht des Bessern führen.

Schneider, Regierungsrath, älter, zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Herr Landammann bemerkt, der Antrag des Herrn Wüthrich sei Gegenstand eines allfälligen besondern Anzuges.

A b s t i m m u n g.

- | | |
|---|-----------------|
| 1) Sofort einzutreten | große Mehrheit. |
| Zu verschieben | Niemand. |
| 2) Für den Antrag der Justizsektion | Handmehr. |

Auf die Vorträge der Justizsektion wird nachstehenden Legaten die Genehmigung durch's Handmehr erteilt:

- 1) Dem von Herrn J. R. Wyß, gewes. Pfarrer zu Wichtach, der Privaterziehungsanstalt für arme Mädchen im Frutiggarten hinter den Speichern in Bern geschenkten Legate von ungefähr Fr. 320.
- 2) Dem der Privatblindenanstalt in Bern von Herrn R. L. von Graffenried von Bern geschenkten Legate von Fr. 10,000.
- 3) Ferner folgenden der nämlichen Privatblindenanstalt geschenkten Vermächtnissen:
 - a. Der Frau Elisabeth Simonet, geb. Bichsel, von Clavaleyres und Frutigen, von Fr. 100.
 - b. Der Frau Emilie Thormann, geb. von Sinner, Wittwe des Herrn Ultrathsherrn und Appellationsrichters J. E. Thormann, von Fr. 80.
 - c. Des Herrn J. R. Wyß, gewes. Pfarrers zu Wichtach, von ungefähr Fr. 480.

Auf den Vortrag der Polizeisektion wird dem Herrn A. Monnier, von Villars le Grand, Kant. Waadt, welchem das Bürgerrecht der Gemeinde Neuenstadt zugesichert ist, die nachgesuchte Naturalisation mit 83 gegen 6 Stimmen erteilt.

Auf die Vorträge der Justizsektion wird nachstehenden Ehehindernißdispensationsbegehren entsprochen:

- 1) Der Marg. Schmid, geb. Kösti, zu Adelboden, mit 67 gegen 11 Stimmen.
(Da 93 Mitglieder anwesend sind, so erklärt der Herr Landammann diese Abstimmung für gültig.)
- 2) Des Ehr. Eichenberger, von Trub, mit 90 gegen 3 Stimmen.
- 3) Des Joh. Bos, von Grindelwald, zu Unterseen, mit 83 gegen 3 Stimmen.
- 4) Des J. U. Bühler, zu Madiswyl, mit 89 gegen 3 Stimmen.
- 5) Des D. Wegmüller, von Walskringen, zu Neuenburg, mit 81 gegen 2 Stimmen.

Es werden nun zur Berathung der Erheblichkeitsfrage vorgelegt:

- 1) Anzug des Herrn Sigri, daß die Befoldung der Bezirksbeamten von Neuenstadt und Zessenberg im gleichen Verhältnisse, wie die Gehalte der Bezirksbeamten von Laufen, erhöht werden möchten.

Sigri empfiehlt, unter Hinweisung auf die bereits in der frühern Diskussion über die Erhöhung der Befoldungen der Bezirksbeamten von Laufen berührten Verhältnisse, die Erheblichkeitsklärung.

Ischabold schließt hingegen aus den von ihm gestern gegen Befoldungserhöhungen überhaupt angebrachten Gründen auf Nichterheblichkeit.

A b s t i m m u n g.

- | | |
|-----------------------------|-------------|
| Für Erheblichkeit | 59 Stimmen. |
| Dagegen | 23 „ |

- 2) Anzug von 18 Mitgliedern, dahin gehend, daß die Abgabe für die Destillation von Baumfrüchten eigenen Gewächses aufgehoben werden möchte.

Zeller schließt, Namens der Unterzeichner des Anzuges, einfach auf Erheblichkeit.

Die Erheblichkeit wird durch's Handmehr ausgesprochen.

Ein Vortrag der Bittschriftenkommission betrifft die Beschwerde des Francois Latchat, zu Levoncourt, in Frankreich, welcher unter'm 21. März 1840 wegen Gebrauches falscher Billets vom hiesigen Obergerichte zu zwei Jahren Zuchthaus und zehnjähriger Landesverweisung verurtheilt worden ist und nun, gestützt auf die Behauptung, daß das dem Urtheile zu Grunde liegende Expertenbesinden von Personen ausgegangen, welche mit dem angeblichen Aussteller des Billets verwandt seien, an die oberste Landesbehörde das Ansuchen stellt, dieselbe möchte zu Untersuchung jener Billets neue Experten bezeichnen. Da jedoch dieses Begehren nichts Anderes bezweckt als die Revision einer durch höchstinstanzliches Urtheil erledigten Untersuchung, hierüber aber sowohl nach allgemeinen Grundsätzen, als nach der ausdrücklichen Vorschrift des §. 34 des Gesetzes vom 11. April 1832 einzig die Gerichte selbst zu entscheiden haben, so beschließt der Große Rath in Genehmigung des Antrages der Bittschriftenkommission sofort ohne Bemerkung durch's Handmehr, über die Beschwerde des Exponenten zur Tagesordnung zu schreiten.

Ein fernerer Vortrag der Bittschriftenkommission betrifft die von Herrn Wettach, Wirth in Mühlenen, als Beistand der Ehefrau des G. Baumer, Sohn, in Thun eingereichte Beschwerde wider die Gestattung des Rechtsrufes, welche die Moderationskommission des Obergerichts in Sachen des Beschwerdeführers wider einen gewissen S. Lüdi unter'm 1. November 1844 erteilt hat. In Genehmigung des Antrages der Bittschriftenkommission, welche nach Prüfung sowohl der vorerwähnten Beschwerdeschrift, als des Gegenberichtes der Moderationskommission des Obergerichts findet, es seien durch das Verfahren der Moderationskommission keine gesetzlichen Bestimmungen verletzt worden, beschließt der Große Rath sofort ohne Bemerkung durch's Handmehr über die vorliegende Beschwerdeschrift zur Tagesordnung zu schreiten.

Vortrag des Baudepartements, betreffend eine Staatsbeisteuer an die Erbauung einer neuen Verbindungsstraße des Zessenbergs mit Zwann.

Unter Hinweisung auf die Nothwendigkeit einer solchen Verbindungsstraße schließt der Vortrag dahin, der Große Rath möchte erkennen:

- 1) Den Gemeinden Zef, Nods, Lamlingen, Pregelz und Zwann wird an die Erbauung einer neuen Verbindungsstraße des Zessenbergs mit Zwann eine Beisteuer von Fr. 30,000 gesprochen, unter der Bedingung,
 - a. daß die Arbeiten in ihren Kosten nach den vorgelegten Plänen und Devisen vorgenommen werden,
 - b. daß von obigem Beitrage nach Maßgabe des Vorrückens der Arbeiten Abschlagszahlungen gemacht werden,
 - c. daß dem Baudepartemente die Oberaufsicht über die Arbeiten, sowie die Anordnung allfälliger im Interesse des Baues liegender kleinerer Abänderungen von Plan und Devis zustehe.
- 2) Ferner wird für den Fall, daß die Entschädigungen nicht auf freundslichem Wege ausgemittelt werden könnten, für diesen Bau das Expropriationsrecht erteilt.

Engel trägt, unter Hinweisung auf die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der fraglichen Straßenanlage und auf die gänzlich abgeschlossene Lage der Gegend, darauf an, die Staatsbeisteuer bis auf die Hälfte der mutmaßlichen Kosten, d. h. bis auf Fr. 40,000 zu erhöhen.

Ipsenschmid trägt, in Betracht des stellenweise bis auf 12 % ansteigenden Gefälles der projektirten Straße, darauf an, den Gegenstand zu Vorlegung eines zweckmäßigeren Projekts, wonach ein Gefälle von 8 bis 9 % nicht überschritten würde, zurückzuschicken, indem er alsdann bereit sei, zu einer noch höhern Staatsbesteuer zu stimmen.

Mützenberg, mit der Vertlichkeit von früherher bekannt, empfiehlt dagegen den Antrag des Herrn Engel.

Dr. Schneider, Regierungsrath, verlangt ebenfalls eine der Hälfte sämmtlicher Kosten entsprechende Besteuer, nämlich Fr. 40,000. Die Einwohnerzahl des Tessenbergs belaufe sich auf ungefähr 2000 Seelen; gebe der Staat nun nur Fr. 30,000, so bleibe jenen Gemeinden immer noch eine Ausgabe von Fr. 50,000, was ja eine ungeheure Last sein würde. Der Tessenberg sei gewissermaßen ein kleines Amerika, indem dort noch sehr viel gutes Land zu exploitiren wäre u. s. w. Der Antrag des Herrn Ipsenschmid würde ungeheure Kosten zur Folge haben u. s. w.

Aubry, Regierungsrath. Der vorzüglichste Grund, warum der Tessenberg sich Opfer von solcher Bedeutung auferlegen will, scheint mir noch nicht genügend angegeben worden zu sein. Die Ortsbeschaffenheit des Tessenbergs ist von solcher Art, daß derselbe bisher so zu sagen vom Kanton und der übrigen Welt so gut wie abgeschnitten war und deshalb aller Hülfsmittel entbehrete, die er aus der Verbindung mit andern Gegenden hätte ziehen können. Es ist dieß eine Art von Oasis, welche bis dahin berufen war, zu den öffentlichen Einkünften beizutragen, ohne doch das Geringste aus denselben zu beziehen. Es ist dieses das einzige Mal und wird wahrscheinlich auch das einzige bleiben, daß der Staat dem Tessenberge irgendwelchen Vortheil zuwenden kann, aus welchem zugleich alle übrigen Landestheile mehr oder weniger auch Nutzen ziehen werden. Derselbe stellt das sehr natürliche Begehren an Sie, einen Verbindungsweg mit der Bielseestraße zu besitzen. Einer der Präopinanten widersezt sich diesem Begehren, weil er niemals zu einer Straßenanlage mit 12 % Gefäll stimmen könnte; allein derselbe kennt ohne Zweifel die Vertlichkeiten nicht, welche man an gewissen Stellen mit einer Steigung von 30 % passieren muß. Der Redner entwickelt die Gründe, welche die Gemeinden veranlaßt haben, die Anerbietungen von Neuenstadt nicht anzunehmen, sowie den ihnen früher gemachten Antrag, den Weg über den Zorat zu nehmen, ebenfalls abzulehnen. Die Gestaltung der Gegend macht eine Verbindung mit Zwann erforderlich, was ihnen als unmittelbarer und vorteilhafter erscheint. Wenn die Herren von Neuenstadt die ihrerseits projektirte Straße anlegen wollen, so ist nicht zu bezweifeln, daß der Staat ihnen mit einer Besteuer zu Hülfe kommen wird. Der Redner findet, die Gewährung des Begehrens sei ein bloßer Akt der Gerechtigkeit, zu welchem mitzuwirken der Große Rath nicht säumen sollte; er schließt sich dem Antrage des Herrn Engel an, biefür die Summe von Fr. 40,000 zu bewilligen, indem diese Gegend bisdahin nie etwas verlangt noch erhalten habe; überdieß werde der für diesen Gegenstand zu bewilligende Kredit nicht in einem Jahre ausgegeben werden, sondern sich auf mehrere Jahre hindurch vertheilen, deren Dauer für die Vollenzung der Straße in Anspruch genommen werden müsse.

Bach stimmt ebenfalls für Fr. 40,000, indem er erwartet, daß die Mitglieder aus der betreffenden Gegend dann bei Gelegenheit ebenfalls bereit sein werden, ähnlichen Wünschen anderer Gegenden zu entsprechen.

Revel. Vom Augenblicke an, wo der Tessenberg selber für vorteilhafter hält, die Richtung nach Zwann zu wählen, glaube ich einen Beweis meiner völligen Unparteilichkeit zu geben, indem ich Sie ersuche, dem Wunsche dieser Gegend zu entsprechen, und indem ich Ihnen empfehle, den nachgesuchten Beitragskredit zu bewilligen.

Immer vereinigt sich zu dieser Empfehlung. Es ist eine ausgemachte Sache, daß diese Gemeinden allzu arm sind, um

solchartige bedeutende Unkosten bestreiten zu können, wenn ihnen der gewünschte Staatsbeitrag nicht zu Hülfe kommen würde.

Jaggi, Regierungsrath, älter, stimmt ebenfalls für Fr. 40,000, indem er glaubt, die fragliche Straßenverbindung werde für die ganze Gegend am Bielersee, wo sehr wenig Land und dagegen eine große Bevölkerung vorhanden, eine große Wohlthat sein.

Bigler, Regierungsrath, als Berichterstatter, glaubt, ein geringeres Gefälle, als das projektirte, werde nicht leicht möglich sein, ohne unverhältnißmäßige Vermehrung der Kosten, deshalb sei eine Verschiebung unnütz. Das Baudepartement und der Regierungsrath werden übrigens stets bereit sein, soviel an ihnen, auch andern Begehren dieser Art zu entsprechen, sofern die betreffenden Gegenden sich dabei in gehörigem Maße betheiligen wollen.

Abstimmung.

1) Heute einzutreten	Mehrheit.
Zu verschieben	1 Stimme.
2) Für den Antrag des Baudepartementes mit Vorbehalt der Summe	Handmehr.
3) Für Fr. 30,000	28 Stimmen.
Für Fr. 40,000	Mehrheit.

Es wird verlesen eine Aufschrift des gewes. Kanzleiläufers Fr. Schumacher, worin derselbe für die ihm gewährte Straßenumwandlung seinen wärmsten Dank ausspricht.

Der Herr Landammann zeigt noch folgende während des Laufes der Sitzung eingelaufene Vorstellungen an:

- 1) von fünfunddreißig Bürgern von Seeburg, von mehreren Bürgern von Worb, und ebenso von Bätterkinden und Krätzingen (letztere nicht legalisirt) in Betreff der Jesuitenangelegenheit;
- 2) von einer Versammlung von achtzig und etlichen Staatsbürgern, in deren Namen unterzeichnet von den Herren Fürsprechern Sury und Mattbys, um Kassation der gegen Herrn Dr. W. Snell getroffenen Verfügungen, mit welcher Angelegenheit eine unparteiische Großrathskommission des Weiteren zu beauftragen sei, — nebst mehreren gleichartigen Vorstellungen aus den Amtsbezirken Interlaken, Thun, Nardberg, Biel, Narwangen etc.

Diese Vorstellungen hat der Herr Landammann bereits an die Vitschriftenkommission überwiesen.

Die Genehmigung des Protokolles der heutigen Sitzung wird übungsgemäß dem Herrn Landammann und dem Herrn Schultheißen übertragen.

Herr Landammann. Ich hatte gestern u. A. auch noch die definitive Redaktion des Kriminalgesetzbuches u. s. w. für heute auf die Tagesordnung gesetzt, und es wäre natürlich sehr wünschenswerth gewesen, wenn man diesen Gegenstand noch in der gegenwärtigen Session hätte erledigen können. Allein da Sie, Zit., die Session wahrscheinlich nicht gerne noch in die andere Woche werden hinausschieben wollen, und da heute dieses Geschäft nicht mehr erledigt werden kann, so habe ich die Behandlung darüber suspendirt für die nächste ordentliche Sitzung des Großen Rathes. Es liegen auch noch andere Geschäfte da, aber nicht sehr dringende, weshalb ich die zweite Hälfte der Commersitzung hiemit schließe. Meine besten Wünsche begleiten Sie mit auf den Weg.

(Schluß der Sitzung um 12 1/2 Uhr).